

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Begeisterung fürs Töten?

Am 17. Juni meldete der „Deutschlandfunk“ in seinen 8-Uhr-Nachrichten als erstes, der Soziologe René Sternberg habe vorgeschlagen, das Gedenken an den 17. Juni durch „Demokratie-Diskurse“ aufzufrischen. Ähnlich salbungsvolle Phrasen waren an diesem 70. Jahrestag der ersten konterrevolutionären Revolte in der DDR auf allen Kanälen zu hören. Mit Gegenrevolutionen kennen sich die in Deutschland Herrschenden aus. 1844

als revolutionär erweisen sollte. Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung, die Gründung und der Aufbau der DDR als deren größte Errungenschaft sind ohne diese Traditionen nicht denkbar. 1844 aber herrschte die monarchische Reaktion noch fast unumschränkt. Vier Jahre später, in der Revolution von 1848, erwies sich die deutsche Bourgeoisie als derart feige vorm Feudalismus auf der einen Seite und vor dem Proletariat auf der anderen, daß sie

die Demokratisierung und nationale Einigung Deutschlands stoppte, bevor die begonnen hatten. Mit dem Übergang zum Imperialismus um 1900 stellten sich maßgebende Gruppen des deutschen Bürgertums endgültig auf die Seite der Reaktion – mit verheerenden Folgen für die deutsche Arbeiterklasse. Sie bezahlte in beiden Weltkriegen den höchsten Blutzoll und wurde entscheidend geschwächt.

Die blutige Niederschlagung der Novemberrevolution brachte Zehntausenden Proletariern den Tod, die faschistische Diktatur festigte mit Terror die Herrschaft der Krupp, I. G. Farben, Quandt und Flick. Die Tinte unter der Kapitulationsurkunde vom Mai 1945 war noch nicht trocken, da stellte Winston Churchill für die „Operation Unthinkable“ – für den Krieg gegen die Sowjetunion – mehr als 100 000 Wehrmachtssoldaten als Reserve auf. Die USA hielten aber die Atombombe für wirkungsvoller. Die Generäle, die Hitlers Feldzüge entworfen hatten, setzten nahtlos ihre Arbeit im Auftrag der Westmächte und der westdeutschen Spalter Deutschlands fort. Das war der historische Hintergrund des 17. Juni 1953: Nazis, Monopolherren, Junker und Militärs witterten Morgenluft und nutzten Schwächen des Sozialismus zum „Aufstand“.

Seit 1990 haben Marx' Worte von 1844 neue Aktualität erhalten. Das machte auch dieser 17. Juni 2023 deutlich: An ihm fand landesweit nicht nur der an Jugendliche gerichtete „Tag der Bundeswehr“ statt, es lief auch das bisher größte, gegen Rußland gerichtete Verlegemanöver der NATO-Luftwaffen

über der BRD. Noch wird gegen Rußland kein deutsches Kanonenfutter in Marsch gesetzt, aber die Vorbereitungen sind im vollen Gang. Also unterhielt sich nach den erwähnten 8-Uhr-Nachrichten eine Moderatorin des „Deutschlandfunks“ mit der Wehrbeauftragten des Bundestages, der Sozialdemokratin Eva Högl. Sie will die Musterung zum Kriegsdienst wieder einführen – für Frauen und Männer. Es gehe doch, meinte die Journalistin, dabei um Töten und Getötetwerden. Sei Werbung dafür bei Minderjährigen nicht problematisch? Das fand die SPD-Frau ganz und gar nicht: Die jungen Leute sähen doch jeden Tag im Fernsehen und im Internet die Lage in der Ukraine und begriffen, daß es um die Verteidigung „unseres Friedens und unserer Freiheit“ gehe. Dafür müsse man Menschen „begeistern“.

So erhält die Kriegsberichterstattung in deutschen Konzern- und Staatsmedien ihren Sinn: Nach der Wiedergewöhnung ans Töten will die deutsche Konterrevolution jetzt Begeisterung!

In den anschließenden Wirtschaftsnachrichten des „Deutschlandfunks“ war zu hören: Der Aktienindex DAX erreichte einen neuen Höchststand. Besonders stark stiegen die Wertpapiere der Rüstungskonzerne Rheinmetall und Hensoldt.

Arnold Schözel



Wir brauchen eine Zeitenwende für Frieden und Abrüstung! Nein zum NATO-Manöver „Air Defender 2023“

schrieb der junge, radikaldemokratische Karl Marx: „Ja, die deutsche Geschichte schmeichelt sich einer Bewegung, welche ihr kein Volk am historischen Himmel weder vorgemacht hat noch nachmachen wird. Wir haben nämlich die Restaurationen der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen. Wir wurden restauriert, erstens, weil andere Völker eine Revolution wagten, und zweitens, weil andere Völker eine Konterrevolution litten, das eine Mal, weil unsere Herren Furcht hatten, und das andere Mal, weil unsere Herren keine Furcht hatten. Wir, unsre Hirten an der Spitze, befanden uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am Tag ihrer Bererdigung.“

Das klingt bitter und vereinfacht auch den Geschichtsverlauf, denn das deutsche Bürgertum verfügte zu diesem Zeitpunkt schon über erhebliche wirtschaftliche Macht. Aufklärung, klassische deutsche Philosophie und Weimarer Klassik hatten eine geistige Bewegung in Gang gesetzt, die im dialektischen und historischen Materialismus ihre beste Fortsetzung fand und sich

Aus dem Inhalt



Russische Propaganda oder westliche Desinformation?	2
Gegenoffensive	5
Zusammenbruch von Kiew	7
Abchasien – Traum vom Paradies	8
Neue Seidenstraße	12
Die „Taiwan-Frage“	14
Wahlen in Thailand	15
BRICS – neues globales Machtzentrum	16
FSLN verteidigt die Revolution	19
Globale Probleme (3): Klimawandel	21
Goldrausch der Multis	22
Militarisierung Deutschlands (2)	25
Machtanspruch und Rezession	26
Medikamentenengpässe	28
Der 9. November 1918 (WWA)	31
Formen der Arbeitszeit-Rechnung	33
Vor 80 Jahren wurde das NKF gegründet	34
Meine Erinnerungen an Begegnungen mit Frontbeauftragten	35
Leserbriefe	37

Russische Propaganda oder westliche Desinformation?

Unter dem Titel „Öl, Geld und Macht“ veröffentlichte Ramon Schack in der „Berliner Zeitung“ am 16. Mai einen Beitrag über Chinas rasanten Erfolgskurs im Nahen und Mittleren Osten. Der dritte Absatz ist es wert, zitiert zu werden: „Amerikas Kriege in der Region, in den letzten zwei Jahrzehnten völkerrechtswidrig und durch Unwahrheiten begründet, die Hunderttausende von Menschenleben gefordert haben und aus deren gescheiterten strategischen Entwürfen der IS seinen Siegeszug entfachen konnte, haben Folgen hinterlassen, die nicht einfach über Nacht beseitigt werden können.“ Unter der Überschrift „China exportiert Chancen statt Krisen“ kommentierte derselbe Autor den Besuch des chinesischen Außenministers Qin Gang in Berlin. „China gilt“, so Schack, „seit März 2019 für die EU als systemischer Rivale“, der weltweit „alternative Regierungsmodelle“ unterstütze. Ramon Schack lenkt in seinem Kommentar den Blick auf den Parteitag der KP Chinas. Dort sprach Xi Jinping von einem „Ansatz“ Chinas, welcher der Welt für ihre Entwicklung präsentiert werden sollte, also keineswegs von einem Modell, wie es im Westen propagiert wird. Auf dieser Basis argumentierte der chinesische Außenminister bei seinem Besuch mit Blick auf Frau Baerbock. Schack zitiert ihn mit diesen Worten: „China exportiert Chancen statt Krisen, Kooperation statt Konfrontation, Stabilität statt Aufruhr, Sicherheit statt Risiken. Qin Gang betonte, China exportiere sein System nicht, es lehne Hegemonie und Dominanz kategorisch ab. China werde niemals Sabotageakte wie bei der Nordstream-2-Pipeline begehen. ... Die Außenministerin der Bundesrepublik, die von sich behauptet, wahlweise eine werteorientierte oder gar feministische Außenpolitik zu vertreten, fand darauf keine angemessene Antwort.“ Wie sollte sie auch? Das sind zwei Beispiele eines verantwortungsbewußten und vorurteilsfreien Journalismus. Nach weiteren wird man in den Medien, die sich gern mit dem Wort „Qualität“ schmücken, vergeblich suchen. Denn was prägt diese Medien? Der Journalist Tom J. Wellbrock fragt so: „Voraussetzender Gehorsam? Erschreckende Unprofessionalität? Fehlende Motivation? Politische Einflußnahme? Gieriges Karrieregebarren?“ Er legt sich nicht fest, aber er fügt hinzu: „Es ist kein Zufall, daß Journalisten mittlerweile bei vielen Menschen mit Versicherungsvertretern und Autoverkäufern auf eine Stufe gestellt werden, und man bricht sich keinen Gackel aus der Krone, wenn man bei diesem Vergleich entschuldigende Worte an alle Versicherungsvertreter und Autoverkäufer richtet, die schon mehr Seriosität als Journalisten an den Tag legen, wenn sie sich morgens die Zähne putzen.“ Und dann stellt er sich selbst und seinen Lesern die Frage, wie es möglich ist, daß es eben diese „Qualitätsmedien“ „immer wieder aufs

neue schaffen, einen Niveaulosigkeits-Limbo zu tanzen, an dem andere Branchen krachend scheitern würden, weil sie so tief schlicht nicht sinken können“.

Es gibt einen Satz aus George Orwells „1984“: „Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft; wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit.“ Es galt



Der chinesische Außenminister Qin Gang

über Jahrhunderte hinweg der Satz, daß die Geschichte nur von den Siegern geschrieben wurde bzw. geschrieben werden durfte. Doch je mehr der „Wertewesten“ unter Kontrollverlust leidet, desto inbrünstiger klammert er sich an diesen inzwischen Risse zeigenden Glaubenssatz. Ihm zur Seite stehen die erwähnten „Qualitätsmedien“ oder „Leitmedien“, die es – und das ist die andere Seite der Medaille – immer noch schaffen, daß zu viele Medienkonsumenten empfänglich sind für das, was ihnen von ARD-Tagesschau, ZDF-Nachrichten und Co. vorgekaut wird. Dennoch würden die Menschen entrüstet aufbrausen, würde man ihnen nachweisen, wie ihr Denken und Handeln wie weiches Wachs beliebig formbar ist. „Wacht endlich auf!“ möchte man ihnen zurufen. „Entledigt euch der Fesseln euch aufgedrängter Überzeugungen, die euch in Kriege hineinziehen, und zeigt den Willen, euch umfassender zu informieren, als es die hiesige Medienlandschaft zuläßt, die sich durch Weglassen, Selektieren und Lügen auszeichnet.“ Gewiß, solche Gedanken ausgerechnet den „RotFuchs“-Lesern zu präsentieren, heißt, Tauben auf dem Markusplatz in Venedig ansiedeln zu wollen. Aber die Adressaten sind andere. Wer sich klar positionieren will, braucht dafür Informationen, auf deren Grundlage er sich seine Meinung bildet. Wer sich seiner Verantwortung nicht bewußt ist oder sie sogar als erfüllt

betrachtet, wenn er dem Mainstream folgt und sich widerstandslos in das „neoliberale Korsett“ (Sevim Dagdelen) zwingen läßt, die Behauptung, Stellvertreter- und Wirtschaftskriege seien friedenssichernd, nachbetet, sich weigert zu begreifen, daß Wirtschaftssanktionen Kriegsführung mit nichtmilitärischen Mitteln ist, macht sich schuldig an Erzählungen, die eben nicht dem Frieden dienen, sondern andere Ziele verfolgen.

Ich werde nun persönlich, komme unter dem Titel „Verantwortung“ auf Orwells Satz zurück und erinnere mich an zwei Ereignisse meiner politischen Biographie. Im Jahr 1963 mußte ich mich, damals noch in Bielefeld lebend, als Kriegsdienstverweigerer einer Gewissensüberprüfung unterziehen. Ich wurde vor einen Prüfungsausschuß geladen und habe mich, gut vorbereitet, ganz auf eine pazifistische Begründung mit Mahatma Gandhi und der Bergpredigt fokussiert. Die Frage, ob ich angesichts des Erfolgs der USA in der Kubakrise nicht meine Sympathie für eine Politik der Stärke bekunden wolle, habe ich nur mit der christlichen Botschaft beantwortet. Ich wurde anerkannt. Mein Zwillingsbruder Rainer hatte sich erdreistet (und wäre damit fast gestolpert), politisch zu argumentieren, wurde dann aber auch im zweiten Anlauf anerkannt. Erst viele Jahre später haben wir erfahren, daß die Lösung der „Kuba-Krise“ kein Sieg der Stärke war, sondern ein Sieg der Diplomatie. Die Sowjetunion zog sich zurück. Etwas später und gesichtswahrend zeitversetzt haben die USA ihre Mittelstreckenraketen in Norditalien und in der Türkei abgebaut. Dazu liegen keine vertraglichen oder sonstigen Vereinbarungen vor, kein Papier, allenfalls ein Händedruck. Aber es hat funktioniert. Jeder politische Funktionsträger, der noch immer das Wort „Vertrauen“ in seinem Wortschatz führt, sich aber gleichzeitig aufplustert und behauptet, daß die NATO-Ostausdehnung nie vertraglich abgesichert wurde, sollte sich an das Jahr 1962 erinnern. Die zweite Episode ist wahrlich kein Ruhmesblatt in meiner politischen Biographie. Es waren die Ereignisse am Platz des Himmlischen Friedens (Tian'anmen-Platz) in Peking am 4. Juni 1989. Alljährlich wird an diesen Tag erinnert, an dem „mit einem Massaker die Demokratiebewegung in Blut ertränkt wurde“, so die wertewestliche Darstellung bis auf den heutigen Tag. Ich selbst habe mit einem Genossen und einer Genossin aus der SEW auf dem Wittenbergplatz in Berlin gestanden und Flugblätter verteilt gegen die gewaltsame Niederschlagung der angeblich friedlich gestimmten Protestbewegung, sozusagen in solidarischer Verbundenheit. Erst Jahre später habe ich mich über die wahren Hintergründe sachkundig gemacht. Im „RotFuchs“ Nr. 260, September 2019, konnte ich unter dem Titel „Die mißlungene Generalprobe“

Abbitte leisten. Ich zitiere nur einen Satz aus diesem Beitrag: „Der sogenannte Aufstand auf dem Tian’anmen-Platz war Teil der Gesamtstrategie des weltweiten Versuchs eines alle Widerstände aus dem Weg räumenden Rollbacks mit dem Ziel, die Welt für alle Zeiten dem US-Imperialismus auszuliefern.“

Jeffrey D. Sachs, Universitätsprofessor und Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Columbia University, stellte fest, „daß die politischen Akteure unermüdlich daran arbeiten, die öffentliche Wahrnehmung der Vergangenheit zu verzerren“. So würde, einem Mantra ähnlich, fälschlicherweise behauptet, daß der Krieg in der Ukraine mit einem nicht provozierten Angriff Rußlands begonnen habe. „Tatsächlich“, so Sachs, „wurde der Krieg von den USA auf

eine Art und Weise provoziert, die führende US-Diplomaten im Vorfeld des Krieges jahrzehntelang vorausgesehen hatten.“ Der „RotFuchs“ hat in zahlreichen Beiträgen berichtet. Zu transatlantischen Desinformationspflege gehört auch der in Endlosschleife erhobene Vorwurf, Rußland habe die „internationale Friedensordnung zerstört“. Seit 1945 bis heute stand dieses Ziel nie auf der Agenda der imperialistischen Wertegemeinschaft. Wer über andere ein Urteil fällt, sollte vermeiden, sich selbst zu richten. Wir stellen die Frage, wie lange der Westen es sich noch leisten kann, die Vorgeschichte des jetzigen Krieges einfach zu ignorieren. Noch halten sie durch und bescheinigen Andersdenkenden mit einem immer tieferen Griff ins Gossenvokabular, nicht bei Verstand zu sein.

Unfreiwillige Komik ist auch noch im Spiel. Als Reaktion auf die Sprengung des Kachowka-Staudamms erklärte Michael Roth, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags: „Warum sollte die Ukraine so etwas tun? Schaltet doch mal bitte das Hirn ein, und glaubt nicht den ganzen Dreck der russischen Propaganda.“ Nach der Sprengung der Nordstream-2-Pipeline hätte er bei eingeschaltetem Gehirn haargenau dieselbe Aufforderung an die Adresse derjenigen politischen Akteure und ihrer transatlantischen Freunde richten müssen, die den Sabotageakt Rußland in die Schuhe schieben wollten. Nur hätte er für „Ukraine“ „Rußland“ und für „russische Propaganda“ „westliche Desinformation“ einsetzen müssen!

Hans Schoenefeldt

NATO plant einen direkten Krieg gegen Rußland

Kürzlich berichtete das US-amerikanische Magazin *Newsweek* über geheime Pläne der Allianz, gegen Rußland in den Krieg zu ziehen. Sie sollen auf dem nächsten NATO-Gipfel, der am 11. und 12. Juli in Vilnius stattfinden wird, verabschiedet werden. Offiziell sind im Gipfelprogramm nur sechs Aufgaben des Blocks im Zusammenhang mit der Konfrontation mit Rußland aufgeführt. Dabei handelt es sich um die Harmonisierung und Koordinierung der Streitkräfte des Bündnisses auf allen Kriegsschauplätzen, die langfristige Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen im Verteidigungsbereich, die Steigerung der Waffen- und Munitionsproduktion und die Bildung von Reserven für den Fall eines langfristigen Krieges. Dies sind keine Aufgaben nur für heute – es wird offen zugegeben, daß die Verwirklichung dieser Ziele mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird.

Die westliche Öffentlichkeit ist jedoch über einen weiteren geheimen NATO-Plan für ein militärisches Vorgehen gegen Rußland verunsichert. Laut *Newsweek* ist dieser in Tausenden Dokumentenseiten dargelegt, die eine sorgfältige Planung sehr spezifischer Manöver beinhalten.

Mit anderen Worten: Die Allianz plant, Rußland auf dem Schlachtfeld ernsthaft zu konfrontieren. Mit anderen Worten: Die Menschen in Paris und Berlin sollen mit ihrem eigenen Geld (das sie selbst bitter nötig haben) in einen Krieg hineingezogen werden – diesmal allerdings nicht gegen ein kleines, wehrloses Land, sondern gegen die größte Atommacht der Welt.

Für Rußland sind die geheimen Pläne der NATO keine Sensation. Ursprünglich war das Nordatlantik-Bündnis auf eine militärische Konfrontation zwischen der UdSSR und den Staaten des Warschauer Paktes ausgerichtet, so daß die NATO-Generäle in den Jahren des Kalten Krieges regelmäßig Szenarien für

Kriege mit Rußland ausheckten. Seit dem Zusammenbruch der UdSSR hat sich daran nichts geändert. Im Jahr 2010 entwarfen NATO-Generäle ein Kampfprogramm für die



Seit 2010 im NATO-Plan für den Krieg gegen Rußland: Kriegshafen Swinoujscie in Polen

baltischen Staaten. Den Vorwand sollte natürlich eine „Aggression“ Rußlands liefern. In diesem Fall regelte der US-amerikanische Admiral James Stavridis, der damalige Befehlshaber der NATO, das Zusammenspiel der Streitkräfte der baltischen Staaten und Polens, legte die Häfen für die Unterstützung von See aus fest und benannte neun US-amerikanische, englische, deutsche und polnische NATO-Einheiten, die die baltischen Staaten im Falle einer russischen „Invasion“ hätten schützen sollen.

Das war im Jahr 2010 – auf dem Höhepunkt des „Neustarts“ der amerikanisch-russischen Beziehungen. Die NATO-Pläne für das Baltikum waren streng geheim und wurden erst durch ein Wikileaks-Leak öffentlich gemacht. Nichtsdestotrotz überzeugte das Bündnis weiterhin alle davon, daß es rein defensive Ziele verfolge.

Heute führt die NATO an der Seite der Ukraine trotz dieser Beteuerungen längst Militäroperationen gegen Rußland durch. Überdies

wurde noch vor dem Beginn der russischen militärischen Sonderoperation die Lieferung von Waffen in die Ukraine geplant.

Im Jahr 2021 richtete US-Luftwaffengeneral Tod Wolters, damals Befehlshaber der gemeinsamen NATO-Streitkräfte in Europa, Kanäle für die Versorgung der Ukraine mit westlichen Waffen ein. Die ersten Lieferungen von Waffen wie Stinger und Javelin gingen schon lange vor dem Beginn der russischen militärischen Sonderoperation durch diese Kanäle. Der General erzählte dies dem einflussreichen Militärkolumnisten der *Washington Post*, David Ignatius. Trotz allem zeigen sich Journalisten immer wieder überrascht und wiederholen stets: „Die NATO befindet sich nicht im Krieg mit Rußland.“

Die Ergebnisse der militärischen Aktivitäten der NATO in der Ukraine sind kläglich. In gigantischem Umfang gelieferte Rüstungsgüter wurden zermalmt oder zu Trophäen gemacht. Die europäischen Depots wurden geleert. Die ukrainischen Truppen haben enorme personelle Verluste erlitten und ein Fünftel des Landes verloren. Rußland hat einen Korridor zur Krim hergestellt, das Asowsche Meer zu seinem Binnenmeer gemacht und neue Regionen übernommen. Die ukrainische Wirtschaft existiert nicht mehr, Rußlands Wirtschaft läuft hingegen wie ein Uhrwerk. Das Bündnis, das als stärkster Militärblock der Neuzeit galt, hat sowohl bei der Planung als auch bei der Versorgung versagt. Die europäischen Regierungen sollten einmal überprüfen, wozu sie den NATO-Generälen so hohe Gehälter zahlen.

Wiktorija Nikiforowa

Redaktionell gekürzt

Quelle: RIA Nowosti, 2.6.23

Die Autorin ist Kolumnistin bei RIA Nowosti.

Der Ukraine-Krieg wurde provoziert

Regierungen arbeiten unermüdlich daran, die öffentliche Wahrnehmung der Vergangenheit zu verzerren. In bezug auf den Ukraine-Krieg hat die Biden-Regierung wiederholt und fälschlicherweise behauptet, der Ukraine-Krieg habe mit einem nicht provozierten Angriff Rußlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 begonnen.

Das Biden-Team verwendet unablässig das Wort „nicht provoziert“, zuletzt in Bidens großer Rede zum ersten Jahrestag des Krieges, in einer aktuellen NATO-Erklärung und in der jüngsten G7-Erklärung. Die Biden-freundlichen Mainstream-Medien folgen dem Weißen Haus einfach.

Die *New York Times* bezeichnete die Invasion nicht weniger als 26 mal als „nicht provoziert“, in fünf Leitartikeln, 14 Meinungskolumnen von *NYT*-Autoren und sieben Gastbeiträgen! In Wirklichkeit gab es zwei Hauptprovokationen der USA. Die erste war die Absicht der USA, die NATO auf die Ukraine und Georgien auszuweiten, um Rußland in der Schwarzmeerregion von NATO-Ländern einzukreisen.

Die zweite war die Rolle der USA bei der Installation eines russophoben Regimes in der Ukraine durch den gewaltsamen Sturz des pro-russischen Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, im Februar 2014. Der Krieg in der Ukraine begann mit dem Sturz Janukowitschs vor neun Jahren, nicht im Februar 2022, wie uns die US-Regierung, die NATO und die G7-Führer glauben machen wollen.

Die USA begannen bereits Anfang der 90er Jahre mit der Planung einer NATO-Erweiterung, lange bevor Wladimir Putin russischer Präsident wurde. Im Jahr 1997 legte der nationale Sicherheitsexperte Zbigniew Brzezinski den Zeitplan für die NATO-Erweiterung mit bemerkenswerter Präzision fest.

Der Elefant im Raum: Die Vergrößerung der NATO

2008 schickte der damalige US-Botschafter in Rußland und heutige CIA-Direktor William Burns ein Telegramm nach Washington, in dem er ausführlich vor den ernstesten Risiken der NATO-Erweiterung warnte:

„Die NATO-Bestrebungen der Ukraine und Georgiens treffen nicht nur einen wunden Punkt in Rußland, sondern geben auch Anlaß zu ernststen Bedenken hinsichtlich der Folgen für die Stabilität in der Region. Rußland sieht darin nicht nur eine Einkreisung und Bestrebungen, Rußlands Einfluß in der Region zu untergraben, sondern befürchtet auch unvorhersehbare und unkontrollierbare Folgen, die russische Sicherheitsinteressen ernsthaft beeinträchtigen würden. Experten zufolge ist Rußland besonders besorgt darüber, daß die starken Meinungsverschiedenheiten in der Ukraine über die NATO-Mitgliedschaft – ein Großteil der ethnisch-russischen Gemeinschaft ist gegen den Beitritt – zu einer größeren Spaltung führen könnten, die mit Gewalt oder schlimmstenfalls mit einem Bürgerkrieg einhergeht. In einem solchen Fall müßte Rußland entscheiden, ob es eingreift; eine Entscheidung, die Rußland nicht treffen möchte.“ Die ukrainische Führung wußte ganz genau, daß ein Drängen auf eine

NATO-Erweiterung auf ukrainisches Territorium Krieg bedeuten würde. Der ehemalige Selenkyj-Berater Oleksij Arestowjtsch erklärte in einem Interview 2019, daß „unser Preis für den NATO-Beitritt ein großer Krieg mit Rußland ist“. Zwischen 2010 und 2013 setzte Janukowitsch im Einklang mit der öffentlichen Meinung in der Ukraine auf Neutralität. Die USA arbeiteten verdeckt daran, Janukowitsch zu stürzen, wie ein Audio-Mitschnitt der damaligen stellvertretenden US-Außenministerin Victoria Nuland und des US-Botschafters Geoffrey Pyatt zeigt, die Wochen vor dem gewaltsamen Sturz Janukowitschs die Nachfolgeregierung planten.

Nuland macht in dem Telefonat deutlich, daß sie sich eng mit dem damaligen Vizepräsidenten Biden und seinem nationalen Sicherheitsberater Jake Sullivan abstimmte, demselben Team aus Biden, Nuland und Sullivan, das jetzt im Mittelpunkt der US-Politik gegenüber der Ukraine steht. Nach dem Sturz Janukowitschs begann der Krieg im Donbass, während Rußland die Krim beanspruchte. Die neue ukrainische Regierung beantragte die NATO-Mitgliedschaft, und die USA bewaffneten die ukrainische Armee und halfen ihr bei der Umstrukturierung, damit sie mit der NATO gemeinsam operieren konnte. Im Jahr 2021 sprachen sich die NATO und die Biden-Regierung mit Nachdruck für eine Zukunft der Ukraine in der NATO aus. Im unmittelbaren Vorfeld des russischen Einmarsches stand die NATO-Erweiterung im Mittelpunkt. Putins Entwurf für den Vertrag zwischen den USA und Rußland (17. Dezember 2021) forderte einen Stopp der NATO-Erweiterung. Auf der Sitzung des russischen Nationalen Sicherheitsrates am 21. Februar 2022 bezeichnete die russische Führung die NATO-Erweiterung als Kriegsursache. In seiner Ansprache an die Nation an diesem Tag erklärte Putin die NATO-Ausdehnung zu einem zentralen Grund für die Invasion.

Im März 2022 meldeten Rußland und die Ukraine Fortschritte auf dem Weg zu einer schnellen Beendigung des Krieges auf der Grundlage der Neutralität der Ukraine durch Verhandlungen. Nach Angaben von Naftali Bennett, dem ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten, der als Vermittler fungierte, war eine Vereinbarung in greifbarer Nähe gerückt, bevor die USA, Großbritannien und Frankreich sie blockierten. Während die Biden-Regierung die russische Invasion als nicht provoziert bezeichnete, bemühte sich Rußland 2021 um diplomatische Optionen, um einen Krieg zu vermeiden, doch Biden lehnte Diplomatie ab und bestand darauf, daß Rußland in der Frage der NATO-Erweiterung kein Mitspracherecht habe. Im März 2022 drängte Rußland auf Verhandlungen, während das Biden-Team erneut eine diplomatische Beendigung des Krieges blockierte.

Wenn wir erkennen, daß die Frage der NATO-Erweiterung im Mittelpunkt dieses Krieges steht, verstehen wir, warum die Waffen der USA diesen Krieg nicht beenden werden. Rußland wird eskalieren, soweit es notwendig ist, um die Erweiterung der NATO um die Ukraine zu verhindern. Der Schlüssel zum Frieden in der Ukraine besteht in Verhandlungen auf der

Grundlage der Neutralität der Ukraine und der Nicht-Erweiterung der NATO. Das Beharren der Biden-Administration auf der NATO-Vergrößerung um die Ukraine hat die Ukraine zu einem Opfer falsch verstandener und unerreichbarer militärischer Bestrebungen der USA gemacht. Es ist an der Zeit, daß die Provokationen aufhören und Verhandlungen zur Wiederherstellung des Friedens in der Ukraine geführt werden.

Jeffrey D. Sachs

Redaktionell gekürzt

Der Autor ist Professor an der Columbia University, USA.

Quelle: <https://www.telepolis.de/features/Der-Ukraine-Krieg-wurde-provoziert...>, 29.5.23

Der Messerwerfer

Er war einmal ein Komödiant, auf Bühnen der Welt noch unbekannt, allenfalls im eignen Land.

Doch „Hollywood“ entdeckt den Clown, macht ihn zum Showstell-Champion, zahlt ihm dafür gleich reichlich Lohn.

Man riet ihm: „Werde Messerwerfer, wir machen deine Messer schärfer! Für Ziele stellen wir den Server.“

„Wir liefern dir auch Messer nach, falls dein Messer-Set zerbrach, oder ungeschliffen nicht mehr stach.“

Er nahm das Angebot natürlich an, steht seither seinen „Showstell-Mann“, wirft Messer, so viel und flink er kann.

Die Treffer gehen meist daneben, verletzen, töten Menschenleben, zerstören wie ein Erdbeben.

Er sieht nur Messer, scharfe Klingen und will den großen Preis erringen, Weltmeister sein im „Messerschwingen“.

Immer neue Messer, immer mehr, größer noch und schärfer als bisher! Unersättlich ist sein Begehren.

Er fordert auf digitalen Bühnen, gelegentlich auf Parlamentstribünen, preist sich dort als Held und Hünen.

„Hollywood“ und „EURO-Laien-Spiel“, beliefern ihn im großen Stil, geben vor sein Messerwerferziel.

Noch wirft er seine Messer aller Sorten, begleitet mit Geschrei und Worten: Ich werfe Messer gegen „wilde Horten“.

Seine Messer aber sind vergiftet mit Wahnsinn, der von ihnen drifft. Sein Messerwerfen Unheil stiftet!

Geblichen ist er Komödiant, doch deutlich nun auch weltbekannt als Messerwerfer ...

mit einer falschen Hand!

Manfred Wild
Berlin, 8.5.2023

Ukraine und NATO vertuschen Resultate ihrer begonnenen Gegenoffensive

Je länger die eskalierende militärische Auseinandersetzung in der Ukraine stattfindet, je katastrophaler die Verluste und Zerstörungen sind, um so mehr werden die Ursachen dieses Konflikts durch verantwortungsbewußte Bürger in der ganzen Welt hinterfragt. Hat Rußland am 22.2.22 einen unprovzierten Angriff auf die Ukraine begonnen, wie es die westliche Mainstream-Presse gebetsmühlenartig behauptet? Selbst NATO-Chef Stoltenberg hat diese Anschuldigung widerlegt, als er verlaublich behauptete, daß der Krieg in der Ukraine bereits 2014 begann (als die Donbass-Republiken durch die ASOW-Truppen mit immer größerer Intensität beschossen wurden – d. A.). Ein politisches Schwergewicht aus den USA, Professor Jeffrey D. Sachs, der drei Generalsekretäre der UN beraten hat, stellt dazu fest, daß die Neokonservativen des kollektiven Westens diesen Konflikt bewußt provoziert haben, indem sie erstens das Gorbatschow nachweislich gegebene Versprechen über die Nichtausdehnung der NATO brachen und bereits in den 90er Jahren mit deren Umsetzung nach Osten begannen. Eine zweite Provokation bestand in der Installierung eines russophoben und NATO-willigen Regimes in der Ukraine nach dem Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten Janukowitsch. Als dritte Provokation sah er die Ablehnung von Sicherheitsgarantien für Rußland.

Was die Möglichkeit der Beendigung des Ukraine-Konflikts angeht, bezieht sich Sachs auf die Aussage des Historikers Geoffrey Roberts, daß dieser Krieg durch ein russisch-westliches Sicherheitsabkommen verhindert und durch eine Verhandlungslösung bereits im März 2022 hätte beendet sein können. Hunderttausende Menschenleben hätten erhalten und die Zerstörung der Lebens- und Produktionsgrundlagen vermieden werden können. Die Neokons Biden, Nuland, Sullivan und u. a. auch Bundeskanzler Scholz, standen und stehen für Krieg mit Rußland, um die unipolare Ordnung aufrechtzuerhalten, Rußland als Konkurrenten loszuwerden, Zugriff auf unerschöpfliche und billige Rohstoffquellen zu bekommen und um ständig Profite durch Waffenbereitstellung zu generieren. Die weltverändernden Ereignisse, der Boom der BRICS-Staaten, die reale militärische Lage bei der Gegenoffensive von Ukraine und NATO, aber auch die Präsidentenwahlen in den politisch gespaltenen USA sowie die Zuspitzung des Verhältnisses USA – China können auch jähe Wendungen, wie eine plötzliche Beendigung des Ukraine-Konflikts, die Wiedereinführung von Einflußsphären in Europa und die Aufteilung der Ukraine, worüber bereits hinter den Kulissen gepokert wird, hervorbringen.

Die Schlacht um Bakhmut

Am 20. Mai geriet Bakhmut unter die Kontrolle von Wagner-Einheiten. Die ukrainischen Streitkräfte (SK) mußten sich aus allen befestigten Gebieten in die Flanken Bakhmuts und später auch daraus zurückziehen. Die Gesamtzahl der ukrainischen SK in der Stadt und an den Flanken stieg nach dem Rückzug aus Soledar und der Überführung von Reserven auf ca. 100 000 Mann.



Jeffrey D. Sachs: Dieser Krieg wurde provoziert

Während der 224-tägigen Schlacht um Bakhmut haben die ukrainischen Streitkräfte den Großteil ihrer kampffähigsten Truppen verloren.

Der Hauptgrund für deren schweren Verluste, die täglich über 500 Mann betragen, war, daß die ukrainischen Einheiten gezwungen wurden, auf engstem Raum zu kämpfen. Sie konnten nur eingeschränkt manövrieren, und ihre ausgedehnten Versorgungswege standen unter russischem Beschuß.

Der Anstieg der Verluste war auch der zahlenmäßigen Überlegenheit der Artillerie, der Mehrfachwerfer und FEK-Systeme der Wagner-Gruppe und der SK der Russischen Föderation (SK RF) geschuldet. Laut *Military Chronicle* waren die Intensität und Dichte des Feuers der Artillerie der Wagner-Gruppe sowie der SK der RF in den Frontabschnitten des Gebiets Bakhmut 20 bis 40 Mal höher als in anderen Richtungen.

Die 30., 62., 53., 92. und 93. mechanisierte Brigade der ukrainischen Streitkräfte verloren bis zu 70 % ihrer Kämpfer. Die allergrößten Verluste erlitten jedoch die schlecht vorbereiteten Einheiten der ukrainischen

Territorialverteidigung. Nach russischen Angaben gab es auf ukrainischer Seite bisher 50 bis 60 000 Tote und etwa 70 000 Verwundete. Bemerkenswert ist, daß ein erheblicher Teil der in der Schlacht stark dezimierten ukrainischen SK erfahrene Truppen waren, die durch die immer ineffektiveren Mobilisierungen nicht mehr zu ersetzen sind, und nun bei Fortsetzung der Offensive fehlen.

Diese Angaben zeigen, daß die ukrainischen Streitkräfte trotz aller neuer westlicher Technik und Ausbildungsmissionen in der realen Gefechtsituation den Streitkräften der RF unterlegen sind und daß letztere über wirkungsvolle Waffen und Munition sowie trainierte Soldaten verfügen, was insbesondere solche „sachkundigen“ Medienberater wie die Generale Petreus und Hodger nicht sehen wollten. Während die Ukraine und die NATO in Bakhmut viele kampferfahrene Soldaten verloren, fielen bei den Streitkräften der RF hauptsächlich Strafgefangene, wodurch der Staat, wie Insider erklären, „viel Kosten einspart“.

Gegenoffensive von Ukraine und NATO wurde militärisch und terroristisch vorbereitet

Anfang Juni deutete Selenskyj den Beginn der Gegenoffensive an, den die Mainstreammedien schon längere Zeit herbeigetönt hatten. Sie verwiesen auf bereits stattfindende intensive Angriffe auf russische Truppen, auf Objekte der russischen militärischen Infrastruktur sowie auf südrussische Ortschaften mit britischen Storm Fallow-, US-Himars- und eigenen Raketen sowie Drohnen, die mehrheitlich abgewehrt wurden. Die beschossene Krim betreffend, stellte die

Führung dieser Region fest, daß „weder der Rest der Ukraine, noch die USA die Kraft besitzen, die Krim zu erobern. Dennoch müssen wir das Pulver trocken halten.“

Auch antiputinische und polnische Freischärler, die von der Ukraine mit westlichen Waffen ausgerüstet wurden und die z. B. in Schebetino (Belgoroder Gebiet) russische Ortschaften überfielen und zerstörten, so daß viele Kinder und mehrere tausend Bewohner evakuiert werden mußten, sollten berücksichtigt werden, meinte der Gouverneur W. Gladkow am 5.6.23. Die Angreifer konnten zurückgedrängt werden. Den gleichen Charakter hat die die Ukraine bevorteilende perfide Sprengung des Kachowka-Staudamms, wodurch 70 % der überschwemmten Flächen auf der Seite der RF, eingeschlossenen befestigte russische Verteidigungslinien, und 30 % auf der ukrainischen Seite betroffen sind. Zudem wurden die Kühlung des dort befindlichen Atomkraftwerks und die Wasserversorgung der Krim stark gefährdet. Während die ukrainischen Militärs dadurch Vorteile im Gelände gewinnen, sehen realistische Beobachter in der Sprengung u. a. eine PR-gesteuerte Aktion der

Führung der Ukraine, um die Bevölkerung von den katastrophalen Verlusten bei den ersten Offensivversuchen abzulenken und die RF international zu diskreditieren.

Die vom kollektiven Westen unter Zeitdruck geforderte Gegenoffensive soll u. a. mit 50 000 im Westen ausgebildeten Soldaten einen Durchbruch auf der 950 km langen Frontlinie erreichen, der im Weiteren auszuweiten ist. Dazu angetrieben werden die Ukraine/NATO-Truppen von den Kriegseinpeitschern der USA (Victoria Nuland) und Europas (Norbert Röttgen u.a.), die der Ukraine bei Nichterfüllung ihrer Forderung nach unverzüglichem Beginn einer Offensive gegen die russischen SK damit drohen, den Hahn für Militär- und Finanzhilfe abzudrehen, was den sofortigen Zusammenbruch der Ukraine zur Folge hätte. Das propagandistische Zuckerbrot dazu lieferte EX-CIA-Chef David Petraeus, der den Ukrainern mit einer profanen Beschreibung der Offensive Mut machen wollte. „Wir werden die russischen Befestigungen in mehreren Wellen zerstören. Zu einer Welle gehören: Artillerievorbereitung, der Einsatz von Ingenieurkräften zur Beseitigung von Minenfeldern u.a. Hindernissen, die Bereitstellung von gepanzerten Kampf- und Transportmitteln, um die Infanterie geschützt zu transportieren, dazu effektive Luftverteidigungsmittel, Mittel des funkelektronischen Kampfes sowie der Einsatz von Logistik-Kräften. Das Ganze wird öfter wiederholt, bis die Ukraine nach maximal 96 Stunden den Sieg davonträgt.“

Was solche unrealistischen Vorhersagen westlicher Kriegstreiber wert sind, hat die Welt bereits bei den vielen chaotischen „Konfliktbeendigungsszenarien“ des kollektiven Westens im Irak, in Libyen, Afghanistan, Syrien und anderen Ländern erfahren. Die Bereitschaft zu Beginn der ukrainisch-westlichen Gegenoffensive erlittenen personellen Opfer, die in die Tausende gehen, sowie die riesigen Verluste an westlichen Waffen, aber auch die Zerstörung lebensnotwendiger Infrastruktureinrichtungen zwingen die Generäle zurückzurufen und der Ukraine solche Ziele vorzugeben, die auf dem NATO-Gipfel im Juli in Litauen ukrainefreundliche Beschlüsse möglich machen. Es wird wohl nichts werden mit der Befreiung der Krim und der in die RF eingegliederten Republiken.

Reaktionen der RF auf die ukrainische Gegenoffensive

Wie der russische Präsident bereits im vorigen Jahr feststellte, wollen die USA die RF auf dem Schlachtfeld besiegen und dabei die Ukrainer bis zum letzten Mann kämpfen lassen. Putin sieht darin eine Tragödie für das ukrainische Volk. Nach der Ausschöpfung der Mobilisierungsmöglichkeiten der Ukraine fordern die USA nun auch von ihren NATO- und EU-Partnern, deren Soldaten an die Front in die Ukraine zu schicken, um den Sieg zu erzwingen. Rußland, welches in der Ukraine für die Befreiung des Brudervolkes aus den US-Klauen, für seine Existenz und Souveränität sowie für eine multipolare Welt kämpft, wird dem Westen, bei Notwendigkeit, mit dem reagierenden Einsatz seiner neuen Waffensysteme zu verstehen geben, daß es mit den

drei Zielen der Spezialoperation (Sicherheit und Recht der russischsprachigen Bevölkerung auf ein friedliches Leben, Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie eine neutrale, souveräne und unabhängige Ukraine) ernst meint.

Rußland hat sich auf die von der Ukraine und NATO geplanten Angriffsszenarien gut vorbereitet und konzentriert sich auf die Zerstörung der von den USA und NATO-Staaten gelieferten Waffen, von Truppenansammlungen sowie von Objekten der militärischen Infrastruktur. Dazu verfügt die RF über militärisch erprobte Mittel wie Hyperschallraketen, ballistische und Flügelraketen, Flugzeuge und Hubschrauber, smarte Groß-Bomben, Kampfdrohnen, modernisierte Mehrfachwerfer und Artillerie, neue Mittel des funkelektronischen Kampfes sowie Kampflaser u.a.. Ihr erfolgreicher Einsatz führte bereits zur Einschränkung der militärischen Fähigkeiten von NATO und Ukraine. Diese Waffen sowie die mehrstufig ausgebaute Verteidigungslinie haben bereits zu Beginn der Gegenoffensive bewiesen, daß die mit Übermacht angreifenden ukrainischen NATO-SK gestoppt und bedeutend geschwächt werden konnten. Russische Medien berichten darüber, daß in bis zu neun Frontgebieten (Bakmut, Saporoschje, Ugledar, Charkow u.a.) vom 3.6. bis 9.6.23 über 40 000 ukrainische Soldaten außer Gefecht gesetzt sowie 15 Flugzeuge und 12 Hubschrauber, ca. 100 Kampfpanzer (darunter über 12 westliche, auch Leoparden), einige Hundert gepanzerte Fahrzeuge sowie eine große Anzahl verschiedener Artilleriesysteme sowie Drohnen erfolgreich bekämpft wurden.

Die Gefallenenzahlen der angreifenden Ukraine- und NATO-Truppen werden bei Weiterführung der Offensive in die Zehntausende gehen, so, daß sie den zu massierten Gegenangriffen vorbereiteten SK der RF immer weniger entgegensetzen haben. Die Folge wäre, daß Rußland die Möglichkeit bekäme, weitere Gebiete mit russischsprachiger Bevölkerung der Ukraine (Charkow, Odessa u. a.) zu befreien und sich in Richtung Westen zu bewegen.

Was man von den USA in einer solchen Situation erwarten könnte, formulierte Oberst a. D. David Mac Gregor. „Ich kann ihnen sagen, daß die USA nichts tun werden. ... Wenn die Dinge schlecht für uns laufen ..., gehen wir einfach nach Hause. ... Das tun wir immer (wie es in Vietnam, Afghanistan, im Irak oder Syrien praktiziert wurde – d. A.).“

Putin zur „ukrainischen Gegenoffensive“ im O-Ton:

- Wir können feststellen, daß die ukrainische Offensive begonnen hat (9.6.23).
- Die ukrainischen Truppen haben ihre Ziele, dank des Mutes unserer Soldaten und der richtigen Organisation der Truppen, in keinem Sektor erreicht.
- Die Kämpfe machten aber auch sichtbar, daß es an Drohnen, Hochpräzisionsmunition und Kommunikationsausrüstung mangelte. Aber unsere Verteidigungsindustrie entwickelt sich rasant und wird der Truppe alles Notwendige rechtzeitig bereitstellen.

- In den letzten Tagen haben wir den angreifenden ukrainischen NATO-SK zehnfach höhere Verluste beigebracht, als unsere SK hatten. Es besteht eine Notwendigkeit für eine zusätzliche Mobilisierung. Gezogene Wehrpflichtige werden bei Bedarf nur zur Verteidigung der Kernterritorien (Kursk, Belgorod) eingesetzt.
- Es ist aber auch festzustellen, daß zwar bisher alle unternommenen Gegenoffensivversuche gescheitert sind, daß aber das Angriffspotential der ukrainischen Streitkräfte noch groß ist.

Aus diesem Grunde sind die Strukturen der SK der RF an die stattfindenden Bedrohungen besser anzupassen (St. Petersburg, Moskau, Kursk, Belgorod).

Prinzipielle Feststellungen zum Ukraine-Konflikt

1. Ukraine und NATO begannen Anfang Juni mit der mehrfach angekündigten Gegenoffensive und erzielten bisher keine Durchbrüche, dafür aber herbe Verluste an Personal und Technik.
2. Die militärischen Niederlagen der ukrainischen Streitkräfte beförderten den gewöhnlichen Terrorismus sowie die verstärkte Nazifizierung des Landes, welche deren Bekämpfung erfordert.
3. Die Ukraine befindet sich mit der 12. Mobilisierung am Ende ihrer Ersatzmöglichkeiten und ist auf die Auffüllung mit versölderten NATO-Soldaten angewiesen.
4. USA, NATO und EU befinden sich durch ihre indirekten und direkten militärischen, politischen und ökonomischen „Hilfeeleistungen“ kurz vor einem vollen Krieg mit Rußland.
5. Die Bereitstellung westlicher „Wunderwaffen“, die Durchführung von Ausbildungsmissionen und bedrohlicher Manöver (Air-Defender 23) haben bisher nicht zu einer militärischen Wende zu Gunsten der Ukraine geführt.

Verfolgt man die Aktivitäten der Regierenden des kollektiven Westens zur Lösung des Ukraine-Konflikts, so geht es ausschließlich um mehr Waffen, Soldaten und Geld. Keiner von denen tritt für Friedensverhandlungen ein. Wie wohltuend sind da mehrere derzeit stattfindende ernsthafte Vermittlungsversuche für Friedenslösungen. So hat der Präsident Südafrikas am 16.6.23 mit sechs afrikanischen Staatenlenkern Selenskyj Vorschläge zur Beendigung des Konflikts und zur Versorgungssicherheit afrikanischer Staaten gemacht, die dieser Tage auch mit Putin besprochen werden sollen. Leider will Selenskyj nicht mit Putin verhandeln, während Putin Verhandlungen auch mit der Ukraine prinzipiell zugesagt hat. Beide haben, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, derzeit die Vorschläge der afrikanischen Delegation abgelehnt. Selenskyj und Putin sollen – jeder für sich – Vermittlungsgesprächen Chinas, des Papstes und Brasiliens zugestimmt haben. Fängt da plötzlich die sich entwickelnde multipolare Welt an, unabhängig von USA, NATO und EU, die Geschiebe von Krieg und Frieden in Angriff zu nehmen?

Oberst a.D. Gerhard Giese

Der Zusammenbruch von Kiew

Das Waffengeschick hat entschieden. Die Stunde der Wahrheit hat gesprochen. Die ukrainische Gegenoffensive ist kläglich gescheitert. Die beträchtliche Bewaffnung der NATO war nutzlos. Das Schlachtfeld ist übersät mit Leichen. Für nichts. Die Gebiete, die der Russischen Föderation durch ein Referendum beigetreten sind, bleiben russisch.

Dieses „Schachmatt“ markiert nicht nur das Ende der Ukraine, wie wir sie kannten, sondern auch das Ende der Vorherrschaft des Westens, der auf seine Lügen gesetzt hatte. Die multipolare Welt wird in diesem Sommer anlässlich mehrerer internationaler Gipfeltreffen entstehen können. Eine neue Denkweise, in der die Gewalt nicht mehr das Gesetz macht.

In sechs Tagen, vom 4. bis 10. Juni 2023, startete die ukrainische Armee ihre Gegenoffensive und erlitt eine schreckliche Niederlage.

Im Laufe des Sommers errichteten die russischen Streitkräfte zwei Verteidigungslinien in dem von ihnen befreiten Teil Neuorußlands und im Donbass. Sie verhindern den Durchgang aller Tanks.

Die ukrainischen Streitkräfte haben ein Dutzend Angriffspunkte ausgewählt, um „vom Feind besetztes“ Gebiet zurückzuerobern. Ihre Panzer konnten die erste russische Verteidigungslinie nicht durchbrechen und stauten sich vor ihr, wo sie einer nach dem anderen von russischer Artillerie und Selbstmorddrohnen zerstört wurden.

Gleichzeitig beschloß das russische Militär innerhalb des ukrainischen Territoriums Kommandozentralen und Arsenale mit Raketen und zerstörte sie.

Die ukrainische Luftabwehr war sofort nach ihrer Einrichtung durch russische Hyperschallraketen zerstört worden. Ohne diese Abwehr konnten die Ukrainer die von der NATO geplanten Manöver nicht durchführen. Rußland hat seine neuen Waffen nicht eingesetzt, mit Ausnahme seines NATO-Waffenstützsystems und einiger seiner Hyperschallraketen.

Die Grenze ist nichts anderes mehr als ein langer Friedhof von Panzern und Soldaten. Die Flughäfen sind voll mit rauchenden Wracks von Mig-29 und F-16.

Die Stäbe der Vereinigten Staaten, des Atlantischen Bündnisses und der Ukraine geben sich gegenseitig die Schuld für diese historische Katastrophe. Mehrere hunderttausend Menschenleben und 500 Milliarden Dollar wurden umsonst verschwendet. Die westlichen Waffen, die in den 90er Jahren die Welt erschütterten, sind wertlos im Vergleich zum russischen Arsenal von heute. Die Macht hat die Seiten gewechselt.

Schon jetzt zwingen sich zwei Schlußfolgerungen auf:

Nicht die ukrainische Armee mit den „integralen Nationalisten“ verwechseln!

Wenn es auch keine ukrainische Armee mehr gibt, die in der Lage ist, einen Krieg mit hoher Intensität zu führen, gibt es immer noch die Kräfte der „integralen

Nationalisten“ (auch „Banderisten“ oder „Ukro-Nazis“ genannt). Aber sie sind nur für Kriege geringer Intensität ausgebildet. Ihre Anführer kämpften Ende der 90er Jahre im Auftrag der CIA- und der NATO-Geheimdienste in Tschetschenien, und manchmal in den 2020er Jahren in Syrien. Sie sind für gezielte Tötungen, Sabotage und Massaker an Zivilisten ausgebildet. Nichts anderes. Es ist ihnen gelungen,

- die russisch-deutsch-französisch-niederländische Gaspipeline Nord Stream zu sabotieren, um Deutschland und dann die Europäische Union am 26. September 2022 in eine Rezession zu stürzen.
- die Brücke über die Straße von Kertsch (bekannt als „Krim-Brücke“) am 8. Oktober 2022 zu sabotieren.
- den Kreml mit Drohnen am 3. Mai 2023 anzugreifen.
- am 26. Mai 2023 die Ivan Kurs, das Aufklärungsschiff, das die Gaspipeline Turkish Stream im Schwarzen Meer verteidigt, mit Drohnen anzugreifen.
- den Kachowka-Staudamm zu sabotieren, um Neuorußland am 6. Juni 2023 in zwei Teile zu teilen.
- die Ammoniak-Pipeline zwischen Togliatti und Odessa am 7. Juni 2023 zu sabotieren, um die russische Mineraldüngerindustrie zu zerstören.

Genauso wie schon in den beiden Weltkriegen und im Kalten Krieg stellten sie ihre terroristische Fähigkeit unter Beweis, spielten aber auf dem Schlachtfeld keine entscheidende Rolle.

Es ist wichtiger denn je, unter den Ukrainern zwischen den Militärs, die dachten, ihr Volk zu verteidigen, und den „integralen Nationalisten“ zu unterscheiden, welche sich nicht um ihre Landsleute kümmern und seit einem Jahrhundert versuchen, die Russen und ihre Kultur auszurotten.

Die Ukraine, die wir kannten, ist tot

Bis jetzt ist die Ukraine vor allem eine Macht der Kommunikation. Kiew ist es gelungen, die Leute glauben zu machen, daß der Putsch von 2014, der einen demokratisch gewählten Präsidenten zugunsten integraler Nationalisten stürzte, eine Revolution war. In ähnlicher Weise ist es Kiew gelungen, die Menschen vergessen zu lassen, wie es die Bürger im Donbass niedergemacht hat, indem es ihnen den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen verweigerte, die Gehälter der Beamten und Renten an ältere Menschen nicht zahlte und schließlich die Städte des Donbass bombardierte. Schließlich gelang es Kiew, dem Westen Märchen aufzutischen und ihn davon zu überzeugen, daß die Ukraine ein homogenes Land sei, in dem eine einzige Bevölkerung eine gemeinsame Geschichte erlebte. Wie in den meisten Kriegen gibt es auch hier einen Aspekt von „Bürgerkrieg“. Heute muß jeder zur Kenntnis nehmen, daß die von Wladimir Putin veröffentlichte Analyse im Gegensatz zu dem, was behauptet wurde,

keine Rekonstruktion der Geschichte war, sondern eine faktische Wahrheit. Die Bevölkerung des Donbass ist zutiefst russisch. Die von Neuorußland (einschließlich der Krim) ist von russischer Kultur, obwohl sie eine andere Geschichte hat (Neuorußland hat nie Leibeigenschaft gekannt). Die Ukraine hat in der Geschichte nie als unabhängiger Staat existiert, mit Ausnahme eines Jahrzehnts, in den Zeiträumen 1917 bis 1922 und 1941 bis 1945, und weitere drei Jahrzehnte, seit 1991.

Während dieser drei Perioden hörte Kiew nie auf, sein Volk säubern und seine Bürger massakrieren zu wollen, als die „integralen Nationalisten“ an der Macht waren (1917–1922 mit Simon Petljura, 1941–1945 mit Stepan Bandera und 2014–2022 mit Petro Poroschenko und Wolodymyr Selenskyj). Insgesamt haben die „integralen Nationalisten“ – wie sie sich selbst nennen – in einem Jahrhundert mehr als drei Millionen ihrer Landsleute ermordet.

Bereits während des Ersten Weltkriegs hatte sich die Bevölkerung Neuorußlands um den Anarchisten Nestor Machno erhoben; während des Zweiten Weltkriegs hatte die Bevölkerung des Donbass und Neuorußlands sich als Sowjets erhoben; aber diesmal kämpft sie mit den russischen Streitkräften gegen die „integralen Nationalisten“ Kiews. Der einzige Weg, diese Massaker zu stoppen, besteht darin, die „integralen Nationalisten“ von der russisch kultivierten Bevölkerung, die sie töten wollen, zu trennen. Da die NATO 2014 einen Putsch organisiert und sie an die Macht gebracht hat, gibt es keinen anderen Weg, als die derzeitige Teilung des Landes und diese Kräfte in Kiew an der Macht zu lassen. Es sind die Ukrainer, und nur sie, die sie stürzen müssen.

Die aktuellen Militäroperationen haben dies bereits vollbracht. Der von den Russen befreite Teil stimmte in einem Referendum für den Beitritt zur Föderation. Der russische Vormarsch im vergangenen Jahr wurde jedoch von Präsident Wladimir Putin im Rahmen der Verhandlungen, die in Belarus und dann in der Türkei geführt wurden, mit der Ukraine unterbrochen. Odessa ist nach wie vor ukrainisch, während es kulturell russisch ist. Transnistrien ist immer noch moldauisch, während es kulturell russisch ist.

Der Krieg ist technisch gesehen beendet. Keine Offensive wird fähig sein, die derzeitigen Grenzen zu ändern. Die Kämpfe können sich natürlich in die Länge ziehen und man ist weit von einem Friedensvertrag entfernt, aber das Spiel ist aus ...

Thierry Meyssan

Redaktionell gekürzt

Der Autor ist politischer Berater, Gründer und Präsident vom Voltaire Netzwerk - Réseau Voltaire.

Quelle: <https://www.voltairenet.org/article219468.html>, 13.6.23

Abchasien oder: Der Traum vom Paradies

Es gibt vermutlich nur wenige Regionen der Welt, in denen man sich dem biblischen Garten Eden so nahe fühlt wie in Abchasien. Die etwa 240 000 Einwohner der nur 8600 km² kleinen Republik könnten zu den glücklichsten Menschen auf Erden zählen, wenn ... ja, wenn der große Nachbar Georgien seine Ansprüche endlich aufgeben und den Abchasen das Recht auf ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben zuerkennen würde. Auch die meisten anderen Länder der sogenannten Weltgemeinschaft verwehren der kleinen Republik die Anerkennung und tragen damit dazu bei, daß der seit mehr als 30 Jahren schwelende Konflikt immer wieder aufflammt. Vor den schicksalhaften Ereignissen des Jahres 2014, als ein von fanatischen ultrarechten Brandstiftern aufgestachelter Mob in der Ukraine eine Hexenjagd auf alles Russische machte und damit den Grundstein zu einer viel größeren Katastrophe, deren Zeugen wir heute sind, legte, blickte die westliche Welt immer wieder mit einer Mischung aus Unverständnis und Naserümpfen auf den „wilden Kaukasus“, wo nach dem Zerfall der Sowjetunion gleich drei Krisenherde entstanden: Während Abchasien und Südossetien nach Unabhängigkeit von Georgien strebten, wurde die mehrheitlich von Armeniern bewohnte Region Bergkarabach zum Zankapfel zwischen Armenien und Aserbaidschan.

Geschichtliche Wurzeln

Nach dem Zerfall des Römischen Reiches formierte sich unter Byzantischer Oberherrschaft das unabhängige Fürstentum Abchasien. Das daraus hervorgegangene Königreich Abchasien verschmolz später mit dem Königreich Georgien.

Nach der Eroberung durch das Osmanische Reich konvertierten viele Abchasen zum Islam, während die Georgier Christen blieben. Anfang des 19. Jahrhunderts eroberte das russische Zarenreich Georgien und Abchasien. Die letzterem zunächst zugestandene Teilautonomie wurde 1864 im Zuge des Kaukasuskrieges endgültig abgeschafft, Viele muslimische Abchasen sahen keinen anderen Ausweg, als ihre Heimat aufzugeben. Welche Rolle die Georgier dabei spielten, ist umstritten, doch dürfte in diesen Prozessen einer der Grundsteine des gegenwärtigen Konflikts zu suchen sein. In die verlassenen Gebiete wanderten Russen und Georgier ein. Dennoch bildeten die Abchasen auch um die Jahrhundertwende die größte Bevölkerungsgruppe.

Das Ende des Zarenreiches führte im Kaukasus zu tiefgreifenden Umbruchprozessen. Mit Unterstützung des deutschen Kaiserreichs annektierte die neugegründete Demokratische Republik Georgien Abchasien. Wirtschaftliche Mißstände und zunehmende soziale Spannungen führten ab 1919 zu mehreren Bauernaufständen, die von der georgischen Regierung mit harten Gegenmaßnahmen beantwortet wurden. Die Folge: tiefsitzendes, bis heute währendes Mißtrauen.

Im März 1921 machte die Rote Armee der menschwistischen Regierung der Demokratischen Republik Georgien ein Ende. Noch einmal konnte sich Abchasien aus der ungeliebten georgischen Oberhoheit befreien. Als Abchasische SSR wurde es, ebenso wie die nunmehrige Georgische SSR, Teil der Sowjetunion. Diese Phase der weitgehenden Autonomie währte jedoch nicht lange: Auf Initiative Stalins und Berijas (beide Georgier) wurde die Abchasische SSR 1931 der Georgischen SSR angeschlossen. Gegen diese Maßnahme regte sich Widerstand, der jedoch massiv unterdrückt wurde.



Schwarzmeerküste bei Gagra in Abchasien

Nach Stalins Tod wurden die meisten der unter ihm durchgesetzten repressiven Maßnahmen zwar zurückgenommen, aber das Mißtrauen blieb. Kein Wunder, daß es auch in den folgenden Jahrzehnten immer wieder zu Spannungen kam.

Im Zuge der von Gorbatschow eingeleiteten Reformen erstarkten überall in der Sowjetunion nationalistische Strömungen. Die bisher nur unterschwellig existierenden Spannungen in der multikulturellen Georgischen SSR traten nun offen zutage. Maßgeblichen Anteil daran hatten georgische Nationalisten, die eine Loslösung Georgiens aus der UdSSR anstrebten, während die Mehrheit der Abchasen für den Verbleib in der Sowjetunion waren, allerdings getrennt von Georgien als Abchasische SSR. Angezettelt von georgischen Nationalisten, fand am 9.4.1989 in Tbilissi eine antiabchasische Großdemonstration statt, doch rasch wurden Rufe nach Unabhängigkeit laut. Als sowjetische Truppen eingriffen, geriet die Situation vollends außer Kontrolle. 21 Tote, vor allem Kinder und alte Frauen, waren die blutige Bilanz.

Die Ereignisse vom April 1989 stellten gewissermaßen eine Zäsur dar. Für den Moment war die Ruhe zwar wiederhergestellt, aber es war nur die Ruhe vor dem

Sturm. Ende 1989 lebten in Abchasien etwa 537 000 Menschen, darunter 44 % Georgier, 17 % Abchasen, 16 % Russen und 15 % Armenier – 2011 waren es nur noch 240 700. Was war geschehen?

Nationalisten auf beiden Seiten

Im Laufe des Jahres 1989 gewann die georgische Nationalbewegung zunehmend an Macht und Einfluß. In Abchasien wurden die georgischen Teile der bisher meist dreisprachigen öffentlichen Einrichtungen aus dem Gesamtkomplex herausgelöst und neu formiert. Dieses Schicksal ereilte auch das Pädagogische Institut Suchumi, dessen georgischer Teil im Rahmen des „Programms für die georgische Sprache“ in eine Filiale der Staatlichen Universität Tiflis umgewandelt werden sollte – gegen den ausdrücklichen Willen Moskaus. Außerdem sah das „Programm“ die Ansiedlung von Georgiern in den von Minderheiten bewohnten Gebieten und die Aufstellung von ausschließlich aus Georgiern bestehenden militärischer Einheiten vor. Georgische Nationalisten mobilisierten mehr als 30 000 Georgier zu einem „Marsch auf Suchumi“, um die geplante Teilung der Hochschule zu unterstützen. Zur gleichen Zeit formierten sich in Suchumi antigeorgische Gegendemonstrationen. Als abchasische Demonstranten am 12.7. das Gebäude einer georgischen Zeitung stürmten, geriet die Lage vollends außer Kontrolle. Eine Woche tobten die Straßenschlachten zwischen den Nationalisten beider Lager, ehe sowjetische Truppen wenigstens teilweise die Ruhe wiederherstellen konnten. Achtzehn Menschen hatten ihr Leben verloren, 448 weitere teils schwere Verletzungen davongetragen.

Im Dezember 1991 besiegelte die Erklärung von Alma-Ata das Ende der alten Sowjetunion; wenig später erklärte die georgische Regierung sämtliche zur Zeit der Sowjetunion unterzeichneten Verträge für ungültig. Ethnische Nicht-Georgier sahen sich in zunehmendem Maße benachteiligt und in ihren kulturellen Freiheiten eingeschränkt. Besonders in den mehrheitlich von Minderheiten bewohnten Gebieten konnte und wollte man das nicht hinnehmen, und so verkündete der Oberste Sowjet Abchasiens am 23.7.1992 Abchasiens Unabhängigkeit. Daß Georgien diesen für das Land bedeutenden Gebiets- und Prestigeverlust nicht hinnehmen wollte, ist nicht verwunderlich. Am 14.8. überschritten georgische Einheiten die Grenze und rückten trotz des erbitterten Widerstands der schlecht ausgerüsteten abchasischen Truppen unaufhörlich vor. Schon am 18.8. hatten die Georgier die abchasische Hauptstadt Suchumi, wo sie in der Folge eine Marionettenregierung installierten, eingenommen. Im September war die georgische Streitmacht über Gagra bis an die russische Grenze bei Sotschi vorgedrungen und belagerte die überwiegend von Russen bewohnte Stadt Tkwascheli.

In den eroberten Gebieten kam es zu Plünderungen und zahllosen Ausschreitungen

gegen die nicht-georgische Zivilbevölkerung. Viele in Abchasien lebende Russen und Armenier schlossen sich daraufhin dem abchasischen Widerstand an. Zu tausenden reisten Freiwillige aus Rußland und dem Nordkaukasus in das Kriegsgebiet, um auf der Seite der Abchasen zu kämpfen, unter ihnen auch der Tschetschene Schamil Basajew.

Mit Unterstützung der Freiwilligen konnte die abchasische Armee Anfang Oktober 1992 zum Gegenangriff übergehen und sowohl Gagra als auch den nördlichen Teil Abchasiens zurückerobern. Die hier lebenden Georgier mußten für die Verbrechen ihrer Landsleute büßen.

Der einbrechende Winter machte weitere kriegerische Aktivitäten zunächst unmöglich, doch im Frühjahr flammten die blutigen Kämpfe erneut auf. Bis zum Sommer hatte die abchasische Armee mit ihren Verbündeten die Hauptstadt Suchumi eingekreist. In dieser Situation war Georgien endlich bereit, auf das von Rußland vermittelte Waffenstillstandsabkommen einzugehen. Es wurde am 27.7. unterzeichnet und schien zunächst zu halten. Dann aber gab es im Westen Georgiens einen bewaffneten Aufstand der Anhänger des gestürzten georgischen Ex-Präsidenten Gamsachurdia.¹ In kurzer Zeit eroberten die Ultranationalisten einige der wichtigsten Städte Georgiens und drangen in den noch von Georgien kontrollierten Teil Abchasiens ein. Das einst so blühende Georgien versank im Chaos: Zum einen kämpften reguläre georgische Truppen gegen die Rebellen unter Gamsachurdia, zum anderen führte es einen blutigen Krieg in dem ebenfalls um seine Trennung von Georgien kämpfenden Südossetien.

Die Abchasen sahen nun ihre Chance gekommen, auch den Rest Abchasiens zu befreien. Am 16.9.1993 begannen sie mit dem Angriff auf die Hauptstadt Suchumi, die sie nach 11 Tagen einnehmen konnten. Der Großteil der noch in Abchasien lebenden Georgier floh – in einem Land, in dem (zumindest unter der Hand) noch immer das Gesetz der Sippenhaftung und Blutrache galt, eine weise Entscheidung. Das von den einrückenden Abchasen und ihren Verbündeten an georgischen Zivilisten begangene Massaker von Suchumi gehört zu den traurigen Höhepunkten dieses Krieges, der am 30. September mit dem Erreichen des Grenzflusses Egry endete. Mehr als ein Jahr hatte er gedauert. Etwa 4000 Abchasen und ebenso viele Georgier hatten ihr Leben verloren, 250 000 Menschen mußten ihre Heimat verlassen. Viele der geflüchteten Georgier konnten allerdings später zurückkehren, so daß heute wieder etwa 46 000 ethnische Georgier in Abchasien leben.

Das Waffenstillstandsabkommen

Am 14.5.1994 wurde nach drei vergeblichen Anläufen ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, das Abchasien das Recht auf eine eigene Flagge und eine eigene

Verfassung zugestand. Eine 1500 Mann starke russische Friedenstruppe sollte über seine Einhaltung wachen. Zusätzlich wurde in Suchumi eine UN-Beobachungskommission installiert. Indes: Die UNO hatte das Waffenstillstandsabkommen zwar vermittelt, verweigerte Abchasien jedoch die Anerkennung und legte damit selbst den Keim für den nächsten blutigen Krieg im Kaukasus. Hierzu nur soviel: Seit dem Präsidentschaftsantritt Saakaschwili im Jahre 2003 hatte Georgien – nicht zuletzt Dank großzügiger Unterstützung durch die USA – massiv aufgerüstet. In der Nacht des 8. August 2008 überschritten georgische Truppen die südossetische Grenze und rückten unaufhörlich in Richtung der Hauptstadt Zchinwali vor. Die Stadt selbst geriet unter schweren Beschuß mit Mörsern und Granaten. Die dortige Basis der russischen Friedenstruppen wurde angegriffen, zahlreiche Soldaten starben.

Rußland reagierte rasch und entschlossen, und auch Abchasien eilte dem angegriffenen Nachbarn zu Hilfe. Damit hatten die „Falken“ in Tiflis nicht gerechnet. Augenzeugen zufolge glich der Rückzug der georgischen Truppen eher einer Flucht. Als der russische Präsident Medwedew am 12. August die Einstellung der Kampfhandlungen anordnete, hatten russische und abchasische Streitkräfte nicht nur Südossetien befreit, sondern auch das angrenzende georgische Grenzland als Pufferzone besetzt.

Der Sechs-Punkte-Plan

Am 15./16.8. unterzeichneten Rußland und Georgien einen von dem damaligen EU-Ratspräsidenten vermittelten Sechs-Punkte-Plan, der unter anderem auch das Verbleiben russischer Soldaten in der Pufferzone bis zur Einrichtung internationaler Sicherheitsmechanismen vorsah. NATO und EU war das natürlich gar nicht recht. Schon drei Tage nach Unterzeichnung des Sechs-Punkte-Plans forderten sie den sofortigen Abzug aller russischen Soldaten aus Georgien, und NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer erklärte ultimativ: „Die Zukunft unserer Beziehungen wird davon abhängen, welche Schritte Russland unternimmt, um das Abzugsversprechen einzulösen, das Präsident Medwedew gegeben hat.“

Die am 8. September verabschiedeten Zusatzvereinbarungen des Sechs-Punkte-Plans regelten schließlich auch den Abzug der russischen Friedenstruppen aus der georgischen Pufferzone bis Mitte Oktober und die Einrichtung internationaler Kontrollmechanismen. Die EU übernahm gegenüber Abchasien und Südossetien die Garantie für den Gewaltverzicht Georgiens und versprach die Stationierung von 300 Beobachtern.

Die Entwicklung seit 2008

Im Jahre 2008 erkannte Rußland endlich die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens an; es folgten Nicaragua, Venezuela, Nauru und schließlich Syrien (2018). Die zwischenzeitlich auch von Tuvalu und Vanuatu erklärte Anerkennung Abchasiens wurde zurückgenommen, als diese Staaten

diplomatische Beziehungen mit Georgien aufnahmen. Während Georgien sowohl von der EU als auch den USA großzügig beim Wiederaufbau und Aufrüstung unterstützt wurde, verdanken Abchasien und Südossetien ihren Wiederaufbau größtenteils der Hilfe aus Rußland. Abchasien zählt heute, wie schon zu Zeiten der Sowjetunion, zu den beliebtesten Urlaubszielen der russischen Bevölkerung. Tourismus ist wieder zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren des kleinen Landes im Norden des Kaukasus geworden, doch wird es den Bewohnern dieses paradisischen Fleckchens Erde vergönnt bleiben, in Frieden zu leben? Die Antwort auf diese Frage hängt auch und vor allem von den Entwicklungen im benachbarten Georgien ab.

Dr. Dörte Hansen
Bischofsgrün

Unserem „RotFuchs“-Urgestein

Helmuth Helle

aus Berlin zum 101.

Wieder ist, lieber Helmuth, ein Jahr vergangen und Deinem 100. gesellt sich ein weiteres hinzu. Auch diesmal wollen wir es nicht versäumen, Dir zu Deinem 101. Geburtstag auf das Herzlichste zu gratulieren.

Vielleicht erreicht Dich diese Ausgabe punktgenau am 6. Juli, Deinem Ehrentag. Er möge Dir Freude und Kraft schenken, denn es sind wiederum unzählige Freunde und Genossen, die an Dich denken. Zu ihnen gehören frühere Kollegen aus dem Schulbuchverlag „Volk und Wissen“ genauso wie viele Deiner ehemaligen Schüler, Funktionäre des FC Union Berlin oder gute Gartennachbarn aus Grünau. Wir alle tun es mit großer Achtung vor Deiner Lebensleistung als leidenschaftlicher Pädagoge, sachkundiger Förderer des Volkswesens der DDR, als unbeirrbarer Propagandist unserer Sache und nicht zuletzt als Mitgestalter unserer Zeitschrift „RotFuchs“, der Du seit vielen, vielen Jahren die Treue hältst und die Du immer noch unterstützt.

Viele Deiner Bewunderer haben Dir zu Deinem Jubiläum im vergangenen Jahr geschrieben oder waren selbst zu der kleinen Feier, die dann eine große wurde, gekommen. Du erinnerst Dich an jeden einzelnen. Es sei an dieser Stelle gesagt, daß es Dir, wie Du betonst, ein Bedürfnis ist, ihnen allen noch einmal für ihr Kommen und ihre Grüße zu danken.

Fühle Dich umarmt, lieber Freund, und erlebe einen schönen Tag.

Redaktion und Vorstand

¹ Es war Gamsachurdia, der im April 1991 die Unabhängigkeit Georgiens ausgerufen hatte.

Der Osten rückt näher zusammen – das Modell hat Zukunft

Mehr als 20 Jahre nach ihren Anfängen als Versuch der Zusammenarbeit zwischen fünf post-sovietischen Staaten unter russischer Führung und dem aufstrebenden China hat sich die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) zu einer wichtigen globalen Institution entwickelt, in der fast die Hälfte der Weltbevölkerung vertreten ist. Immer mehr Mitglieder ...

Trotz dieser Vielfalt und Komplexität ist die SOZ zu Beginn ihres dritten Jahrzehnts nicht nur immer noch im Geschäft, sondern wird auch immer aktiver und attraktiver für andere. Im Jahr 2001 begann sie mit sechs Mitgliedern; nach 2017 wuchs die Zahl der Mitglieder auf acht an, wobei etwa 20 weitere Länder als Beobachter, Dialogpartner oder im Prozeß des Beitritts aufgeführt sind. Der diesjährige Beitritt Irans weckt das Interesse der Türkei und einer Reihe arabischer Länder, insbesondere der Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabiens, Ägyptens und Katars. Die SOZ-Gemeinschaft könnte möglicherweise einen Großteil des eurasischen Kontinents zwischen Weißrußland und Kambodscha umfassen. Eine solche Erweiterung birgt offensichtliche Risiken in Form einer noch größeren Interessenvielfalt, von Konflikten und Reibungen zwischen den Ländern, die einen Beitritt anstreben. Dennoch ist das Beispiel Chinas und Rußlands sowie Indiens und Pakistans, die die SOZ als nützlich für ihre Interessen erachten, ein überzeugendes Argument für einen Beitritt.

Das Fehlen einer einzigen Führungspersönlichkeit, die auf Konsens basierenden Entscheidungsverfahren, die Betonung der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung sind ein willkommener Kontrast zur von den USA dominierten NATO oder zu gleichgesinnten Gruppen wie der G7. Die Mitgliedschaft in der SOZ bedeutet nicht, daß man der Führung Pekings oder Moskaus folgen muß. So weit, so gut. Doch was kann die SOZ ihren Mitgliedern, Beobachtern und Partnern tatsächlich bieten? Die allgemeine Antwort lautet: Sicherheit in ihren gegenseitigen Beziehungen und Stabilität auf dem gesamten Kontinent. Schließlich ist die Organisation aus Gesprächen über Grenz- und militärische Sicherheitsfragen zwischen China einerseits und Rußland und den zentralasiatischen Staaten andererseits hervorgegangen. Die Mitgliedschaft selbst ist keine Garantie dafür, daß es keine Konflikte gibt, aber sie offeriert Mittel, um sie zu verhindern oder zu bewältigen. So bietet sie eine einzigartige Plattform für regelmäßige Kontakte auf hoher und höchster Ebene zwischen Delhi und Peking. Die Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung ist – bei allen Unterschieden in der Definition von „Terrorismus“ – ein weiterer offensichtlicher Bonus. Nach dem Abzug der USA aus Afghanistan im vergangenen Jahr haben die

SOZ-Mitgliedsstaaten ihre Bemühungen zur Stärkung der Stabilität in der Region sogar verstärkt.

Die SOZ-Länder profitieren von den Sanktionen gegen Rußland

Die wirtschaftliche Entwicklung ist seit langem einer der Schlüsselbereiche der SOZ-Zusammenarbeit. Nach Chinas „Belt and Road“-Initiative ist nun der Nord-Süd-Korridor entstanden, der Rußland, den Iran, die arabischen Länder und Indien miteinander verbindet. Der Frieden im Südkaukasus könnte durch die Wiederherstellung der Verbindungen innerhalb der Region und der Verbindungen zum Norden und Süden gefestigt werden. Die Auflösung der „Chimerica“ (der Verbindung der USA und Chinas zur beidseitigem Nutzen) und die Entkopplung zwischen der EU und Rußland im Zuge des Ukraine-Krieges signalisieren, daß die Globalisierung durch Regionalisierung ersetzt wird. Asiatische und eurasische Länder, die in den vergangenen Jahrhunderten viel enger mit fernen westlichen Mächten verbunden waren als mit ihren eigenen Nachbarn, konzentrieren sich nun auf die Möglichkeiten in ihrer dynamischen Nachbarschaft. Die gegen Rußland verhängten Wirtschaftssanktionen des Westens öffnen auch die Türen für Investitionen aus Asien und dem Nahen Osten in Rußland und für den Handel mit dem Land weit auf. Ein neuer Impuls für die eurasische Interaktion wurde durch die Beschlagnahme der Hälfte der russischen Währungsreserven durch den Westen infolge des Krieges in der Ukraine ausgelöst. Die zentrale Frage, die in das strategische Kalkül einer Reihe von Ländern eingegangen ist, ist die Zuverlässigkeit des auf dem US-Dollar basierenden globalen Finanzsystems. Im Handel zwischen den SOZ-Mitgliedsländern und Beobachtern werden zunehmend nationale Währungen wie der chinesische Yuan, die indische Rupie, die türkische Lira, der iranische Riel sowie der russische Rubel verwendet. Parallel dazu werden die nationalen Zahlungssysteme dieser und anderer Länder miteinander verbunden, so daß die Transaktionen direkt und nicht über Washington oder seine Verbündeten abgewickelt werden können. Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Mechanismen noch schwerfällig, aber das ist der Beginn eines neuen internationalen Finanzsystems, das nicht mehr von einer hegemonialen äußeren Macht diktiert wird. Die Sanktionen, die gegen den Iran und nun auch gegen Rußland verhängt wurden, könnten in Zukunft auch gegen andere Nationen verhängt werden, die sich in einem Konflikt mit den USA befinden.

Es gibt nicht nur die USA, UK, die NATO und die EU ...

Das internationale System, wie es sich nach dem Ende des Kalten Krieges herausgebildet hat, befindet sich in einer tiefen Krise, deren Überwindung lange Zeit in Anspruch nehmen

wird. Das gegenwärtige System beruht auf Organisationen, die entweder ihre Wurzeln im Kalten Krieg haben oder von ihm inspiriert wurden – wie die NATO oder AUKUS (das Militärbündnis USA, UK und Australien) – oder die stark von westlichen Mächten dominiert werden, wie die internationalen Finanzinstitutionen, die OSZE und das UN-System insgesamt. Es ist zu bezweifeln, ob die Hauptnutznießer der gegenwärtigen Situation mehr als höchstens ein wenig nachgeben werden, um Platz für neue Akteure zu schaffen. Sie werden sicherlich ihr Bestes tun, um die Kontrolle über das von ihnen erdachte und betriebene System zu erhalten. Während sich die Zukunft der Weltordnung im anhaltenden Wettbewerb der Großmächte entscheidet, besteht ein praktischer Weg, die Situation so zu verändern, daß sie den Interessen der wachsenden Zahl autonomer Akteure besser dient, in der Entwicklung von Organisationen wie der SOZ – unabhängig, nicht hegemonial und inklusiv. Die SOZ könnte zu einem Modell für die Ordnung des 21. Jahrhunderts im wichtigsten regionalen Raum der Welt werden.

Dmitry Trenin

Redaktionell gekürzt

Quelle: globalbridge, 14.9.2022

Der Autor ist Mitglied des Russischen Rates für Internationale Angelegenheiten.

EUROPA IM DAUERSCHULDVERHÄLTNIS

Europa hat einen Fehler gemacht:
Hat ein Abonnement abgeschlossen.
Washington hat sich ins Fäustchen gelacht.
Europa hat sich ins Knie geschossen.

Statt freundlich zu bleiben, neutral zur Welt,
Hat sich Europa verführen lassen:
Den Vereinigten Staaten hinzugesellt,
In Hoffnung auf ebenso volle Kassen.

Ein Plus wäre durchaus möglich gewesen:
Mit preiswertem Erdöl und russischem Gas.
Zu spät die Frackinggaskosten gelesen?
Der kommende Winter wird sicher kein Spaß.

Die neueste Taktik der USA:
Kriege zu schüren, doch selbst nicht zu führen,
Zum Abkassieren hingegen schnell da.
All dies sind keineswegs neue Allüren.
Vorteil: Es gibt nichts aufzuspüren.
Drum Nein zum Dollar, juchheirassasa!

Lutz Jahoda
11. Juni 2023

So wird der Yuan zur Reservewährung für Eurasien und Afrika

Große Teile der Welt ersetzen den Dollar für Importe und Exporte durch den Yuan. Die Entwicklung erinnert an die Einführung des Bretton-Woods-Systems im Jahr 1945. Welche Folgen hat das für Europa?

China baut den Renminbi Schritt für Schritt zu einer Leitwährung aus. Der Prozeß weist deutliche Parallelen zur Einführung des Dollars als Weltleitwährung nach dem Zweiten Weltkrieg auf, doch es gibt auch klare Unterschiede. Es zeigt sich, daß der Wechsel der Leitwährung ein schwieriger Prozeß ist, der eine ganze Reihe von Bedingungen voraussetzt, die für den Renminbi nunmehr erfüllt sind. Beschleunigt wurde der Prozeß entscheidend durch die Politik des Westens, die große Teile der Welt geradezu dahin getrieben hat, daß sie den Dollar nicht mehr nutzen wollen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg löste der Dollar das britische Pfund als globale Leitwährung ab. Dies war bereits im Bretton-Woods-System von 1944 von den teilnehmenden Staaten so beschlossen worden. Dieser Umbruch wurde vor allem auch durch zwei Faktoren ermöglicht. Zum einen exportierten die USA damals weit mehr, als sie importierten (ganz anders als heute), sie erwirtschafteten also erhebliche Leistungsbilanzüberschüsse. Und zum anderen verfügten die USA über extreme Goldreserven von über 20 000 Tonnen. Heute sind es offiziell noch 8134 Tonnen.

Daß die USA deutlich mehr exportierten, als sie importierten, hatte vor Einführung des Bretton-Woods-Systems dazu geführt, daß zum Ausgleich für ihre Leistungsbilanzüberschüsse riesige Mengen Gold in die USA flossen. Insgesamt stärkten die Leistungsbilanzüberschüsse und die hohen Goldreserven das Vertrauen in den Dollar und ermöglichten seine Rolle als Weltleitwährung. Das Bretton-Woods-System war eine Art Pseudo-Goldstandard. Dabei konnten ausländische Notenbanken bei der Federal Reserve Gold zum garantierten Preis von 35 Dollar pro Feinunze erhalten, nicht aber die Bürger.

Doch dann beendete US-Präsident Richard Nixon in einer Fernsehansprache am 15. August 1971 den Pseudo-Goldstandard von Bretton Woods. Der Dollar wurde vom Gold entkoppelt. Die ausländischen Notenbanken hielten plötzlich Fiat-Dollar, also Papiergeld, das von der Federal Reserve nach Belieben aus dem Nichts geschaffen werden kann. Dieses System wurde dennoch akzeptiert und funktionierte erstaunlich lange, auch wenn die USA längst keine Leistungsbilanzüberschüsse mehr erwirtschaften, sondern massive Defizite.

Um den Dollar nach dem Zweiten Weltkrieg zur Weltwährung machen zu können, mußten die USA sicherstellen, daß die Welt über die nötigen Dollarbestände verfügt. Eine entscheidende Rolle spielte dabei der Marshallplan, mit dem die USA den Wiederaufbau Europas förderten und der zu einem großen Teil aus Dollar-Krediten bestand. Wie groß

sein tatsächlicher Anteil am grandiosen Wirtschaftsaufschwung in der Bundesrepublik war, ist umstritten. Sicher ist jedoch, daß er entscheidend dazu beitrug, den Dollar als Weltleitwährung zu etablieren.

Doch nun wenden sich große Teile der Welt vom Dollar ab. Vor unseren Augen vollzieht sich der Wechsel zu einem neuen Weltfinanzsystem. Dabei befindet sich China in einer Situation, die vergleichbar ist mit der Situation der USA 1945. Das Land ist militärisch unantastbar, es erwirtschaftet regelmäßig starke Leistungsbilanzüberschüsse, und es hat seine Goldbestände über die Jahre massiv aufgestockt. Am Shanghai Gold Exchange kann das Ausland heute Yuan in physisches Gold tauschen. Zudem verfügt China – wie einst die USA – über einen Mechanismus, um seine Währung in die Welt zu bringen.

Swap-Linien versorgen die Welt mit Yuan

China muß die Staaten der Welt zunächst mit Yuan (beziehungsweise Renminbi) versorgen, damit sie ihre Importe aus China auch in der chinesischen Währung bezahlen können. Der Mechanismus, der dies ermöglichen soll, sind sogenannte Swap-Linien, die ein relativ neues Werkzeug der Zentralbanken sind, das in der Folge der Weltfinanzkrise 2007 bis 2008 große Bedeutung erlangt hat. Dabei gewährt eine Zentralbank (in diesem Fall die chinesische) einer anderen Zentralbank einen Kredit in ihrer Währung (Yuan), der durch die einen entsprechenden Betrag in der Währung der borgenden Bank besichert wird. Auf diese Weise wird die borgende Zentralbank mit Liquidität versorgt, ohne daß es zu größeren Verwerfungen kommt. Chinas Zentralbank hat mit mehr als 30 Zentralbanken solche Swap-Linien etabliert.

„Die Abrechnung von Öl in Renminbi findet schon seit einigen Jahren statt“, sagte der Analyst Zoltan Pozsar, der einst leitender Berater beim US-Finanzministerium war, in einem Interview für den Gold We Trust-Report 2023, und zwar mit Rußland, dem Iran und Venezuela. Aber jetzt werde dies auch mit Saudi-Arabien und den Ländern des Golf-Kooperationsrats insgesamt geschehen.

Die BRICS-Staaten ersetzen den Dollar im Handel durch den Renminbi und sie führen eigene digitale Zentralbankwährungen (CBDCs) ein. Die Abkehr vom Dollar ist die Abkehr vom Westen. Die Folge und das Ziel dieser Bemühungen ist die Abkopplung vom westlichen Bankensystem, auf das diese Staaten sich nicht mehr verlassen wollen, weil sie das Vertrauen in dieses System verloren haben. (...) Die Dringlichkeit, über alternative Zahlungs- und Clearingsysteme zu verfügen, zeigten im letzten Jahr die Sanktionen gegen Rußland.

Der Westen hat der russischen Zentralbank den Zugang zu ihren Währungsreserven im Umfang von mehreren hundert Milliarden Dollar verwehrt und würde das Geld gern zum Wiederaufbau der Ukraine einsetzen. Zudem wurden mehrere russische Banken aus dem

internationalen Zahlungsnetzwerk Swift ausgeschlossen. In der Folge ist der Yuan jetzt eine regionale Reservewährung für Rußland geworden. Der russische Staatsfonds wird den Anteil des Euro noch in diesem Jahr auf Null absenken. Statt dessen setzt der Fonds nun ganz auf Yuan, Gold und Rubel.

„Die Dinge entwickeln sich in eine Richtung, wo ein großer Teil der Welt Renminbi in viel größerem Umfang nutzen wird“, meint Pozsar. Das sei ein Weg, um eine wichtige Handels- und schließlich auch eine Reservewährung zu werden. Doch der Weg dahin besteht Pozsar zufolge nicht darin, daß die Länder beginnen werden, ihn zu horten, wie es beim Dollar der Fall war, weil die Staaten sich gezwungen sahen, ein Sicherheitspolster an Dollars aufzubauen, damit sie bei dringendem Bedarf nicht gleich zum Bittsteller beim IWF werden müssen.

Beim Renminbi wird dies nicht nötig sein, weil er über Swap-Linien verwaltet wird. Pozsar verweist auf die Ansprache von Präsident Xi Jinping an die Staats- und Regierungschefs des Golf-Kooperationsrats, in der er betonte, daß man viel mehr Handel miteinander treiben und alles in Renminbi abrechnen wird. (...) Im chinesischen System kommt den Staaten eine viel größere Rolle zu. Die Regierungen werden darüber entscheiden, wie Überschüsse beziehungsweise Defizite im bilateralen Handel ausgeglichen werden sollen, was im Dollar-System vom privaten Sektor gesteuert wird. (...)

Eine Welt mit drei Leitwährungen

Ein weiterer Unterschied zum Dollar-System bestehe darin, daß die Reservewährung Yuan parallel zu den Reservewährungen Dollar und Euro existieren wird. „Ein Grund, warum der Euro so wichtig war, ist, daß er Europa die Möglichkeit gab, seine Rohstoffimporte mit seiner eigenen Währung zu bezahlen. Er verschaffte Europa die Souveränität über die Rechnungen für Rohstoffimporte, wenn man so will. Es mußte sich nicht mehr abmühen, Dollar zu verdienen, um das benötigte Öl und Gas importieren zu können, weil die OPEC-Länder und Rußland ihnen den Euro abnahmen.“

Doch in der Folge des Kriegs gegen Rußland ist Europa stärker von Energieimporten aus Nordamerika abhängig geworden. „Die USA werden Dollar für ihre Energieexporte verlangen“, sagt Pozsar und verweist noch auf eine andere bedeutende Entwicklung. China verringert demnach zwar das Gewicht des Dollars in seinem Währungskorb, aber zugleich wird das Gewicht des Euros erhöht. Offenbar ist China weiterhin um eine Verständigung mit Europa bemüht, das es als wichtigen Teil seiner Neuen Seidenstraße betrachtet.

Gregor Uhlig

Redaktionell gekürzt

Quelle: Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 28.5.23

Zehn Jahre Neue Seidenstraßen-Initiative – der Weg in eine multipolare, friedliche Welt

Im September 2013 stellte der chinesische Präsident Xi Jinping in Kasachstan das Programm der Neuen Seidenstraßen-Initiative vor. Wenige Wochen später – im Oktober 2013 – in Indonesien die maritime Seidenstraße. Die Welt horchte auf. Einerseits nahmen westliche Medien dieses Vorhaben nicht ernst – China übernehme sich und wird scheitern – andererseits sahen Experten bereits einen zunehmenden Einfluß Chinas in Zentralasien, Südostasien und Afrika. In dem Großprojekt „Neue Seidenstraße“ sah man eine Wiederbelebung alter chinesischer Handelsdominanz. Historiker traten auf und erklärten, was in den vergangenen Jahrhunderten wichtig für Europa und Asien war. Worin aber der wirkliche Kern der Neuen Seidenstraße-Initiative bestand, erkannten nur wenige Fachleute.

1961 errang Tanganjika, das heutige Tansania, von der britischen Kolonialherrschaft die Unabhängigkeit. Seit 1964, vereint mit Sansibar, schlug die junge afrikanische Republik einen sozialistischen Weg ein und wurde von den früheren Kolonialmächten sanktioniert. Die reichen Kupfervorkommen konnten nicht mehr über die Eisenbahnverbindung über den südafrikanischen Hafen Durban exportiert werden. Tansania bat die wirtschaftlich starken Länder, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds um Hilfe für den Bau einer unabhängigen Bahnverbindung nach Dar es Salam. Nur die junge Volksrepublik China war bereit zu helfen und stellte nicht nur die finanziellen Mittel, sondern auch das Material, die Maschinen zur Verfügung. Das gesamte chinesische Volk stand für die Hilfe der sich befreiten afrikanischen Brüder ein. Diese Freundschaft half China wenige Jahre später beim Kampf um internationale Anerkennung, z.B. der Anerkennung als Mitglied in der UNO und des Sicherheitsrats.

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas nach Einführung der offenen Wirtschaftspolitik entwickelte sich die freundschaftliche, gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, aber auch Zentralasiens kontinuierlich. Schon bis Anfang 2000 investierte China in viele Projekte auf dem afrikanischen Kontinent in einem Umfang von mehr als 25 Mrd. US-Dollar (USD). Nach 1990 intensivierte China die Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Ländern, um mit diesen neuen unabhängigen Staaten freundschaftliche Beziehungen aufzubauen, diese in ihrer Entwicklung zu unterstützen und den bilateralen Handel auszubauen. Dabei wurden die großen Kapazitäten der chinesischen Bau- und Stahlindustrie sowie die aufgebauten Handelsüberschüsse, die Währungsreserven für Kredite, genutzt. Die Go-Out-Politik wurde geboren und von der KPCh sowie der Regierung gefördert.

Ich konnte direkt daran teilhaben. Als der neue Eisenbahngrenzübergang AlaShankou/Druschba zwischen China und Kasachstan

eröffnet wurde, organisierte ich gemeinsam mit den chinesischen Beamten der Xinjiang Provinz über das neue Terminal die Abwicklung der ersten Container von China nach Europa.

Die USA, die EU und auch Japan glaubten nach 1990, daß der neoliberale Kapitalismus mit seinen multinationalen Konzernen und den freien Marktkräften die Entwicklung der Infrastruktur entsprechend der Konzernanfordernisse vorantreiben würde. Da man staatliche Steuerungen ablehnte, wurde natürlich auch die chinesische, staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik verurteilt.

Chinas Regierung dagegen verließ sich nicht auf die freien Marktkräfte, sondern stellte der staatlichen Wirtschaftspolitik entsprechende Kredite für den Ausbau der zentralasiatischen Infrastruktur, den Aufbau neuer Fabriken an den Transportverbindungen zur Verfügung und förderte damit die Industrialisierung, den lokalen Wohlstand sowie den internationalen Handel. Diese Entwicklung blieb den USA, die geostrategische Interessen in Afghanistan und Zentralasien verfolgten, nicht verborgen.

1999 befaßte sich die US-Administration mit dem sogenannten New Silk Road Act, welche die amerikanischen Interessen in Zentralasien und dem Kaukasus sichern sollte. 2011 verkündete die US-Vizepräsidentin Hillary Clinton im Rahmen ihres Aufenthalts in Chennai, Indien, die New Silk Road-Vision des 21. Jahrhunderts. Diese sah vor, von Afghanistan ausgehend, den Einfluß der USA auf die gesamte Region auszuweiten. Begründet wurde das mit der Absicht, Stabilität und Demokratie in diesen Ländern zu ermöglichen. Interessant ist allerdings, daß die vorgesehenen Mittel für dieses Vorhaben, das von General David Petraeus vom US-Zentralkommando erarbeitet wurde, nach seinem Rücktritt 2012 zurückgezogen wurden. Der militärische Aspekt war offensichtlich. Ebenfalls 2011 verkündete US-Präsident Obama die USA-Wende nach Asien. Auch bei dieser Wende vom Atlantik zum Pazifik ging es einerseits um Handel, aber andererseits vor allem um die US-amerikanische militärische Präsenz in diesem Raum. Damit sollte China landseitig durch die New Silk Road-Vision und seeseitig durch die Präsenz der US Navy militärisch und politisch eingegrenzt werden.

Erst 2013, zwei Jahre nach Verkündung der amerikanischen Asienpolitik, wurde die Neue Seidenstraßen-Initiative vorgestellt, später auch Belt and Road Initiative (BRI) genannt, die aber keinerlei militärische Aspekte beinhaltet, sondern langfristige Investitionen in Infrastruktur und Energiewirtschaft zur Industrialisierung der betreffenden Länder mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen. Das alles, ohne politische oder wirtschaftliche Bedingungen zu stellen, aber die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der

Partnerländer zu garantieren. Der globale Wohlstand soll durch Konnektivität, die Vernetzung der weltweiten Märkte, erhöht und die Armut überwunden werden. Sie schließt weltweit alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens, die neuen Technologien der Digitalwirtschaft, des Energiewandels hin zu erneuerbaren Energien, des Gesundheitswesens und nicht zuletzt den kulturellen Austausch ein.

Auf dem eurasischen Kontinent werden sechs Wirtschaftsgürtel in Angriff genommen: China – Mongolei – Rußland – Zentralasien bis in den Iran und die Türkei – Pakistan – Bangladesch/Myanmar, – Südostasien bis Singapore. In diesen Wirtschaftskorridoren wird in Eisenbahnlinien, Straßen, Energieversorgungsleitungen, Pipelines mit Krediten der chinesischen Banken investiert, an denen Industriebetriebe, Sonderwirtschaftszonen und Handelsplattformen angesiedelt werden. Gemeinsam mit den beteiligten Menschen der Partnerländer wird der kulturelle Austausch gefördert.

Gleichzeitig stellen die neuen Transportverbindungen durch Zentralasien von China nach Europa wie auch die nach Südostasien mit der Anbindung von Häfen in Malaysia, Myanmar oder Pakistan auch Alternativen zum Seetransport durch die Straße von Malakka dar. In Afrika wurden in den vergangenen Jahrhunderten durch die Kolonialmächte nur Transportverbindungen zu den Überseehäfen zur Ausplünderung der Bodenschätze gebaut, so daß sich kein innerafrikanischer Handel entwickeln konnte und sich auch nicht entwickeln sollte. Die Kredite für innerafrikanische Infrastruktur ermöglichen die Konnektivität zwischen den afrikanischen Ländern, den innerafrikanischen Handel, die gegenseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit und damit die zunehmende politische Unabhängigkeit. Die Länder können sich aus der noch bestehenden Vorherrschaft der ehemaligen Kolonialländer befreien. In den Jahren zwischen 2013 und 2023 konnten 10 000 km Schienen der Normalspur, 100 000 km Straßen, 100 neue oder modernisierte Häfen und eine Vielzahl von Schulen und Krankenhäusern in Betrieb genommen werden. Die Länder der Afrikanischen Union konnten ein innerafrikanisches Freihandelsabkommen vereinbaren, womit sie sich gegenseitig in ihrem Aufbau unterstützen. Für 98 % aller afrikanischen Exporte wurden die Importzölle nach China aufgehoben.

In Südostasien wurden die Eisenbahnen von China nach Laos eröffnet. An der Strecke entwickelt sich die lokale Industrie. In Malaysia wird mit Hochdruck an der transmalaysischen Bahn mit Anschluß an Singapore gebaut. Der Bau der pakistanischen Bahn – ein Kernprojekt des China-Pakistan-Economic Corridors – befindet sich in Progreß, und der Gwadar einschließlich der Sonderwirtschaftszone stehen vor der Fertigstellung. In

Myanmar wird der Hafen Kyaukpyu mit der Anbindung an die Bahnstrecke nach China errichtet.

Mit den globalen multilateralen Projekten können die afrikanischen und asiatischen Länder, aber auch China, den Handel sowie die Lieferung und den Import von Rohstoffen diversifizieren. Für alle an der Neuen Seidenstraße beteiligten Seiten ergeben sich Gewinne – eine echte Win-Win-Situation.

Schon vor der offiziellen Inauguration der Neuen Seidenstraßen-Initiative gründeten in Anbetracht der sich ausweitenden islamistischen Gruppierungen 2001 die zentralasiatischen „Stan-Länder“ gemeinsam mit China die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), die für eine gemeinsame Sicherheitspolitik steht. Mit der sich etablierenden Neuen Seidenstraßen-Initiative übernahm diese Organisation mehr und mehr ökonomische Aufgaben und hat sich bis heute zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Organisation entwickelt. Die unter politischen Spannungen stehenden Länder Indien und Pakistan traten dieser Organisation bei, um gemeinsam mit den Mitgliedern der BRI zu kooperieren. Andere Länder, wie der Iran, stellten Anträge, als Mitglieder aufgenommen zu werden.

Die Organisation BRICS (Brasilien, Rußland, Indien, China, Südafrika), in der sich die Länder zu einem attraktiven wirtschaftlichen Block zusammengeschlossen haben, kann auf eine fast 20jährige Geschichte zurückschauen. Sie ist offen für weitere Mitgliedskandidaten. Algerien, Iran, Saudi-Arabien, Indonesien stellten entsprechende Anträge. Die SOZ und auch die BRICS sind wichtige Organisationen, die die Neue Seidenstraße unterstützen und zu deren Erfolg beitragen.

Die von den USA dominierten globalen Finanzinstitutionen, die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds agieren im Interesse des amerikanischen Finanzsystems. Washington nutzt die eigene Währung als politische Waffe gegen Länder, die sich

nicht mehr der Vormacht der USA unterwerfen wollen. Mittels des US-Dollars werden Sanktionen weltweit durchgesetzt. Darauf reagieren die Länder der BRICS, der SOZ sowie weitere Länder der BRI und stellen ihren Handel auf lokale Währungen im Handel mit China auf den chinesischen Yuan um. Selbst bislang enge Verbündete der USA, wie Saudi-Arabien, folgen der Umstellung auf die chinesische Währung für ihren Öl-Handel mit China.

Gemeinsam mit anderen Ländern der BRICS gründete China die „Neue Entwicklungsbank“ (NDB) und mit weiteren Ländern, einschließlich Deutschland, die Asien Infrastruktur Investment Bank (AIIB). Diese Banken vergeben Kredite gemäß den Prinzipien der Initiative, d.h. ohne politische und wirtschaftliche Bedingungen und ohne sich die inneren Angelegenheiten der Nehmerländer einzumischen.

Im April dieses Jahres lehnte zum Beispiel Tunesien einen Kredit von der Weltbank mit der Begründung ab, der Forderung der Weltbank, Sozialleistungen abzubauen und Privatisierungen voranzubringen, nicht nachzukommen. Tunesien wird mit den Staaten der BRICS zusammenarbeiten, die keine Forderungen im Interesse der internationalen Finanzgesellschaften stellen.

Heute sind mehr als 140 der 190 UNO-Mitgliedsländer Partner der Neuen Seidenstraßen-Initiative. Für die weltweit meisten Länder ist China der wichtigste Handelspartner.

Nach dem Ende der europäischen sozialistischen Länder fühlten sich die USA und der Westen als Sieger der Weltgeschichte, was sie ermunterte, vor allem ihre militärische Vorherrschaft uneingeschränkt auszubauen. Der damalige US-Verteidigungsminister Dick Cheney ließ die sogenannte Non-Rivale-Doktrin ausarbeiten. Das erste Ziel der USA sei es, das Wiederauftauchen eines neuen Rivalen zu verhindern, sei es auf dem Territorium der früheren Sowjetunion oder

anderswo. Es sei zu verhindern, daß eine feindliche Macht eine Region beherrscht, deren Ressourcen unter konsolidierter Kontrolle ausreichen würden, die amerikanische Macht herauszufordern.

China mit der erfolgreichen Neuen Seidenstraßen-Initiative stellt heute eine solche Herausforderung dar. Nach mehreren Jahren erfolgreicher Entwicklung der BRI realisierten die ehemaligen europäischen Kolonialländer und die USA, daß die BRI ein Erfolg Chinas ist und daß sich die Länder des Globalen Südens mehr und mehr von ihnen abwenden. Die Europäische Union initiierte daher ein Gegenprogramm, die Global Gateway-Initiative, und die USA die „Build-Back-Better-World-Initiative“. Während des G7-Gipfels im Juni 2022 bündelte der amerikanische Präsident beide Aktivitäten zur „Globalen Partnerschaft für Infrastruktur und Investment“. Geplant ist, 600 Mrd. US-Dollar (vor allem von den USA und der EU-Privatwirtschaft) bereitzustellen, die in klimaneutrale Infrastruktur und die Digitalwirtschaft investiert werden sollen. Die Länder des Globalen Südens erkannten, daß Bidens Initiative sowohl gegen sie selbst als auch gegen China gerichtet ist.

Zur Lösung der gegenwärtigen globalen Probleme – der Klimawandel, die Umstellung auf erneuerbare Energien, der weltweite Hunger, die Pandemien, die militärischen Konflikte sowie die Flüchtlingsbewegungen – bedarf es gemeinsamer Anstrengungen und keiner Initiativen, die gerade dieses torpedieren. Die Neue Seidenstraßen-Initiative hat den Weg aufgezeigt, wie die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigt werden können. Sie dient der Menschheit als ein Wegweiser in eine friedliche Zukunft.

Dr. Uwe Behrens
Wandlitz

Der Artikel wurde in den chinesischen fremdsprachigen Zeitungen „China Heute“ und „Beijing Rundschau“ im Mai 2023 veröffentlicht.

China, Taiwan und das Völkerrecht

Wenn deutsche Politiker über die Volksrepublik China und die Insel Taiwan sprechen, erwähnen sie nie das Völkerrecht, auch Außenministerin Baerbock, die, wie sie betont, „vom Völkerrecht kommt“, verzichtet darauf. Warum das so ist, ist klar. Völkerrechtlich gibt es nur einen Staat China, eine Republik Taiwan existiert nicht.

Nach dem Sieg der Volksbefreiungsarmee 1949 ist die alte Regierung mit dem Rest der Armee auf die Insel Taiwan, damals auch Formosa genannt, geflohen. Sie gab sich weiter als rechtmäßige Regierung Chinas aus. Bis 1971 konnte sie China auch noch in der UNO und in deren Sicherheitsrat vertreten. Die Volksrepublik brauchte einige Jahre, um internationale Anerkennung zu finden. Nach und nach fanden es

aber immer mehr Staaten falsch, daß eine kleine Insel nicht einmal ein halbes Prozent der Fläche, bewohnt von etwa 1,5 % der Bevölkerung, den ganzen Staat vertrat. 1971 mußte die Verwaltung der Insel ihren Sitz in der UNO und im Sicherheitsrat an die Volksrepublik abgeben. Sie nennt sich immer noch Republik China, wird aber nur noch von einigen kleinen Staaten anerkannt. Das Verhältnis der Volksrepublik zu Taiwan ist eine innerchinesische Angelegenheit, in die sich andere Staaten nicht einmischen sollten – das entspräche dem Völkerrecht. Die Beziehungen der Volksrepublik zu seiner abtrünnigen Provinz sind besser als sie oft dargestellt werden, besser als das Verhältnis der BRD zur DDR war. Der Handel ist intensiv, Reiseverkehr ist möglich, Arbeit

im jeweils anderen Gebiet ist möglich, Firmen aus Taiwan haben Niederlassungen in der Volksrepublik und umgekehrt. Ohne fremde Einmischung wäre das Verhältnis wahrscheinlich noch besser. Besuche hoher Politiker westlicher Länder in Taiwan sind reine Provokation, notwendig sind sie nicht. Handelsbeziehungen können Firmen unter sich ausmachen, kultureller Austausch kann unter den jeweiligen Institutionen ausgehandelt werden. Frieden mit der Volksrepublik China – das wäre besser, als im Schlepptau der USA Konflikte aufzubauen.

Gernot Linhart

Entnommen dem „Gießener Echo“, Zeitung der Kreisorganisation der DKP Gießen, Nr. 05/Mai 2023

Was hat es mit der „Taiwan-Frage“ auf sich?

Taiwan war nie ein unabhängiger Staat, sondern, abgesehen von der Zeit der japanischen Besatzung, immer ein Teil Chinas. Die „Regierung“ auf Taiwan hat keinerlei Berechtigung, China zu vertreten. Sie ist eine regionale Behörde auf chinesischem Territorium.

Die Kuomintang, die die Zugehörigkeit Taiwans zu China nie in Frage gestellt hat, erhoffte allerdings nach ihrer Flucht vor den Kommunisten 1949 auf die Insel noch, das chinesische Festland zurückerobern und die Wiedervereinigung mit dem Mutterland unter ihrer Herrschaft erzwingen zu können. Antikommunisten rund um den Globus, an der Spitze die USA, unterstützten dieses Anliegen nach Kräften. Da eine militärische Eroberung der Volksrepublik durch Taiwan dann illusorisch wurde, entstand in den 90er Jahren unter dem Führer der damaligen Taiwanbehörde, Lee Teng-Hui, die Idee einer Sezession und damit auch die „Taiwan-Frage“. Bis heute wird sie durch die Einmischung ausländischer Mächte sowie durch Spalterkräfte auf Taiwan bewußt offengehalten.

Im Oktober 1971 nahm die UNO das „Ein-China-Prinzip“ mit der Resolution 2758 an. Die Vertreter der Taiwan-Behörde wurden von der Mitgliedschaft in der UNO ausgeschlossen und die Regierung der Volksrepublik übernahm ihren Sitz. Damit wurde die Volksrepublik international als einzig legitime Regierung Chinas anerkannt. Zur Zeit unterhalten mehr als 180 Staaten diplomatische Beziehungen mit China.

USA und die DPP

Da die amtierende Präsidentin Tsai Ing-Wen nach zwei Amtsperioden nicht mehr Präsidentin werden kann, hat die DPP einen glühenden Verfechter der Abspaltungspolitik, William Lai, als Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im Januar 2024 nominiert. Bei den Regionalwahlen Ende 2022 wurde die Partei aufgrund ihres schlechten Managements der Covidkrise abgestraft. Sie muß jetzt um ihr Fortbestehen als Regierungspartei bangen.

Die Wirtschaft Taiwans stagniert, nicht zuletzt wegen der verheerenden amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegen China und Rußland. Die Reallöhne der Arbeiter sind im letzten Quartal gesunken. Die DPP hat keine Antwort auf die zukünftigen Herausforderungen. Ermutigt durch das aggressive Verhalten der USA gegen China, hat die DPP die Flucht nach vorn angetreten und setzt nun, ganz im Sinne der USA, auf die Abspaltung von der Volksrepublik China. Inzwischen ist bekannt, daß Taiwans Außenminister darum bat, die Insel unter den nuklearen Schutzschirm der USA zu stellen. Im Fall eines Wahlsieges im Januar wird erwartet, daß Lai die Politik von Tsai gegenüber Peking und Washington fortsetzen wird, was das Risiko eines Konflikts in der Taiwanstraße erhöhen würde.

Washington und seine Vasallen unterminieren mit Hilfe der Spalter auf der Insel

das „Ein-China-Prinzip“. Den USA und der NATO kommen die Spalterkräfte, die sich in der regierenden DPP zusammengerottet haben, gerade recht. Washington befördert – das „Ein-China-Prinzip“ auf der Zunge, die Spaltung im Herzen – auf Teufel komm raus separatistische Aktivitäten, aktiviert den Austausch zwischen US-amerikanischen und taiwanesischen Beamten und verkauft Kriegswaffen an Taiwan. Erst vor kurzem haben die USA Stinger-Luftabwehrraketen an die Insel geliefert. Dies, obwohl alle Länder, die diplomatische Beziehungen zu China haben, keine Waffen direkt an die chinesische Provinz Taiwan liefern dürfen. Dies ist erneut eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten und eine Bedrohung der Sicherheit Chinas.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die USA anstreben, ein von China unabhängiges Taiwan zu schaffen, das ihnen die Möglichkeit gäbe, sich definitiv auf der Insel festzusetzen und von dort aus militärisch gegen China vorzugehen.

Die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren. Noch während der Shangri-La-Konferenz Anfang Juni in Singapur fuhren der Lenkwaffenzerstörer USS Chung-Hoon und die kanadische Fregatte HMCS Montreal provokativ durch die Straße von Taiwan, um „das Engagement der USA und ihrer Partner für einen freien und offenen Indo-Pazifik (zu) zeigen“.

Und weiter: Am 1. Juni haben Taiwan und die USA ein Handelsabkommen unterzeichnet, das später zu einem Freihandelsabkommen ausgeweitet werden soll. Handelsabkommen werden sonst nur zwischen unabhängigen Staaten und nicht zwischen einem Staat und einer Region abgeschlossen. Es handelt sich hierbei um einen weiteren Versuch der USA, Taiwan als unabhängigen Staat aufzuwerten und gegen China zu positionieren. China hat gegen alle diese Aktionen heftig protestiert.

Taiwan und das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Taiwan ist laut Völkerrecht Bestandteil Chinas und kein selbständiger Staat.

Könnte sich Taiwan aber nicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen und sich nach einer Volksabstimmung von China abspalten? Die Mehrheit der Taiwanesen möchte den aktuellen Status quo beibehalten, und es gibt viele Menschen auf Taiwan, die eine Wiedervereinigung mit China herbeisehen. Es ist also höchst fraglich, ob es bei einer Volksabstimmung eine Mehrheit für eine Abspaltung gäbe.

Dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das nirgendwo näher definiert wurde, steht das Prinzip der territorialen Integrität der Nationen gegenüber. Es kann nicht jede Volksgruppe einfach so, als Resultat vorübergehender Änderungen der politischen Mehrheitsverhältnisse, eine Volksabstimmung abhalten und sich für unabhängig erklären. So könnte ein Flickenteppich von neuen Nationalstaaten entstehen. Denn

irgendwelche Minoritäten leben oft zusammengeballt auf einer Fläche irgendwo innerhalb eines Nationalstaates zusammen. Die internationalen Folgen wären unabsehbar. Es muß schon gute Gründe für die Gründung eines neuen Staates geben.

Die Abspaltung einer Region oder Volksgruppe von einem Staat kann daher nur wegen systematischer Diskriminierung und Verletzung von Menschenrechten erfolgen oder wenn sie von der Teilhabe am staatlichen Leben ausgeschlossen sind. Ob die Bedingungen für eine Abspaltung gegeben sind, muß jeweils im Einzelfall entschieden werden. Im Fall von Taiwan sind diese Bedingungen nicht gegeben. Das Selbstbestimmungsrecht Chinas schließt damit auch das Gebiet der Region Taiwan mit ein, China hat somit auch das Recht, die in der Region Taiwan lebenden Staatsbürger zu repräsentieren.

China hat Taiwan nicht kolonisiert. Taiwan existierte nie als unabhängiger Staat. Und von chinesischer Unterdrückung kann auch keine Rede sein, von Menschenrechtsverletzungen oder ethischen Säuberungen gegen Taiwanesen durch den chinesischen Staat ganz zu schweigen. Im Gegenteil, die Taiwanesen besitzen alle Rechte als chinesische Staatsbürger. China hat Taiwan unter dem Prinzip „Ein Land zwei Systeme“ nach der Wiedervereinigung weitgehende Autonomie innerhalb des chinesischen Staates zugesichert, weitreichender noch als Hongkong und Macau. Wer sollte Taiwan auch nach einer gewaltsamen Abspaltung der Insel gegen den Willen Pekings als Nationalstaat anerkennen? Und mit welcher Begründung?

Die DPP spielt, so der China-Experte Dr. Rolf Geffken, die verschiedenen Volksgruppen für ihre Ziele gegeneinander aus. „Die Verwendung der taiwanischen Sprache statt des Hochchinesischen ist Teil der Bewegung für die taiwanische Unabhängigkeit.“

Die DPP unterstützt den Fujian Dialekt, um das Mandarin abzulösen. Sie will damit die Spaltung zwischen den Han-Chinesen, die ihren Ursprung vom Festland haben und den anderen Taiwanesen vertiefen. (Taiwan verwaltet noch ein paar kleinere Inselgruppen, Kinmen und Matsu, die direkt vor der chinesischen Küste der Provinz Fujian liegen und die natürlich, völkerrechtlich gesehen, zur chinesischen Provinz Fujian China gehören. Die Provinz Fujian hat ihren eigenen Dialekt, der dort gesprochen wird.)

Die Bemühungen um eine friedliche Wiedervereinigung werden von den USA untergraben, und dazu benutzen sie die DPP als Verbündeten. Die wertegelitete Außenpolitik des Westens ist auf Konfrontation ausgerichtet. Die USA sind nicht an einer friedlichen Wiedervereinigung Taiwans mit der Volksrepublik China interessiert.

Die Wahlen im Januar 2024 könnten für die Taiwanesen eine Wahl zwischen Krieg und Frieden werden.

Wahlen in Thailand: Ein Schlag gegen das Militär

Thailands Generäle haben seit 2014 das Sagen im Land. Mit erpresserischen Methoden hatten sie eine auf sie zugeschnittene neue Verfassung durchgesetzt. Nachdem diese in Kraft war, konnte das Militär sicher sein, auch nach den 2019 durchgeführten Wahlen an der Macht zu bleiben. Der inzwischen pensionierte Putschgeneral Prayuth Chan-Ocha tauschte umgehend die Uniform gegen einen Zivilanzug und wurde Premierminister Thailands. Er besetzte sofort alle Ministerien mit seinen Vertrauensleuten, alle Minister der heutigen Regierung sind oder waren hohe Militärs.

Die Methoden, mit denen sich das Militär in Thailand an der Macht hält, sind subtiler, als die des mörderischen Systems der Junta in Myanmar. In Thailand gibt es zwar sporadische Proteste, aber keinen Bürgerkrieg. Zudem spielt hier die Monarchie eine wichtige Rolle. Besonders die ältere Generation ist meist monarchistisch eingestellt. Nation, Monarchie und Religion sind die drei Eckpfeiler der Staatsdoktrin, die den Rahmen der thailändischen Gesellschaft bilden. Die Kultur des Landes, das im Gegensatz zu seinen Nachbarn nie kolonisiert wurde, ist stark vom Buddhismus geprägt. Der Buddhismus ist Staatsreligion, der König ist der oberste Schirmherr des Glaubens.

Allein seit 1976 gab es fünf erfolgreiche Putsche in Thailand. Und nach jedem Putsch eilten die Putschgeneräle sofort zum König, der diesen absegnete. Seit Abschaffung der absoluten Monarchie im Jahre 1932 werden nicht genehme Zivilregierungen regelmäßig vom Militär gestürzt, das dann bis zur nächsten Wahl „im Interesse der Nation“ eine Übergangsregierung bildet. Monarchie und Militär ergänzen sich gegenseitig, konservative royalistische Eliten aus Mitgliedern des Adels, Führer von Unternehmergruppen sowie Generäle und Technokraten beherrschen die politische Szene in einem Land, wo es keine Arbeiterparteien (mehr) gibt.

Diese drei Gruppen, meist in Bangkok ansässig, bilden eine Oligarchie, die sich den Reichtum und die Einkünfte des Landes aneignet. In kaum einem anderen Land klappt die Schere zwischen Arm und Reich so weit auseinander wie in Thailand. Das Militär ist mit

allen Privilegien ausgestattet, mit Verflechtungen der Generäle in die Führungsetagen der Wirtschaft. Die thailändische Monarchie ist mit einem geschätzten Vermögen von über 45 Milliarden US-Dollar die reichste der Welt. Bei den Wahlen am 14. Juni erlitt das Militär eine heftige Niederlage. Die Partei des ehemaligen Premierministers Taksin Shinawatra, die Pua-Thai (für Thailand), verlor zum ersten Mal eine Wahl, nachdem sie in den Jahren 2001, 2005, 2007, 2011 und 2019, trotz Benachteiligungen durch das Wahlgesetz, die Mehrheit oder fast die Mehrheit errungen hatte. Die beiden vom Militär geführten Parteien bekamen 76 Sitze von 500. Überraschenderweise lag die neoliberale Move Forward Party mit 151 Sitzen an der Spitze.

Zusammen mit der Move Forward Partei verfügen die beiden antimilitärischen Parteien im Abgeordnetenhaus über 292 Sitze. Ob sie damit auch eine neue Regierung bilden können, ist jedoch keineswegs sicher. Die Militärs haben 250 von ihnen selbst ernannte Senatoren auf ihrer Seite. Der Senat und das Repräsentantenhaus wählen gemeinsam den Premierminister. Um regieren zu können, bräuchten sie die Hälfte von 500 Abgeordneten- und 250 Senatorenstimmen, also mindestens 376. Die Senatoren werden mit Sicherheit mehrheitlich, wenn nicht sogar geschlossen, gegen eine von der Move Forward geführte Regierung stimmen. Aber selbst, wenn die Move Forward eine Regierung bilden dürfte, wäre sie durch den Konservatismus der Koalitionspartner in ihrer Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt.

Hatte die Move Forward noch eine Reform der Verfassung über die Rolle der Monarchie im Staat und insbesondere über Artikel 112, der eine Freiheitsstrafe von bis zu 15 Jahren für das Delikt der Majestätsbeleidigung vorsieht, angekündigt, so wurde eine Diskussion hierüber aus Rücksicht auf konservative Koalitionspartner, darunter auch die Pua Thai, bereits auf unbestimmte Zeit verschoben. Das Militär und die reaktionären Kräfte nutzen Art. 112, um politische Gegner unschädlich zu machen. Es ist nicht so, daß der König sich persönlich beleidigt fühlen und Anzeige erstatten muß. Jeder kann jeden bei der Polizei wegen Majestätsbeleidigung anzeigen, die Polizei muß der Klage nachgehen. Die Gerichtsprozesse sind stets Geheimprozesse, niemand erfährt genau, worum es geht. Weil der König auch Staatsoberhaupt ist, kann Kritik an den staatlichen Strukturen und Institutionen als Majestätsbeleidigung ausgelegt werden.

Nachdem die bei jungen Wählern beliebte Future Forward Partei 2019 von der Wahlkommission aufgelöst und Putschgeneral Prayuth, obwohl er bei den Wahlen gar nicht kandidiert hatte, zum Premierminister ernannt worden war, entstand in Thailand eine Massenbewegung für Demokratie, deren Anführer vor allem junge Studenten waren. Sie organisierten Massendemonstrationen in Bangkok, führten einige spektakuläre Aktionen durch und forderten, neben dem Rücktritt von Prayuth, Neuwahlen, eine Verfassungsreform und die Abschaffung des Deliktes der

Majestätsbeleidigung. Viele junge Aktivisten der Bewegung, die im Sommer 2020 auf die Straße gingen, wurden, nachdem die Bewegung niedergeschlagen war, wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und sitzen bis heute im Gefängnis, obwohl sie keine Gewalttaten begangen und auch den König nicht persönlich angegriffen hatten. Keine der Wahlparteien tritt für eine sofortige Freilassung der politischen Gefangenen ein.

Die Move Forward Partei ist eine von der Wirtschaft geführte Partei. Sie erhebt mit Pita Limjaroenrat Anspruch auf das Amt des Premierministers. Sie versucht, einige Teile der Arbeiterbewegung an sich zu binden und spricht vage von einer Reform des Militärs und vom Aufbau eines „Wohlfahrtsstaates“. Sowohl Move Forward als auch Pua Thai reden dabei dem „freien Markt“ das Wort. Ihre Anführer sind Milliardäre. Eine effektivere Organisation der Privatwirtschaft soll alle Mißstände beseitigen und dem Volk Wohlstand bringen. Der Gesundheitssektor ist ein Zwei-Klassen-Betrieb mit privaten Krankenhäusern für die Reichen und staatlicher Minimalversorgung für die Armen. Nur die Staatsbediensteten sind in der Regel krankenversichert. Viele müssen sterben, weil sie kein Geld für eine Behandlung haben. Move Forward und Pua Thai haben keine Pläne zur Schaffung eines umfassenden staatlichen Gesundheitsdienstes für alle. Sie bieten keine Lösungen gegen niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten und fehlendes Arbeitsrecht. Sie werden die Armut in den ländlichen Gebieten nicht lösen.

Ob sie, trotz einer großen Mehrheit im Parlament, demnächst überhaupt regieren dürfen, bleibt abzuwarten. Sie könnten nicht die erforderliche Mehrheit bekommen, wenn alle Senatoren gegen sie stimmen. Die Wahlkommission, die von der letzten Militärregierung eingesetzt wurde und die bis Anfang August Zeit hat, sich über die Rechtmäßigkeit der Wahlen zu äußern, könnte die Wahlen nachträglich ganz oder teilweise für ungültig erklären. Oder sie könnte die Move Forward oder die Pua Thai Partei wegen Wahlbetrugs ausschließen, was eine Mehrheit von vornherein unmöglich machen würde. Der Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten könnte von der Wahlkommission aus fadenscheinigen Gründen disqualifiziert werden. Nach den Wahlen 2019 wurde die Vorgängerpartei der Move Forward, die Future Forward Partei, von der Wahlkommission ganz aufgelöst. Und zu guter Letzt könnte das Militär erneut putschen, um das „Chaos“, das die Wahlen angerichtet haben, zum „Wohle der Nation“ zu beenden. Die Covidkrise hat die Gegensätze zwischen Arm und Reich im Land weiter verschärft. Thailand hatte sich lange von der Außenwelt abgeschottet. Die Tourismusbranche, einer der Hauptpfeiler der Wirtschaft, erholt sich nur langsam. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Jugend fühlt sich um ihre Zukunft betrogen. Sollte jetzt ein Justiz- oder ein weiterer Militärputsch eine Zivilregierung verhindern, ist noch in diesem Jahr mit größeren Unruhen in Thailand zu rechnen.

KLJ

Vientiane

Am 8. Juli wird

Ingrid Buchhorn

aus Güstrow 80 Jahre alt. Unter ihrer Leitung findet in der Regionalgruppe seit Jahren eine kontinuierliche marxistisch-leninistische Bildungsarbeit statt. Ingrids besonderes Engagement gilt der Wahrung des Gedenkens an die Befreier vom Faschismus.

Liebe Ingrid, vielen Dank für Dein politisches Wirken.

Vorstand und Redaktion wünschen Dir stabile Gesundheit und Freude im neuen Lebensjahr.

BRICS – ein neues globales Machtzentrum

Es ist inzwischen mehr als 20 Jahre her, daß der Ex-Chefvolkswirt von Goldman Sachs, Jim O'Neill, die These verkündete, die vier großen Schwellenländer Brasilien, Rußland, Indien und China würden in Zukunft eine wichtige Rolle auf der internationalen Bühne spielen. Das von ihm geprägte Kürzel BRIC, welches das wirtschaftliche Potenzial dieser aufstrebenden Volkswirtschaften erfassen sollte, wurde in dieser Zeit nicht nur um ein S – nach dem Beitritt Südafrikas zur Staatengruppe 2009 – ergänzt, sondern hat sich zu einer der bedeutendsten multilateralen Strukturen weltweit entwickelt. Im Rahmen der Kooperation der BRICS-Länder, die gemeinsam rund 40 Prozent der Weltbevölkerung, etwa 24 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts sowie fast 20 Prozent des globalen Handels ausmachen, entstand ein eigenes System von Dutzenden Institutionen, das unter anderem den Dialog zwischen den Regierungen, Parlamenten, Sicherheits- und Justizorganen, den Vertretern der Wirtschaft und Kultur, Jugendorganisationen und anderen Strukturen der Mitglieder ermöglicht.

Gerechtere Weltordnung durch Multipolarität

Erfolg und die zukünftigen Perspektiven des Formates BRICS hängen davon ab, wie effektiv die Gruppe die aktuellen und künftigen Herausforderungen angehen kann. Die Vereinigung konstatiert diesbezüglich, daß das derzeitige internationale System nicht nur ungerecht ist, sondern angesichts von Herausforderungen, wie etwa Kriegen, globalen Konflikten oder dem drohenden Zusammenbruch der Weltwirtschaft, schlicht versagt und deshalb durch eine neue, multipolare Alternative abgelöst werden muß.

Das Hauptproblem des heutigen Systems liegt aus Sicht der BRICS in der globalen Dominanz der einzigen Hegemonialmacht der Welt – den Vereinigten Staaten. Diese Vorherrschaft, die sich im Grunde auf alle Lebensbereiche erstreckt, stützt sich auf den Supermachtstatus des Landes, den kollektiven Westen sowie auf andere Verbündete und Partner, einschließlich des US-geführten Militärbündnisses NATO und der US-dominierten globalen Finanzorganisationen Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank.

Um eine gerechtere, multipolare Zukunft zu ermöglichen, wollen die BRICS-Staaten die heutige Ordnung grundlegend verändern, indem sie unter anderem notwendige Reformen in Bereichen wie der internationalen Politik oder Finanzen und Wirtschaft global umsetzen. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Bestreben, die Organisation der Vereinten Nationen zu reformieren sowie Alternativen zum Dollar-basierten Finanzsystem zu schaffen und eine neue Reservewährung einzuführen.

Entwicklungsszenarien der BRICS-Kooperation

Gegenwärtig gelten die BRICS eher als Klub für die Diskussion der globalen Agenda und

quasi als Gegenstück zur G7. Eine Expertengruppe des renommierten russischen „Skolkowo Instituts für Wissenschaft und Technologie“ hat den bisherigen Werdegang der BRICS analysiert und vier mögliche Szenarien für die weitere Entwicklung der Gruppe aufgestellt:

- Das Beibehalten des Formats „Block der Schwellenländer“, der die globale Agenda lediglich erörtert, die von anderen Ländern und supranationalen Verbänden vorgegeben wird.
- Die Ausweitung des eigenen Einflusses auf die globale Agenda mittels politischer Integration einschließlich der Erweiterung der Staatengruppe und der Schaffung einer politischen Allianz.
- Die Schaffung einer vollwertigen Wirtschaftsunion durch die wirtschaftliche Integration der Mitglieder. Dadurch können das eigene Wirtschaftswachstum sowie der interne Handel der BRICS gestärkt und folglich eine Wirtschaftsmacht geschaffen werden, die angesichts der Herausforderungen der Zeit notwendig ist.
- Die Stärkung der wirtschaftlichen Integration durch die politische und kulturelle Integration, um die beteiligten Volkswirtschaften global wettbewerbsfähig zu machen.

Der Expertenmeinung zufolge wäre ein Mix aus wirtschaftlicher und politischer Integration ein Ansatz, der es ermöglichen würde, nicht nur BRICS-interne Probleme zu lösen, sondern auch Fragen der regionalen Entwicklung sowie Vorhaben auf globaler Ebene anzugehen. Unter anderem ist in diesem Zusammenhang die Europäische Union als Beispiel anzuführen, die sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Integration fördert und dadurch besser in der Lage ist, effektiv auf interne und externe Herausforderungen zu reagieren.

Können die BRICS ihren Prinzipien treu bleiben?

Unabhängig davon, ob die BRICS sich künftig als Alternative zu den G7, den G20 oder irgendeiner anderen Gemeinschaft etablieren wollen, geht es für die Staatengruppe in erster Linie darum, ihr Format so weiterzuentwickeln, daß man als Gegenmacht zur westlich dominierten Weltordnung und im Hinblick auf die eigene Zielsetzung sowie die besagten Herausforderungen den Grundsätzen einer gerechten multipolaren Weltordnung treu bleibt und damit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und den Prinzipien des globalen Freihandels entspricht. Demzufolge müssen die BRICS künftig stärker sowohl auf wirtschaftliche als auch auf politische Integration setzen. Auf wirtschaftlicher Ebene wird es darum gehen, Strategien hinsichtlich der wirtschaftlichen Herausforderungen, die alle Mitglieder betreffen, auszuarbeiten und dazu passende Instrumente zu finden. Die Rede ist unter anderem von Möglichkeiten zur Synchronisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten der einzelnen Mitglieder, wie etwa

Handels- und Zollregulierung. Zugleich gilt es, das politische Umfeld zu stärken, in dem die Staatengruppe agiert. Das reicht von einem internen Konsens zu politischen und wirtschaftlichen Fragen bis hin zur Übertragung dieser einheitlichen Position auf internationale Institutionen, Organisationen und andere Strukturen der internationalen Gemeinschaft.

Der Erfolg der BRICS wird davon abhängen, welche Entwicklung der Zusammenschluß der Staaten nehmen wird und wie effektiv sich diese Kooperation bei der Bewältigung der besagten Herausforderungen erweist. Die BRICS-Länder setzen im Bereich der globalen Politik alles daran, ihre Positionen und Strategien in den internationalen Organisationen zu konsolidieren und zu koordinieren. Besonders hervorzuheben ist etwa die Reform der Vereinten Nationen einschließlich der Generalversammlung, des Sicherheitsrates und des Wirtschafts- und Sozialrates sowie die Interaktion mit den wirtschaftlich schwächeren Ländern. Dafür soll die Agenda 2030 für die nachhaltige Entwicklung der UNO vollständig umgesetzt, die Menschen in den Entwicklungsländern besser unterstützt und der Aufbau einer Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit gefördert werden.

Notwendigkeit einer Transformation des globalen Finanzsystems

Wie die fünf Schwellenländer stets bekräftigen, soll das Prinzip des Multilateralismus die Grundlage für ein alternatives wirtschaftliches und politisches Machtzentrum bilden. Dafür seien rigorose Veränderungen vor allem im Wirtschafts- und Finanzbereich unabdingbar, was praktisch von Anfang an eines der wichtigsten Anliegen der BRICS-Partnerschaft war. Ein Schlüsselaspekt, der die jeweiligen Interessen der fünf Staaten dabei auf einen gemeinsamen Nenner bringt, ist die Notwendigkeit der Transformation des globalen Finanzsystems – eines Bereichs, den der kollektive Westen weiterhin völlig dominiert.

Diesbezüglich kritisieren die BRICS immer wieder, daß es die Vereinigten Staaten waren, die das System 2008 zum Absturz brachten, und dass die US-Hegemonie unter anderem deshalb den allgemeinen Interessen der Weltgemeinschaft schaden würde. Aus diesem Grund sei nicht nur die Abkehr vom Dollar-Währungssystem, sondern auch ein Ende der wirtschaftlichen Vorrangstellung des Westens sowohl im Interesse der Vereinigung als auch der überwältigenden Mehrheit der Staaten notwendig.

Im Hinblick auf die Weltwirtschaft kann man definitiv eine wachsende Rolle der BRICS-Länder konstatieren, die auf mehrere Faktoren zurückzuführen ist. Dazu zählen ihr Beitrag zur Reform der internationalen Wirtschaftsinstitutionen, ihr Einfluß auf den Wandel der internationalen Währungs- und Finanzstrukturen sowie ihre wirtschaftlichen Perspektiven.

Wichtig ist anzumerken, daß diese Perspektiven – die BRICS machen etwa ein Viertel des globalen Bruttoinlandsprodukts aus – in großen Maße von der Wirtschaftskraft Chinas abhängen, das als das ökonomisch stärkste BRICS-Mitglied gilt und inzwischen eine Führungsrolle auf der globalen wirtschaftlichen Bühne beansprucht. So plädiert Peking ganz klar für die Transformation der finanzpolitischen Architektur und zieht langfristig auch die Abkehr vom US-Dollar als Leitwährung in Betracht. Gleichzeitig fördern die Chinesen die Internationalisierung ihrer Landeswährung, des Yuan, und lancieren deswegen eine Vielzahl von entsprechenden Maßnahmen, von bilateralen Geschäftsabwicklungen bis hin zu einer vollständigen Etablierung des Yuan als Reservewährung.

Ungeachtet dessen haben die BRICS in puncto De-Dollarisierung längst einen fundamentalen Konsens erreicht und leisten seitdem ihren Beitrag zur Wende im Weltfinanzbereich. Zum Beispiel arbeiten die Partner händierend daran, Rahmenbedingungen zu schaffen, um ihren bilateralen Handel künftig in ihren nationalen Währungen abwickeln zu können.

Die Notwendigkeit des besagten Wandels wird aber vor allem am Beispiel Rußlands deutlich, für das die US-Währung in Zeiten von Sanktionen mit enormen Problemen und Risiken behaftet ist. Allem voran ist das Einfrieren von knapp 300 Milliarden Dollar an russischen Devisen durch US- und EU-Notenbanken zu nennen, was zudem verdeutlicht, daß sich ein solches Vorgehen theoretisch auch gegen andere BRICS-Staaten richten könnte.

Ballade

Sein Unwesen treibt global ein Dämon.
Es ist der transatlantische Hegemon.
Auf der Achse des Bösen reitend,
Putsch und Regierungsumsturz verbreitend.

Er frönt nur seinen Machtinteressen,
zettelt Kriege an, für ihn sind's Petitesse.
Seine Werte seien Freiheit und Demokratie;
andere abhängig machen ist seine Philosophie.

Lügen, tricksen, camouflieren –
wer nicht willens, sanktionieren.
Da wird auch mal 'ne Pipeline gesprengt,
ein Schelm, wer Arges dabei denkt.

Hat den Dronenkrieg installiert,
dafür den Friedensnobelpreis kassiert.
Lernresistent – sei's Irak oder Afghanistan,
ein Evolutionsfehler oder Größenwahn?

Den Kuckuck auf den Globus kleben!
Völker, stellt euch dem Dämon entgegen!
Wir wollen in Frieden ohne Vormundschaft
leben!

RABER, Berlin

Wandel des globalen Währungssystems

Diese unverantwortliche und illegale Vorgehensweise des Westens widerspricht sowohl internationalen Gesetzen als auch der Agenda der BRICS sowie deren wirtschaftlichen Zielen – Verbesserung der globalen Wirtschaftslage und Reform der Finanzinstitute –, die während der Weltfinanzkrise im Rahmen des ersten BRICS-Gipfeltreffens im Jahr 2009 beschlossen worden waren. Die Perspektive des Handels in den nationalen Währungen ist deshalb so wichtig, weil der hauptsächlich in Dollar abgewickelte Rohstoffhandel nach wie vor ein Eckpfeiler der US-Vorherrschaft in der internationalen Wirtschafts- und Finanzarchitektur ist und bekanntlich mit einer gewaltigen geopolitischen Macht für Washington einhergeht. So werden auch etwa 80 Prozent aller Banktransaktionen beim Kauf und Verkauf von Erdgas in Dollar durchgeführt. Und selbst wenn die Geschäfte, wie im Fall der Europäischen Union, in Euro abgewickelt werden, so wird das Gas an der Börse trotzdem in Dollar gehandelt.

Um den Dollar also als Reservewährung ablösen zu können, sollten die Rohstoffexporteure die Vorherrschaft dieser Währung dadurch angreifen, daß sie ihre eigenen Währungen beim Handel nutzen. Genau diesen Weg hatte Moskau im Zusammenhang mit der westlichen Sanktionspolitik eingeschlagen und beschlossen, beim Erdgasverkauf an „unfreundliche Staaten“ den Rubel zu verwenden. Dies ist – für die anderen BRICS-Partner übrigens sehr anschaulich und nachvollziehbar – der finale Abschnitt der besagten De-Dollarisierung in einem Teilbereich der russischen Wirtschaft und der damit auch ein großer Schritt in Richtung Unabhängigkeit Rußlands vom Dollar-System.

So gesehen könnten die nationalen Zentralbanken der BRICS-Mitglieder zu gegebener Zeit damit beginnen, ihre Reserven im Hinblick auf andere Währungen zu diversifizieren. Möglicherweise würden ihnen die Zentralbanken anderer Länder irgendwann folgen.

Angesichts der voranschreitenden De-Dollarisierung ist die Frage nach einer alternativen Reservewährung heutzutage aktueller denn je. Tatsächlich hatte Rußland angekündigt, daß die BRICS ihre eigene Leitwährung auf der Grundlage eines Korbs ihrer Währungen entwickeln müßten. Diese Ansage hat weltweit für medialen Wirbel gesorgt und bei vielen Menschen die Hoffnung geweckt, daß die Gruppe bald eine eigene und vom US-Dollar unabhängige Währung als Alternative zum bestehenden internationalen Zahlungssystem etablieren wird.

Allerdings ist der Ansatz des „Währungskorbs“ in bezug auf Sicherheit, Rendite und Liquidität – also diejenigen Kriterien, die eine starke Währung ausmachen – gegenwärtig noch recht problematisch. Bislang sind auch nur wenige Details bekannt, auf welcher Grundlage es die neue Währung geben könnte. Zahlreiche Experten sind der Auffassung, daß dieses Vorhaben das gesamte globale Finanzsystem verändern

könnte, aber enorme personelle und finanzielle Kosten erfordern wird.

Umwälzung der globalen Finanzarchitektur

Wie eingangs erwähnt, haben die BRICS von Anfang an den Fokus auf den Finanzsektor gelegt und konnten auch eine entscheidende Rolle bei den Reformen der internationalen Finanzinstitutionen spielen. Der Konsens der BRICS-Länder erleichterte die Einigung der G20 bei dem Gipfel in Seoul 2010 bezüglich der Reform der Quoten und der Verwaltung der beiden US-geführten Finanzinstitutionen Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank. Der Beschluß über die Umverteilung der Quoten, der den Entwicklungsländern mehr Entscheidungsmacht ermöglichen sollte, war zwar in Kraft getreten, allerdings ist die Überprüfung der Berechnungsformel für die Quoten immer wieder verschoben und bis heute nicht umgesetzt worden.

Die BRICS hatten den IWF in diesem Zusammenhang scharf kritisiert und als Reaktion im Jahr 2014 die „Neue Entwicklungsbank“ (New Development Bank, NDB) gegründet. Diese Bank war die erste multilaterale Finanzinstitution, die in den Schwellen- und Entwicklungsländern den Aufbau von Infrastruktur und nachhaltige Entwicklung unterstützt. Die NDB stand somit in direkter Konkurrenz zu IWF und Weltbank und sollte die von diesen Finanzstrukturen verkörperte Hegemonie des Westens beenden. Die NDB beschreitet seitdem einen steinigen Weg und hat dennoch bereits einige Erfolge vorzuweisen. Zum Beispiel ermöglicht die Kreditgesellschaft heute die Finanzierung von Ländern, die zuvor keine Kredite erhalten haben. Des Weiteren hat die NDB diverse Innovationen eingeführt, wie etwa die Kreditgewährung in der entsprechenden Regionalwährung, um die Kreditnehmerländer vor einem stärkeren Dollar zu schützen.

Neben der Gründung der NDB haben die BRICS im selben Jahr das sogenannte Contingent Reserve Arrangement (CRA) beschlossen, bei dem es sich um eine 100-Milliarden-Dollar-Sicherheitsrücklage der Vereinigung handelt. Dieser Reservefonds stellt unter anderem Finanzhilfen bereit, wenn ein BRICS-Staat in Zahlungsschwierigkeiten geraten sollte.

Zu den weiteren Aufgaben des CRA gehören die Förderung der Zusammenarbeit in der Währungspolitik, die Ausweitung des Handels, Kreditvergaben sowie technische Hilfe zwischen den BRICS-Mitgliedern. Zudem ermöglicht die Vereinbarung über Währungsswaps die Bereitstellung von Liquidität. Bis Mitte 2021 hatte die NDB die Finanzierung von 72 Infrastrukturprojekten in Höhe von rund 30 Milliarden Dollar genehmigt. Das CRA bewilligte Projekte in Höhe von 100 Milliarden Dollar.

Alexander Männer

Redaktionell gekürzt

Quelle: rtde, 1.8.22

Nicaragua: Die FSLN verteidigt die Revolution

Am 19. Juli 1979 feierte die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) gemeinsam mit dem nicaraguanischen Volk den Sieg über die Somoza-Diktatur. Der 19. Juli ist in Nicaragua Nationalfeiertag. Viermal nahm ich an diesem Ereignis teil, das letzte Mal 1988 in Juigalpa. Die Lage damals war äußerst angespannt. Der Contra-Krieg und das Wirtschaftsembargo ruinierten das Land. Bereits 1987 hatte die sowjetische Führung ihre helfende Hand von Nicaragua zurückgezogen. Die FSLN war gezwungen, 1988 mit dem Contra-Direktorium in Sapoá zu verhandeln. Mütter klagten die Nationalleitung der FSLN an, weil diese mit den Mördern ihrer Söhne sprach.

Der revolutionäre Aufschwung in den 70er Jahren führte in Mittelamerika nicht nur zum Sieg der Revolution in Nicaragua. In El Salvador, Guatemala und Honduras strebten Guerillabewegungen nach tiefgreifenden Veränderung ihrer Gesellschaften. In diese Entwicklung griff der US-Imperialismus in Gestalt der Reagan-Regierung mit schärferer politischer, ideologischer, wirtschaftlicher und militärischer Präsenz ein. Der Contra-Krieg wütete in Nicaragua und erschütterte die gesamte Region. Die zentralamerikanischen Regierungen kamen zum Schluß, daß der Krieg und seine Schäden nicht mehr tragbar waren und daß eine Einigung trotz der politisch-ideologischen Differenzen erzielt werden mußte. Am 7. August 1987 unterzeichneten die Präsidenten in Guatemala das Friedensabkommen Esquipulas II. Es bekräftigte den Willen ihrer Völker, den Krieg zu überwinden und den Frieden zurückzugewinnen. Nach dem Sapoá-Abkommen von 1988 in Nicaragua kam es 1992 in El Salvador zwischen den Guerillas der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) und der Regierung sowie 1996 in Guatemala zwischen der Nationalen Revolutionären Einheit (URNG) und der Regierung zu Friedensabkommen. Esquipulas II stärkte außerdem das Zentralamerikanische Integrationssystem (SICA) und schuf das Zentralamerikanische Parlament (PARLACEN) als Stätte der politischen Integration.

In Esquipulas sagte Comandante Daniel Ortega zu Oscar Arias, dem Präsidenten Costa Ricas: „Wenn wir jetzt Wahlen durchführen, werden wir sie verlieren.“ Arias erwiderte: „Wenn ihr jetzt keine Wahlen durchführt, verliert ihr alles. Wahlen könnt ihr wieder gewinnen.“ Am Verhandlungstisch mit dem Contra-Direktorium ging die FSLN auf die Forderung ein, 1990 vorgezogene Wahlen durchzuführen. Die FSLN bezahlte ihre Verhandlungsbereitschaft von Esquipulas und Sapoá mit der Wahlniederlage. Damals sagte Contra-Comandante Israel Galeano (Franklin) zu Comandante Daniel Ortega: „Die Oligarchie stürzte Somoza mit eurer Hilfe und euch stürzte sie mit unserer Hilfe. Nicht ihr Sandinisten, nicht wir Contras gewannen, es gewann immer die Oligarchie.“ Die FSLN nahm die Oppositionsrolle an. Sie beendete im Mai 1991 ihren Status als politisch-militärische Organisation und konstituierte sich

als politische Partei. Nach einem kräfteaubenden Prozeß trennte sie sich von den Renegaten der „sandinistischen Erneuerung“ und verabschiedete 2002 ein neues Programm. Im November 2006 gewann die FSLN die Wahlen und kehrte im Januar 2007 an die Regierung zurück.

Strategie der FSLN geht auf

Die FSLN trat in die zweite Etappe der Revolution ein. Ihre Regierung stellte die internationalen Beziehungen zu Kuba und Venezuela wieder her, schloß sich ALBA-TCP an, führte eine Reihe tiefgreifender Reformen durch, ging mit den Gewerkschaften und dem Unternehmerverband COSEP das Troika-Bündnis ein und nahm das Projekt des Interozeanischen Kanals wieder auf. Im April 2018 hofften die USA-Regierung und die nicaraguanische Oligarchie, die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der sandinistischen Volksrevolution zerstören zu können. Ihr Putschversuch scheiterte, kostete jedoch 253 Menschenleben und fügte der Wirtschaft Schäden in Milliardenhöhe zu. Ein Jahr später verwüsteten innerhalb von drei Wochen zwei Hurrikans den Norden der Karibikküstenregion. Nicaragua litt wie die ganze Welt unter den Folgen der internationalen Wirtschaftskrisen und der Corona-Pandemie.

Trotz alledem ging die FSLN auf ihrem Weg unbeirrt weiter. Sie behandelte die putschbereiten Neo-Contras zunächst äußerst human. Die Regierung beschloß eine Generalamnestie und schlug den Allianzen der außerparlamentarischen Opposition vor, sich an den Wahlen 2021 zu beteiligen. Der Putsch-Clan inszenierte statt dessen, instruiert und finanziert von Washington, eine kolossale Lügenkampagne, um das Land nach außen zu isolieren und nach innen zu destabilisieren. Die Gelder wurden über US-Institutionen wie die US-Agentur für Internationale Entwicklung (USAID) oder das National Endowment for Democracy (NED) kanalisiert. Allein die USAID steuerte von 2014 bis 2021 mehr als 315 Millionen US-Dollar bei. Die größte Empfängerin war die Stiftung „Violeta Barrios de Chamorro“, die von Cristiana Chamorro, der Tochter der Ex-Präsidentin Nicaraguas (1990 bis 1996), geleitet wurde. Ihr Bruder Carlos Fernando Chamorro finanzierte sein „Online-Confidencial“ mit US-Dollar, die über die Chamorro-Stiftung flossen.

Im Wahljahr 2021 rollte die Lügenwelle vom Ausschluß 46 „aussichtsreicher Präsidentschaftskandidaten“ um den Planeten. Nicht eine der traditionellen Oppositionsparteien war bereit, eine oder einen dieser „aussichtsreichen Kandidaten“ in ihre Vorschlagslisten aufzunehmen. Aufgrund unterschiedlicher Interessen gelang es der Zivilallianz und der Blauweißen Allianz nicht, eigene Parteien zu gründen oder ein Wahlbündnis zu bilden. Erst nach Ablauf der Bewerbungsfrist entschieden die Rechtsorgane Nicaraguas, den Störenfrieden wegen Geldwäsche, Unruhestiftung und Bittgesuchen an die US-Regierung, in Nicaragua einzumarschieren, den Prozeß zu machen. Die FSLN und mit ihr Comandante

Daniel Ortega müssen alles richtig gemacht haben. Im November 2021 gewannen sie die Präsidentschaftswahlen und bei den Kommunalwahlen im vergangenen November alle 153 Bürgermeisterämter des Landes. Am 9. Februar 2023 entließen die nicaraguanischen Behörden 222 Verurteilte aus der Haft und schoben sie in die USA ab. Ihnen und weiteren 94 Personen, die sich ihrer Verhaftung durch Flucht ins Ausland entzogen hatten, wurde die nicaraguanische Staatsbürgerschaft wegen Landesverrat aberkannt. Die Mehrheit der Bevölkerung begrüßte die Entscheidung. In einer Umfrage bescheinigten 72 Prozent der Nicaraguaner/innen der Regierung und den Rechtsorganen eine gute Arbeit.

International anerkannte Erfolge

Die Weltbank, die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration, die UNESCO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und die Panamerikanische Gesundheitsorganisation erkennen die Erfolge Nicaraguas an. Das Land hat das fortschrittlichste System der autonomen Regierung für indigene und afro-stämmige Völker in der Hemisphäre geschaffen. Es verfügt über das beste und modernste öffentliche Gesundheitssystem in Mittelamerika. Es führt in Amerika in bezug auf die Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Leben. Das Land ist dank einer radikalen Demokratisierung seines landwirtschaftlichen und fischwirtschaftlichen Produktionssystems praktisch autark in der Lebensmittelproduktion. Es hat das beste Straßennetz in Mittelamerika. Sein innovatives Bildungssystem genießt in Lateinamerika hohes Ansehen. Internationale Finanzinstitute stufen Nicaragua als einen der effizientesten Nutzer ihrer Entwicklungskreditportfolios ein. Seine Diversifizierung hin zu erneuerbaren Energien gehört zu den am weitesten fortgeschrittenen in der Region. Und das Land ist das sicherste in Mittelamerika.

Die Wirklichkeit ist eine gute Ratgeberin.

Die Fortschritte des Landes erklärten das Scheitern des Putsches im Jahre 2018. Die Bevölkerung erlebte drei Monate lang Terrorismus. Sie konnte die Lügen der Putschisten mit der Wirklichkeit, die sie erlebte, vergleichen. Die nicaraguanische Regierung und die Behörden waren klug genug, um auf die Fähigkeit der Menschen, die Wirklichkeit zu erkennen, zu vertrauen. Heute lebt das Land in Frieden, es blickt optimistisch in eine Zukunft mit weiteren sozialen und wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Erfolgen. Vorläufig droht keine böswillige Bedrohung durch einen neuen zerstörerischen Putschversuch. Der Nimbus der angeblich immer siegreichen nicaraguanischen Oligarchie ist zunächst gebrochen. „Barricada“ titelte: „Das Direktorium der Neo-Contras sitzt jetzt in Washington.“ Die Abschiebung der Putschisten hat einen wichtigen Aspekt: Die Maßnahme macht es den USA und ihren Verbündeten praktisch unmöglich, eine Parallelregierung zu bilden,

wie sie es mit dem Usurpator Juan Guaidó in Venezuela taten. Sie sind zur Zeit nicht in der Lage, Ressourcen des nicaraguanischen Staates abzuzweigen, um eine neue Putschstrategie zu finanzieren.

„Wir schreiten immer weiter“

Die unbestrittene Stabilität, die Nicaragua erreicht hat, ist vor allem auf die Kohärenz zwischen dem historischen revolutionären Programm der FSLN von 1969 und den darauf folgenden Plänen zur menschlichen Entwicklung und Armutsbekämpfung

zurückzuführen. Die FSLN und mit ihr Commandante Daniel Ortega müssen keine Opposition der Welt fürchten. Die Wirklichkeit rät ihnen jedoch, angesichts der Absichten der Oligarchie und deren mächtigen Freunde in den USA und Europa, wachsam zu bleiben. Sie haben in vielen historischen Situationen von Esquipulas II bis heute bewiesen, daß sie durchaus dialog- und kompromißbereit sind. Sie sind aber nicht bereit, nach den Pfeifen der USA und der EU zu tanzen. Ist es nicht so, daß die FSLN und Ortega eine tolle Bilanz ziehen können, weil sie der einheimischen

Oligarchie und deren nordamerikanischen und europäischen Freunden aufzeigten, daß diese Dialog- und Kompromißbereitschaft nicht grenzenlos ist?

Am 19. Juli 2023 wird die FSLN mit der Mehrheit des nicaraguanischen Volkes die Verteidigung ihrer Revolution feiern. Die Botschaft an die Neo-Contras lautet jedoch: „Ihr konntet nicht! Ihr werdet nicht können! Wir schreiten immer weiter ...“

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Der US-geführte „Krieg gegen den Terror“ verwüstet Länder und Leben

Das Watson-Institute (Rhode Island) dokumentiert seit 2001 die Folgen und die Kosten der US-geführten „Kriege gegen den Terror“.

Der jüngste Bericht mit dem Titel „Wie der Tod den Krieg überlebt“ befaßt sich mit der von den USA und ihren Bündnispartnern verursachten katastrophalen Lage in Afghanistan, Irak, Pakistan, Syrien, Jemen, Libyen und Somalia. Zwar wurden im „Krieg gegen den Terror“ insgesamt mehr als 85 Länder weltweit involviert, doch die genannten sieben Länder sind diejenigen, die laut Institutsrecherchen am meisten unter den Angriffen gelitten haben.

Mindestens 4,5 Millionen Menschen verloren seit Beginn des „Krieges gegen den Terror“ allein in diesen Ländern ihr Leben. Sie starben nicht in Kriegshandlungen, sondern an den Folgen der Kriege. Als Grund für den millionenfachen Tod benennt das Institut den wirtschaftlichen Kollaps ihrer Heimat, der zu Nahrungsmittelunsicherheit und Verarmung führte, die Zerstörung öffentlicher Dienstleistungssysteme und der medizinischen Infrastruktur. Hinzu kämen Umweltverseuchung und die anhaltende Traumatisierung und Gewalt in den Nachkriegsgesellschaften. Zusätzlich auftretende Probleme wie Naturkatastrophen, Trockenheit, Vertreibung und Umsiedlung verschärften die genannten Todesursachen, heißt es in dem Bericht weiter. Die Gruppe, die am meisten unter den Folgen dieser Kriege leide, seien die Kinder. Das gelte insbesondere für die Länder Afghanistan, Irak, Syrien, Jemen und Somalia. Dort seien mehr als 7,6 Millionen Kinder im Alter bis zu fünf Jahren mangelernährt und gelten in der UN-Fachsprache als „ausgezehrt“.

Kosten des US-Krieges im Irak und Syrien

Die US-Administration begann vor 22 Jahren den „Krieg gegen den Terror“. „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“, rief der damalige US-Präsident George W. Bush, nachdem zwei Flugzeuge in das Welthandelszentrum im

Finanzbezirk von Manhattan/New York geflogen waren. Zunächst schickte Washington US-Bomber nach Afghanistan und dann eine US-geführte Truppenallianz in den Irak. Seitdem haben die „Kriege gegen den Terror“ kein Ende genommen.

Im März 2023 veröffentlichte das Watson-Institute eine Übersicht über die finanziellen und menschlichen Kosten, welche die USA in 20 Jahren Krieg im Irak und in Syrien (2003 bis 2023) verursacht haben. Diese belaufen sich hochgerechnet bis 2050 auf 2,89 Trillionen US-Dollar. Die Zahl der Toten in beiden Ländern wird auf bis zu 600 000 Personen geschätzt. Mehr als sieben Millionen Menschen verließen infolge der Kriege ihre Heimat, acht Millionen gelten als Inlandsvertriebene im Irak und in Syrien. Bis zu 122 Millionen Tonnen Kohlendioxidemissionen wurden durch US-Militäroperationen im Kriegsgebiet ausgestoßen, das entspricht bis zu 15 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen des US-Verteidigungsministeriums (im Zeitraum 2003 bis 2021).

Aus Weizenfeldern werden Schlachtfelder

Obwohl die Kosten dieser Kriege bekannt sind, welche den US-Haushalt zu einer immer höheren Verschuldung führen, gibt es seit 22 Jahren weder bei den US-Regierungen noch bei den Partner- und NATO-Staaten oder bei der EU ein politisches Einlenken. Nach dem Motto „nach uns die Sintflut“ wird ein Land nach dem anderen in Krieg verwickelt. Im Irak wurden – unter dem Vorwand, das Land besitze und produziere Massenvernichtungswaffen – 2003 intakte Regierungsinstitutionen und die Armee aufgelöst, was zu einem mörderischen innerirakischen Kampf und einer weiteren Eskalation der US-Invasion führte. Millionen Menschen wurden vertrieben, Städte wie Fallua und später auch Mossul wurden in Grund und Boden gebombt, weite Landstriche im Südirak wurden mit abgereicherter Uranmunition verseucht. Die Folgen waren tot oder mit schweren Fehlbildungen geborene Kinder, die Gesundheitsversorgung des Landes hat bis heute nicht

den Status erreicht, den das Land vor den UN-Sanktionen (1990 bis 2003) hatte.

Die Gesellschaft ist politisch und religiös gespalten, Milizen unterschiedlicher Ausrichtung, die von regionalen und internationalen Akteuren unterstützt werden, verhindern eine stabile Regierungsbildung. Im Norden des Landes operieren verschiedene kurdische Akteure mal mit, mal gegen die Türkei und tragen zur anhaltenden Instabilität des Landes bei.

In Syrien wurden religiöse und politische Akteure seit 2011 mit Waffen, Geld, Medien und Logistik unterstützt, um die Regierung in Damaskus zu stürzen. Die USA kooperierte dabei mit reichen Golfstaaten, die Türkei und Jordanien wurden zu Drehscheiben für Waffenlieferung und das Einschleusen von Kämpfern. Aus dem Irak rückte der Islamische Staat auf das syrische Schlachtfeld. Syrien wurde vom Iran, der libanesischen Hisbollah und schließlich Rußland verteidigt, was den militärischen und politischen Einsatz der USA erhöhte. Einseitige wirtschaftliche Strafmaßnahmen (Sanktionen) wurden von der EU und der US-Administration verhängt. Sie sind bis heute in Kraft, um die Kooperation unter den arabischen und regionalen Staaten mit Syrien zu knebeln. Gebiete im Umland und in der Stadt Aleppo wurden zerstört, Afrin und Idlib besetzt, die Stadt Rakka wurde zerbombt, die syrischen Ressourcen Öl, Weizen, Baumwolle und Wasser wurden von US-Truppen besetzt, die auch im Süden Syriens eine illegale Militärbasis bauten.

Die US-geführten „Kriege gegen den Terror“ haben den „Fruchtbaren Halbmond“ – das reiche Zweistromland vom Persischen Golf über Euphrat und Tigris und die Küste der Levante verwüstet. Aus Weizenfeldern wurden Schlachtfelder, wie ein libanesischer Gesprächspartner sagte. Krieg bringt mehr Macht und Profit als der Anbau von Weizen.

Karin Leukefeld

Redaktionell gekürzt

Quelle: NachDenkSeiten, 3. 6. 2023

Chile 1973 (Teil 2 und Schluß)

In seiner Arbeit unter dem Titel „Österreichs Spitzendiplomatie vor Ort“ befaßt sich **Prof. Dr. Gerhard Oberkofler** u.a. auch mit dem Pinochet-Putsch 1973 in Chile. Was ging diesem Putsch voraus?

Über die Parlamentswahlen im März 1973

Am 4. März 1973 haben in Chile bürgerliche Parlamentswahlen stattgefunden, bei denen 150 Mitglieder des Abgeordnetenhauses und die Hälfte der 50 Senatoren zu wählen waren. Das Wahlsystem war die von der Bourgeoisie erprobte Kombination zwischen Listen- und Personenwahl, es konnte die Stimme für einen bestimmten Kandidaten oder die Liste einer wahlwerbenden Partei abgegeben werden. Nach einem sehr scharf geführten Wahlkampf hatte die Opposition in beiden Häusern zahlenmäßig die einfache Mehrheit, die „Volkseinheit“ mit ihrem Repräsentanten Salvador Allende erhielt 43,9 Prozent der Stimmen. Die Wahlen waren vom Militär überwacht worden. Weil das Ergebnis nicht ganz so ausgefallen ist, wie die herrschende Klasse mit ihrer Macht über die Gestaltung des Wahlverhaltens erwartet hatte, wurde von den oligarchischen Medien schon während des Wahlvorganges vom Wahlschwindel durch die Unidad Popular berichtet. (...)

Über Ökonomische Prozesse

Die Veränderung der ökonomischen Bedingungen zur Befreiung der Arbeit aus der Sklavenherrschaft und hin zu einem besseren Leben war von der Unidad Popular mit Salvador Allende als Transformationsprozeß mit für die Massen des chilenischen Volkes spürbaren Erfolgen begonnen worden. Es blieb offen, wie weit breite kleinbürgerlichen Schichten mit ihren linken sozialdemokratischen Hoffnungen einer organisierten kommunistischen Machtergreifung zustimmen würden. „Gegen die Reaktion kämpfen heißt vor allem, die Massen ideologisch von der Reaktion losreißen“ – das war das Programm von Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924).¹ Die sozialistischen Länder waren nicht in der Lage, für die vom Westen bis zur Präsidentschaft von Salvador Allende Chile gegebenen Kredite einzuspringen. Die Deutsche Demokratische Republik spendete für die medizinische Versorgung in Chile Medikamente und im Mai 1973 die Einrichtung einer Geburts- und Frauenklinik in der Hafenstadt San Antonio. Eine Freundschaftsbrigade half beim Bau eines Bewässerungskanales in Rengo. Die Sowjetunion, wohin Allende als erster Präsident Chiles im Dezember 1972 selbst gereist ist, war in Vietnam und Kuba schon genug gefordert. In seiner Ansprache am 6. Dezember 1972 auf dem Empfang des Präsidiums des Obersten Sowjets mit dem aus der Ukraine stammenden Nikolai V. Podgorny (1903–1983) und der Regierung der UdSSR in Moskau hob Allende die Hilfe der Sowjetunion für das vietnamesische Volk hervor, die Menschen, die in Vietnam gefallen sind, „haben nicht nur für die eigene Freiheit und die Wiedervereinigung ihres Landes ihr Leben gelassen, sondern mit ihrem Tod auch vielen anderen Völkern den

Weg zur Befreiung gebahnt“. Allende sagte mit Pablo Neruda, daß Chile zu einem „schweigenden Vietnam“ werde, denn Millionen von Chilenen würden die offene und verborgene Einkreisung ihres Landes durch die imperialistischen Kräfte spüren. „Deshalb, liebe sowjetische Genossen, hat Ihre Hilfe und Solidarität für uns besondere Bedeutung“.² Die Haltung von China, wo Außenminister Clodomiro Almeyda (1923–1997) Besprechungen geführt hatte, war, daß der Übergang zum Sozialismus im Einklang mit den realen sozialen, historischen und geographischen Bedingungen aus eigener Kraft geschafft werden muß. Das entsprach den von China selbst gemachten historischen Erfahrungen.

In seiner Parlamentsrede vom 21. Mai 1973 hat Allende (...) darauf hingewiesen, „man dürfe einen revolutionären Prozeß nicht nach seinen unmittelbaren wirtschaftlichen Ergebnissen und der Schwere der gegenwärtigen Lage beurteilen“. Die wirtschaftliche Situation entwickelte sich wegen der Kollaboration der chilenischen Bourgeoisie mit dem US-Kapital für die Massen sichtbar prekär, was sich in den langen Schlangen vor den Läden, im Schwarzmarkt, in der Inflation und nicht zuletzt in der Abwanderung von Fachkräften zeigte. Das Militär forderte Salvador Allende auf, mit den USA ein Abkommen zu finden. (...)

Über die Schule und die Katholische Kirche

(...) Am 12. August 1971 wurde von der Regierung Allende mit der Bildungskampagne gegen den Analphabetismus begonnen, mit dem Schuljahr 1971/72 wurde in Chile die Schulfreiheit eingeführt. Jetzt konnten auch die Kinder mittelloser Eltern regelmäßig eine Schule besuchen. Das Schulsystem der DDR wurde zum Vorbild genommen. Die katholische Kirche in Chile war traditionell vom Bündnis mit der reichen Oberschicht und von jenem Kleptokratismus geprägt, den in der Gegenwart Papst Franziskus anprangert. Die Volkskirche oder Befreiungstheologie hatte in Chile Anfang der 70er Jahre ein nur geringes Echo. Vom II. Vatikanischen Konzil (1962–1965) war der von Johannes XXIII. (1881–1963) ernannte Kardinal von Santiago Raúl Silva Henríquez (1907–1999) inspiriert. Die von Papst Paul VI. (1897–1978) ausgegebene Enzyklika „Populorum progressio“ (1967) ist von der Idee der universellen Solidarität beherrscht.³

Die 2. Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Medellín vom 24. August bis 6. September 1968, die Papst Paul VI. eröffnet hatte, ermunterte die Christen, für die Befreiung der lateinamerikanischen Völker revolutionär tätig zu werden. (...) Die lateinamerikanische Bewegung „Priester für die Dritte Welt“ sprach in ihrer Resolution vom 3. Mai 1970 in Santa Fé von der Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution in Lateinamerika, von der Notwendigkeit des Verzichts auf Privateigentum an den Produktionsmitteln und vom Begriff einer Kirche des „Volkes Gottes“ ohne hierarchische Ordnung.⁴ Kardinal Henríquez hat Gustavo Gutiérrez (*1928) aus Peru im April 1971 auf die Tagung „Mitbestimmung

der Christen beim Bau des Sozialismus in Chile“ eingeladen.⁵ Gutiérrez steht am Beginn der Befreiungstheologie, sein Buch „*Theología de la Liberación*“ ist 1972 veröffentlicht worden.⁶ Am 17. Juli 1973 schreibt der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chiles Luis Corvalán (1916–2010) an Kardinal Henríquez, er habe als Kommunist mit Zustimmung die Ermahnung der Ständigen Bischofskonferenz, den Willen des chilenischen Volkes, tiefgreifende soziale Veränderungen zu verwirklichen, sehr zur Kenntnis genommen.⁷ (...) Die von der reichen Oberschicht besetzten katholischen Privatschulen mit ihrer traditionellen Funktion, deren Denken und Handeln weiterzugeben, ließ Allende weiter bestehen. (...)

Helfershelfer des faschistischen Militärputsches am 11. September 1973

Der Putschversuch einer Panzerdivision in Santiago am 29. Juni 1973 war ein Probelauf des Militärs. (...) Immer noch scheinen Luis Corvalán und Allende geglaubt zu haben, daß die Armee mit ihrer Tradition sich nie gegen eine demokratisch gewählte Führung erheben werde, obschon sie von der DDR aufgrund nachrichtlicher Quellen vor dem bevorstehenden Putsch von Pinochet gewarnt worden ist.⁸ Die letzten Worte von Salvador Allende wurden nach einer Tonbandaufzeichnung im Neuen Deutschland abgedruckt (1. Oktober 1973).⁹ Noch zur Lebzeit von Salvador Allende wurde in der DDR die Textausgabe einiger seiner Reden mit dem Titel: „CHILE – Volkskampf gegen Reaktion und Imperialismus“ vorbereitet, die mit seinen letzten Worten aus dem Regierungspalast Moneda enden mußten.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Quelle: *Zeitung der Arbeit*, Wien, 5.4.23

- 1 Lenin, Werke 11 (1974), S. 380.
- 2 Aus Reden des Präsidenten, S. 217–220.
- 3 Über den Fortschritt der Völker. Die Entwicklungsenzyklika Papst Pauls VI. *Populorum Progressio*. Mit einem Kommentar sowie einer Einführung von Heinrich Krauss SJ. Herder Bücherei Freiburg i. B. 1967.
- 4 Leonor Ossa: *Die Revolution – das ist ein Buch und ein freier Mensch. Zur Inkulturation des Christentums in Lateinamerika*. Furche-Verlag Hamburg 1973, S. 74.
- 5 Leonor Ossa: *Christliche Basis-Gemeinden und die Zuspitzung sozialer Auseinandersetzungen in Chile. Untersuchungen zur Ideologie der „Christen für den Sozialismus“ in Chile zur Zeit der Volksregierung (1970–1973)*. Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Dr. der Philosophie im Fachbereich Religionswissenschaften der Johann-Wolfgang v. Goethe-Universität. Peter Lang Verlag Frankfurt a. M. / Bern / Las Vegas 1977, S. 70–81 (Vortragstext Gutiérrez).
- 6 Ediciones Sigueme, Salamanca. Gustavo Gutiérrez: *Theologie der Befreiung*. Mit einem Vorwort von Johann Baptist Metz. Kaiser Verlag München 1973.
- 7 Luis Corvalán: *Ausgewählte Reden und Aufsätze*. Dietz Verlag Berlin 1983, S. 150.
- 8 Markus Wolf: *In eigenem Auftrag. Bekenntnisse und Einsichten*. Schneekluth München 1991, S. 49.
- 9 Mit etwas anderem Wortlaut Jean Ziegler: *Die Neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher*. Aus dem Französischen übertragen von Holger Fließbach. C. Bertelsmann Verlag München, 6. A. 2002, S. 235 f.

Globale Probleme (3)

Klimawandel

Zunächst sollen grundlegend die Begriffe Wetter und Klima oder die Frage, wann aus Wetter Klima wird, geklärt werden. Als Wetter wird der physikalische Zustand der Atmosphäre zu einem bestimmten Zeitpunkt oder in einem auch kürzeren Zeitraum an einem bestimmten Ort oder in einem Gebiet bezeichnet, wie er durch die meteorologischen Elemente und ihr Zusammenwirken gekennzeichnet ist.¹ Bei Wikipedia kann man dazu lesen: Die Wetterbeobachtung und Wetteraufzeichnung existiert schon seit Jahrtausenden. Überlieferungen und Aufzeichnungen beschäftigten sich allerdings bis in die Neuzeit hinein fast ausschließlich mit Großereignissen und einer mehr oder minder groben Datumsbestimmung. Unwetter, Sturmfluten, Hochwasser, Trockenheiten und deren Folgen werden beschrieben. Aus der regelmäßigen Beobachtung der Atmosphäre, aber auch anderer Naturerscheinungen, leitete man in früheren Zeiten grobe Gesetzmäßigkeiten ab. Diese Gesetzmäßigkeiten werden heute umgangssprachlich auch Bauernregeln genannt. In Europa wird seit ca. 300 Jahren an unterschiedlichen Orten und mit unterschiedlicher Qualität und Regelmäßigkeit das Wetter aufgezeichnet. Die professionelle und systematische Erfassung von Wetterdaten begann jedoch erst 1781 durch die Societas Meteorologica Palatina am Observatorium Hohenpeißenberg in Bayern, Deutschland. Die damals verwendeten „Mannheimer Stunden“, 7, 14, 21 Uhr mittlerer Ortszeit, entsprechen den bis heute noch üblichen Klima-beobachtungsterminen. Diese Datenreihe wird bis heute ununterbrochen weitergeführt und ist damit die älteste und längste Wetteraufzeichnung der Welt. Spricht man heute von „seit dem Beginn der Wetteraufzeichnung“, so ist damit maximal der Zeitraum ab 1781 gemeint. In manchen Regionen gibt es aber auch viel kürzere Zeiträume von lediglich einigen Jahrzehnten. Im 19. Jahrhundert begann ein neues Kapitel in der Wetterbeobachtung. Zu den ersten, die versuchten, mit Hilfe von Ballons die Atmosphäre zu erforschen, zählen der englische Meteorologe James Glaisher ab 1862 und ab 1896 der französische Meteorologe Léon-Philippe Teisserenc de Bort. Teisserenc de Bort entdeckte mit Hilfe unbemannter Wetterballons die Troposphäre und die Stratosphäre. Damit begann die systematische Erforschung der Erdatmosphäre. Im 20. Jahrhundert wurde das Instrumentarium zur Wetterbeobachtung zuerst durch Schiffe und Flugzeuge und ab etwa 1950 durch das Wetterradar erweitert ... 1960 wurde mit dem Satelliten TIROS die erste Fernsehkamera zur Wetterbeobachtung in die Erdumlaufbahn befördert und bereits

seit 1966 wird das Wetter geostationär und global durch polarumlaufende Wettersatelliten erfasst. Das Beobachtungsspektrum der bildaufnehmenden Sensoren reicht dabei vom infraroten Bereich und dem sichtbaren Bereich bis hin zum Mikrowellenbereich.² Der Begriff Klima geht zurück auf das griechische Wort klimatos = Neigung, nämlich die Neigung der Erdachse gegen die Ebene ihrer Umlaufbahn um die Sonne. Das Klima ist definiert als die Zusammenfassung der Wettererscheinungen, die den mittleren Zustand der Atmosphäre an einem bestimmten Ort oder in einem mehr oder weniger großen Gebiet charakterisieren. Es wird repräsentiert durch die statistischen Gesamteigenschaften (Mittelwerte, Extremwerte, Häufigkeiten, Andauerwerte u.a.) über einen genügend langen Zeitraum. Im allgemeinen wird ein Zeitraum von 30 Jahren zugrunde gelegt, die sogenannte Normalperiode, es sind aber durchaus auch kürzere Zeitabschnitte gebräuchlich.³ In einem Interview in der WDR-Wissenssendung „Quarks“ sagte Andreas Friedrich vom Deutschen Wetterdienst, daß es gesicherte, regelmäßige Aufzeichnungen der Wetterdaten seit 1881 gibt.⁴ Von der Mannheimer Meteorologischen Gesellschaft liegen, wie bereits erwähnt, Wetteraufzeichnungen bereits seit 1781 vor. In einem anderen Beitrag des WDR wird über den Beginn regelmäßiger Temperaturmessungen berichtet. Diese wurden durch die Erfindung eines Temperaturmeßgerätes erst möglich. 1600 stellte der berühmte Naturforscher Galileo Galilei an der Universität Padua sein Temperaturmeßgerät erstmals öffentlich vor. Das Thermometer war geboren. 1613 übergibt er diese Apparatur seinem Freund, dem Venezianer Giovanni Francesco Sagredo, der sie um eine Skala ergänzt. Der beginnt am 12. Juli 1613 mit seinen Messungen.⁵ Klima ist also Wetter über einen längeren Zeitraum in seiner Veränderung betrachtet. Der Knackpunkt einer jeden Diskussion ist nun: Ändert sich das Klima? Dazu hat sich bereits vor 2500 Jahren ein „Experte“ geäußert. Panta rhei, sagte der griechische Denker Heraklit, alles ändert sich, alles ist in Bewegung. Natürlich auch das Klima. Es ändert sich, weil sich Bedingungen auf unserem Planeten ändern.

Über hunderttausende oder Millionen Jahre betrachtet, bestreitet das niemand. Natürliche Faktoren von Klimaänderungen wirken fortwährend, Gegenwart und Zukunft eingeschlossen. Es geht also weniger um den Klimawandel als solchen, sondern um den Einfluß menschlichen Handelns auf die Veränderung des Klimas und darum, ob durch diesen Einfluß die Lebensgrundlage für uns alle auf unserem Planeten künftig erhalten werden kann. Wir Menschen sind, wie Flora und Fauna, Teil der Natur. Und Teil des Menschseins ist es auch, die Natur zu verändern, um unsere Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Der Mensch als Gattung steht seit jeher in stetem Austausch mit seiner Umwelt. Die Frage ist jedoch, wann der Eingriff des Menschen in die Natur einen schädlichen, zerstörerischen Charakter annimmt. Wie wir gerade erleben, ist diese Entwicklung, die mit dem industriellen Zeitalter begann, gegenwärtig in vollem Gange. Das Verhältnis Mensch – Umwelt ist abhängig von der Produktionsweise. In der kapitalistischen geht es um hemmungslose Produktion von Waren, ob benötigt oder nicht, die zur sogenannten Überproduktion und zu einem permanenten, offenen oder verdeckten Krieg um den Zugang zu Märkten führt. Aus den seit Jahrhunderten aufgezeichneten Wetterdaten geht deutlich hervor, daß sich das Klima ändert. Und dieser Prozeß verstärkt sich proportional zum Anwachsen der Industrieproduktion. Das heißt, die massenhafte Emission von Schadstoffen in die Atmosphäre hat eine deutliche Veränderung des Klimas über die natürlichen Schwankungen hinaus zur Folge. Hinzu kommen Verwüstungen durch Abholzung sowie die ungebremste Ausbeutung von Bodenschätzen, die ohne Renaturierung klaffende Wunden in der Erde hinterläßt. Große Teile dieser Welt sind inzwischen vermüllt oder in eine stinkende Kloake verwandelt. Da gibt es in den Himmel wachsende Müllberge in Afrika und Asien, Strände, wie z. B. im Senegal, die metertief mit Plastikmüll verseucht sind oder Plastikmüllinseln von der halben Größe Europas, die durch die Ozeane schwimmen.

Es ist höchste Zeit zu handeln. Handeln heißt aber auch, den bereits vorhandenen Reichtum so zu verteilen, daß jeder davon Nutzen hat, auf der ganzen Welt: Nahrungsmittelproduktion auf möglichst natürliche Weise zuerst, Waren nur nach Bedarf und langlebig produzieren etc. Vor allem gilt es, die Ursachen der Klimaveränderung zu bekämpfen. Protest und Aufrufe sind gut, aber das allein reicht nicht. Die Produktionsverhältnisse müssen grundlegend geändert werden, um zukünftig menschenwürdig leben zu können und ressourcenschonend zu produzieren! Vor allem gilt es, die größte Umweltkatastrophe, den Krieg, von dieser Erde zu verbannen. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Uli Jeschke

1 Siehe www.dwd.de/DE/service/lexikon/begriffe/W/Wetter.html

2 Siehe: <https://de.wikipedia.org/wiki/Wetterbeobachtung>

3 Siehe: <https://www.dwd.de/DE/service/lexikon/Functions/glossar.html;jsessionid=9E0BFCD9B5A10CA9958294DF969F918.live31092?lv2=101334&lv3=101462>

4 Siehe: <https://www.quarks.de/umwelt/klimawandel/seit-wann-das-wetter-aufgezeichnet-wird/>

5 <https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag7650.html>

Goldrausch der Multis

Nach der weltweit positiv aufgenommenen und vor der deutschen Regierung sogar aufgegriffenen Geste des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die kolonial geraubten Benin-Bronzen zurückzugeben, stellte mir ein Genosse der senegalesischen Bewegung FRAPP frei nach Bertolt Brecht die sarkastische Frage: „Was bringt die formale Anerkennung kolonialistischen Kunstraubs, wenn der neokoloniale Raub der Ressourcen Afrikas fortgesetzt wird?“

Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben von „statista.de“ global rund 3 100 Tonnen Gold gefördert, die zweithöchste Menge seit Beginn von Aufzeichnungen. Wie viel davon in Afrika, wo 30 Prozent aller Goldreserven vermutet werden, gewonnen wurde, kann nur geschätzt werden. Immerhin gibt es 269 Projekte des lizenzierten Goldraubs internationaler Konzerne auf dem Kontinent. 72 Bergwerke produzieren, 197 sind in Entwicklung oder Planung. Die führenden Staaten bei der Goldgewinnung sind: Südafrika mit 110 Tonnen Gold im Jahr 2022, Ghana mit rund 90 Tonnen, Burkina Faso mit 70 Tonnen und 55 Minen, Tansania mit 60 Tonnen, Mali und Sudan mit jeweils 50 Tonnen, die Elfenbeinküste mit 48 Tonnen und 36 Minen, Guinea mit mehr als 20 Tonnen und 26 Minen. In den Jahren davor hatte Ghana das von Stromabschaltungen geplagte Südafrika laut Weltbank auf den zweiten Platz verwiesen.

Wie groß der Hunger nach Gold ist, zeigt die Elfenbeinküste: Von 41 Bergbauvorhaben (fünf davon in Betrieb) sind fünf auf Tantal, Kobalt, Nickel und zwei auf Lithium gerichtet, aber 36 auf die Extraktion von Gold. Die ausländischen Unternehmen, die in Afrika Gold abbauen, kommen laut der Datenbank „Ecofin Pro“ überwiegend aus drei Ländern: Australien, Kanada und Großbritannien. Von den 269 Goldminen betreiben australische Bergwerksgesellschaften 89, kanadische 82 und britische 50. An den Börsen dieser Länder werden dann auch die afrikanischen Schätze gehandelt. Ein deutsches Unternehmen ist nicht verzeichnet, aus China eins.

Dabei gilt es zu sehen, daß in den subsaharischen Ländern mindestens fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung, in einigen bis zu 20 Prozent, handwerklich nach Gold schürfen. Die Behörden der Demokratischen Republik Kongo schätzen diesen Anteil etwa auf ein Prozent. Das Gold wird von dort so wie aus dem Sudan zu Raffinerien in die Vereinigten Arabischen Emirate geschmuggelt. Die afrikanischen Staaten bemühen sich, diesen informellen Sektor zu regulieren. So sollen zum Beispiel in Senegal (neun Goldminen) mit finanzieller Unterstützung des nationalen Entwicklungsprogramms die

handwerklichen Goldschürfer in Genossenschaften zusammengefaßt werden

Ein konkretes Beispiel: In dem von dschihadistischen und anderen bewaffneten Gruppen heimgesuchten Grenzgebieten von Burkina-Faso, Mali und Elfenbeinküste werden üblicherweise zehn Prozent der Produktionskosten für Sicherheit kalkuliert, d. h. für „Schutz- oder Lösegelder“. Bereits 2019 mußte den privaten Sicherheitsfirmen für einen den Goldtransport eskortierenden Kraftwagen über 1 500 Euro bezahlt werden. Ein Konvoi benötigt aber mehrere dieser bewaffneten Pick-ups. Ein Hubschrauber kostete das Zehnfache. Ein handwerklicher



Morila in Mali ist eine der größten offenen Goldminen der Welt. Sie gehört zu 80 Prozent einem in Australien registrierten Konzern.

Goldschürfer im unsicheren Norden Malis mußte 2020 laut „Deutscher Welle“ monatlich 10 000 westafrikanische Franc (CFA) (rund 15 Euro) an „Steuern“ entrichten. Aufgrund mehrerer dschihadistischer Anschläge ist die Goldausbeute in Burkina Faso um 14 Prozent gesunken. Dabei eskortieren dort die Behörden bereits die Konvois der Minen und stellen den Objektschutz. 2 500 Arbeiter sind in dem Bereich wegen der Überfälle arbeitslos geworden. Im Februar 2023 waren in Guinea und Burkina Faso sogar 43 Goldminen nach Anschlägen geschlossen. In der Demokratischen Republik Kongo – so meldete „Africa Intelligence“ am 10. März – sind mindestens drei frühere französische Offiziere privat in diesem Sektor tätig und leisten der kongolesischen Armee Unterstützung.

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Berichte, wonach die russische Söldnerorganisation „Wagner“ in Mali durch Anteile an Goldminen bezahlt wird. Laut der in Genf ansässigen „Global Initiative against Transnational Organized Crime“ („Globale Initiative gegen Transnationales Organisiertes Verbrechen“) schürft „Wagner“ aber nur im Sudan seit den Zeiten des 2019 gestürzten Präsidenten Omar Al-Baschir. „Wagner“-Gründer Jewgeni Prigoschin

ist dort über eine Tochtergesellschaft seiner Firma „M Invest“ an der „Meroe Gold/Alsolag Mining“ beteiligt. In Madagaskar hält er Anteile an der staatlichen Chrom-Mine „Kraoma Mining“. In ihrem Bericht „Die Grauzone: Rußlands militärisches, geschäftliches und kriminelles Engagement in Afrika“ ging „Global Initiative“ im Februar den Aktivitäten der „Holding Prigoschin-Wagner“ nach. Kurz gesagt ist demnach „Wagner“ in Mali und Libyen vor allem militärisch-politisch aktiv, in Kamerun und Kenia wirtschaftlich und im Sudan sowie der Zentralafrikanischen Republik in allen drei Bereichen. In Südafrika, Zimbabwe und der Demokratischen Republik Kongo lotet „Wagner“ seinen politischen Einfluß aus.

Die Lizenzvergabe für Goldminen verläuft in vielen afrikanischen Ländern nach altem Muster: Den Regierungen wird neokolonial neben den (korruptionsverdächtigen) Konzessionsgebühren zu meist ein zehnpromzentiger Anteil am Kapital zugestanden. Die jeweils zu gründende Joint-Venture-Gesellschaft, die offiziell die Bergwerke betreibt, bietet einigen Mitgliedern des jeweils regierenden Clans lukrative Stellen. Dafür wird von der Regierung die verkehrstechnische Anbindung an die Exportlogistik, zum Beispiel die Verbindung zu einem Ozeanhafen, erbracht. Nicht zu vergessen ist die politische Legitimierung inklusive Unterdrückung eventueller Proteste. Der lokalen Bevölkerung bleiben Vertreibung

oder, wenn jemand Glück hat, einer der gefährlichen Jobs untertage. Die Vertriebenen tauchen in der Statistik als Binnenmigration auf, von der verwüsteten Umwelt, etwa Vergiftung von Wasser durch Quecksilber, wird geschwiegen.

Seit 2000 schiebt die VR China ökonomisch die Entwicklung Afrikas an: Die alle drei Jahre stattfindenden „Foren zur chinesisch-afrikanischen Entwicklung“ (FOCAC) sagten anfangs sechs Milliarden US-Dollar Kredite zu, zuletzt bis zu 60 Milliarden für die Entwicklung der Infrastruktur und die Industrialisierung. Der im letzten Jahrzehnt neu erwachte Patriotismus afrikanischer Eliten zwang die imperialistischen Mächte, ihre neokolonialen Strategien anzupassen. Die Spielräume der neuen globalen Multipolarität nutzen die Regierungen Afrikas, um ihre Bodenschätze verstärkt für die eigene Entwicklung zu nutzen.

Sie versuchen dabei zum einen, ihren Anteil an den ausländischen Bergwerksunternehmen zu erhöhen, zum anderen, die geförderten Erze und Mineralien im eigenen Land industriell weiterzuverarbeiten. Dabei gilt es, etliche Hindernisse auszuräumen: Der Finanzierungsbedarf ist groß, die Energieversorgung oft ungenügend. Letzteres steht zum Beispiel der Übergangsregierung in

Guinea im Weg, die das im Land gewonnene Bauxit für eigene Aluminiumproduktion verwenden möchte. In Mali und in Burkina Faso steht die Weiterverarbeitung des geschürften Goldes auf der Tagesordnung. Die Übergangsregierung in Burkina Faso brachte ein Gesetz auf den Weg, das die Goldminenbetreiber (über die Hälfte Australier) verpflichtet, einen Teil ihrer Produktion im Land zu raffinieren. Die staatliche Beteiligung beträgt 20 Prozent. Die steigende Nachfrage nach Gold wird zusätzlich durch Regierungen befördert, die sich in Zeiten der „De-Dollarisierung“ von Kurschwankungen ihrer Währungen durch eine Goldreserve absichern bzw. mit Goldzahlungen Sanktionen umgehen wollen. So gibt Zimbabwe einen Zimbabwe Gold-Dollar

„Mosi-oa-Tunya“ als Zahlungsmittel heraus und verlangt neuerdings die Hälfte der „royalty“ (Lizenzgebühren und Tantiemen) der Gold-, Diamant- und Platinbergwerke in Form geschürfter Naturalien.

In Uganda strebt die Regierung Energiesouveränität an und geht soweit, daß sie nicht nur ihre Uranressourcen in eigener, staatlicher Hand abbauen und verwerten wird, sondern auch ab 2031 in Atomkraftwerken Strom gewinnen will. Botswanas Präsident Mokgweetsi Masisi hat damit gedroht, die seit 54 Jahren bestehende Partnerschaft seines Landes mit dem südafrikanischen Monopolisten „De Beers“ aufzukündigen, wenn der Konzern Botswana nicht einen größeren Anteil an den großen Diamanteneinnahmen zukommen lässt. Die im März

wiederaufgenommene Inbetriebnahme der weltgrößten Eisenerzmine „Simandou“ hat die Regierung im westafrikanischen Guinea nach sechsmonatigen Verhandlungen erreicht. Das Joint Venture mit der australisch dominierten „Rio Tinto Simfer“ und dem mehrheitlich chinesischen „Winning Consortium Simandou“ wurde in einer „Compagnie du Transguineen“ (CTG) zusammengefaßt mit einer staatlichen Gratisbeteiligung von 15 Prozent. Die CTG wird mit der Hälfte der vorgesehenen Investition von einer Milliarde US-Dollar den Bau einer 670 Kilometer langen Eisenbahnlinie zum Tiefseehafen bei der Insel Matakong und den dortigen Terminal finanzieren, wobei der Staat 15 % der Eisenbahn und des Hafens erhält.

Georges Hallermayer

Krieg ist ihr Programm

Kürzlich sah ich im Fernsehen einen Beitrag, der sich mit zwischenmenschlichen Problemen befaßte. Wörtlich hieß es: „Das Maß ihrer Untaten ist voll. Was sollen wir tun, solange sich kein Mensch findet, der aufsteht gegen die Bösen?“ Die Antwort auf diese Frage lautete: „Sei unbesorgt, ihre Macht wird vergehen, wie der Rauch im Wind. Aber Unrecht soll man nicht tatenlos hinnehmen. Einig müßt ihr sein.“ Wie wahr, kann man mit Blick auf die hochexplosive Lage, in der wir uns befinden, nur sagen. Doch wird die Macht der Kriegstreiber wirklich vergehen wie Rauch im Wind? Wohl kaum. An ihrer Spitze stehen die deutschen Rüstungskonzerne, denen es mit ihrem Tod und Zerstörung bringenden Waffen darum geht, maximalen Profit zu erzwingen. Wenn man die veröffentlichten Umsatz- und Profitraten von „Rheinmetall“ im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg betrachtet, wird klar: Krieg lohnt sich. Die Gründung eines Joint Venture mit dem ukrainischen Pendant Ukroboronprom ließ die DAX-Werte des Konzerns in die Höhe schnellen. Geplant ist, Waffen, Panzer und Munition direkt in der Ukraine herzustellen. Es gilt, laut Geschäftsführer Armin Papperger, den Profit des Unternehmens in Höhe von 6,5 Mrd. Euro im Jahr 2022 auf rund 12 Mrd. Euro in den nächsten Jahren zu verdoppeln. Dazu soll u.a. auch der Bau einer Pulverfabrik im sächsischen Großenhain beitragen. Die Baukosten würden bei etwa 800 000 Euro liegen. Laut Papperger könne „Rheinmetall“ das Projekt nicht allein finanzieren. Im Bund wird deshalb über eine „indirekte Förderung“ des Objektes diskutiert. Mit der ebenfalls vorgesehenen Schmiede für Artilleriegeschosse soll der Rüstungswahn auch hier in Sachsen weiter angekurbelt werden. Sachsens Ministerpräsident sieht darin, wie die „Freie Presse“ schrieb, eine „Entwicklung mit hoher Wertschöpfung“. Tod und Zerstörung bringende Waffen eine „Entwicklung mit hoher Wertschöpfung“? Den Verantwortungsträgern ist's egal. Was zählt ist der in Aussicht stehende Profit, denn

letztlich wird dieser Standort Geld in die Kassen des Freistaates spülen.

Schon im Dezember 2022 wurde auf eine „unabhängige Versorgung der Bundeswehr mit Munition“ und auf einen entsprechenden Nachholebedarf verwiesen, um die durch die Unterstützung des Ukrainekrieges entstandenen „Lücken“ zu schließen und die Vorgaben der NATO zu erfüllen. Dieser „Lückenschließung“ soll auch die kürzlich vom Haushaltsausschuß des Bundestages beschlossene Lieferung von Kampfpanzern im Wert von 525,6 Millionen Euro und für Panzerhaubitzen im Wert von 190,7 Mio. Rechnung tragen. Finanziert werden soll das alles aus dem laufenden Haushalt, letztlich vom Steuerzahler und nicht aus dem 100 Milliarden Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr, wie Medien berichten. Doch auch andere deutsche Rüstungskonzerne machen „Karriere“. So berichtete NTV am 13. April, daß das börsennotierte Rüstungsunternehmen Hensold AG mit seinen Hauptprodukten der elektronischen Kampfführung vom Ukrainekrieg profitiert. Vermerkt sei hier noch, daß dieses Unternehmen vor allem in Frankreich, Südafrika und Großbritannien mit größeren Standorten vertreten ist. Standorte im Ausland sind für nahezu alle deutschen Rüstungsunternehmen aus den unterschiedlichsten Gründen, vor allem aber zur Erzielung einer maximalen Profitrate charakteristisch.

Und auch das sei erwähnt: Deutschland soll für den Ausbau der Eisenbahnstrecken für militärische Nutzung rund 155 Mio. Euro an Fördermitteln aus dem EU-Haushalt bekommen. Im Rahmen einer Ausnahmeregelung macht die Ampelregierung von der Lieferung von Ausrüstung und Munition für Kampfflugzeuge im Wert von 36 Mio. Euro an Saudi-Arabien Gebrauch. Grundlage hierfür bildet ein gemeinsames Programm mit Spanien, Italien und Großbritannien. Vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges investierten die Staaten im Jahr 2022 rund 2240 Mrd. Euro in die Rüstung.

Allein diese wenigen Fakten machen deutlich, welch gigantische Summen in die Vorbereitung eines Krieges investiert werden.

Einst stand auf den Wahlplakaten der Grünen „Frieden ernst nehmen – jetzt abrüsten – die Grünen“. Heute gehört deren Spitze zu den schlimmsten Kriegstreibern in Deutschland. Oder nehmen wir die Gewerkschaften, die in den letzten Wochen einen erheblichen Zulauf an Mitgliedern zu verzeichnen haben, nicht zuletzt deshalb, weil die Lohnforderungen der Werk tätigen im Zusammenhang mit der inflationären Entwicklung mit Hilfe von Streiks durchgesetzt wurden. Dies ist selbstverständlich zu begrüßen. Nur, wurden auch Rüstungskonzerne bestreikt? Offiziell war davon nichts zu vernehmen. Aber auch dort gibt es Gewerkschafter, sind Arbeiter tätig, die täglich tödliche Waffen produzieren. Wie vereinbart sich das mit der Satzung der Gewerkschaft, sich „für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ einzusetzen? Müssen die Menschen erst schmerzlich spüren, ehe sie – wie in Vorbereitung und Verlauf der beiden Weltkriege – begreifen, was man ihnen antut?

Dietmar Hänel
Flöha

Ein großes Dankeschön sagen wir

Reiner Neubert

zu seinem 75. Geburtstag
am 11. August.

Lieber Reiner, mit Deinem Einsatz als Vorsitzender der Regionalgruppe Berlin Treptow-Köpenick, Deinen Beiträgen in unserer Zeitschrift und Deinem Mitwirken im Versandkollektiv zählst Du zu unseren aktivsten Mitstreitern. Vorstand und Redaktion gratulieren Dir ganz herzlich und wünschen Dir alles Gute.

Zeitenwende – Aufrüstung und Militarisierung in Deutschland (Teil 2 und Schluß)

Die NATO hat im Juni 2022 ein neues dreistufiges Streitkräftenmodell (Nato Force Model, NFM) beschlossen. Dabei geht es darum, die Schnelle Eingreiftruppe der NATO, NATO Response Force, die derzeit noch 40 000 Soldaten sowie 30 000 in geringer Bereitschaft umfasst, auf etwa 800 000 Soldaten aufzustocken. Das soll in drei Stufen geschehen. 100 000 sollen in 10 Tagen und weitere 200 000 binnen 30 Tagen einsatzfähig sein. Diese können um weitere 500 000 in einem Zeitraum von bis zu 180 Tagen einsatzbereit gemacht werden. Das bedeutet eine etwa Verzehnfachung der mobilisierbaren NATO-Truppen und stellt einen gewaltigen Schritt der Konfrontation gegenüber Russland dar. Wann die einzelnen Stufen realisiert werden sollen, ist noch nicht bekannt gegeben worden, lässt sich aber aus den Angaben der Bundeswehr herauslesen. Hier hat es eine Veränderung gegeben, denn die von von der Leyen 2018 angemeldeten deutschen Divisionen bei der NATO werden zeitlich vorgezogen. Die erste Division soll nicht 2027, sondern schon 2025 aufgestellt sein, die zweite nicht erst 2031, sondern schon 2027, die letzte nicht erst 2031, sondern schon 2029.¹ Sie alle sollen „kaltstartfähig“ sein. In diesen Jahreszahlen 2025, 27, 31 sollen wahrscheinlich auch die drei Stufen des NATO Force Modells umgesetzt sein. Schauen wir uns die Aufrüstungsmaßnahmen der drei Teilstreitkräfte an:

Das Heer

Für die „Dimension Land“ stehen aus dem Sondervermögen für acht Vorhaben 16,6 Mrd. Euro zur Verfügung. Das ist für die größte Teilstreitkraft ein eher geringer Betrag. Zum Plan gehört, dass schon vorhandene 350 Schützenpanzer PUMA auf eine Goldrandlösung auferüstet werden sollen. Der PUMA wird so zu einem gepanzerten Computer auf Ketten, dessen Stückpreis von 24 Mio. Euro dann viermal so hoch sein wird wie zum Beginn seiner Beschaffung. Sie sind die teuersten Schützenpanzer auf dem Globus. 50 weitere PUMA werden für 1,5 Mrd.² bestellt.³

Zum Heeresbereich kommen noch Anschaffungen aus der „Dimension Führungsfähigkeit/Digitalisierung“ hinzu, die mit 20,7 Mrd. sehr hochdotiert ist.⁴ Auch 2,4 Mrd., die für Bekleidung und persönliche Ausrüstung vorgesehen sind, kommen dem Heer zugute. Das Heer schafft über 100 Infanteriefahrzeuge BOXER bei Rheinmetall in Australien an, die ab 2024 ausgeliefert werden sollen.⁵ Und brandaktuell ist die Meldung, dass ein Vertragsabschluss über den Ersatz von 18 an die Ukraine gelieferte Leopard 2 A6 mit Krauss-Maffei Wegmann kurz vor dem Abschluß steht. Dieser Vertrag sieht nicht nur fabrikneue 18 Leopard 2 A8 vor, sondern auch „Optionen zur Lieferung einer mittleren dreistelligen Anzahl von Kampfpanzern des gleichen Typs.“⁶ Das dürften dann wohl 500 Exemplare zum Stückpreis von mindestens 20 Mio. bedeuten, somit kosten neue Leos mindestens 10 Mrd. Euro.

Diese Maßnahmen bewegen sich noch im Rahmen des „Bühler-Papiers“ und benötigen Jahre für die Umsetzung. Sie sind ohne Bedeutung für den derzeitigen Ukraine-Krieg.

Der Knaller des Heeres ist das Main Ground Battle System (MGCS). Dieses Vorhaben beruht auf einer geradezu epochalen Regierungvereinbarung von Merkel und Macron im Jahr 2017.

Die neue Kampfpanzer-Generation MGCS

Es soll eine neue Generation von Kampfpanzern produziert werden, die die Leopard 2 der Bundeswehr sowie die Leclerc-Panzer in der französischen Armee ersetzen. Ziel ist es, „ein Hightech-System zu entwickeln, bei dem Robotik und Waffen wie Hochgeschwindigkeitsraketen eine entscheidende Rolle spielen.“⁷ MGCS soll so zu einem militärischen Game-Changer werden.⁸ Das heißt so viel wie: Mit MGCS soll jede Panzerschlacht gewonnen werden. Krauss-Maffei Wegmann (KMW) hat mit der französischen Firma NEXTER eigens für MGCS das Joint Venture KNDS gegründet. KNDS entwickelt zusammen mit Rheinmetall das MGCS.

Der damalige KMW-Chef Frank Haun, heute ist er KNDS-Chef, rechnete 2018 in den nächsten 25 bis 30 Jahren in Europa mit einem Bedarf von 5 000 Kampfpanzern im Wert von 75 Mrd. Euro.⁹ An weltweite Umsätze von rund 100 Mrd. Euro bis in die 40er Jahre hinein wird gedacht.¹⁰ Deutschland hat beim MGCS-Projekt die Führung inne. Allerdings „ist in vier der acht zentralen ‚Technologiefelder‘ immer noch umstritten, welches Land jeweils das Sagen haben soll.“¹¹ Damit sind aktuell sämtliche Fortschritte in der Entwicklungsarbeit blockiert. Da Scholz diesem Vorhaben in seiner „Zeitenwenden-Rede“ „höchste Priorität“ beigemessen hat, dürfte es da wohl bald vorangehen. Allerdings ist der Auslieferungsbeginn bereits um fünf Jahre auf 2040 verschoben worden.

Die deutsche Marine – hochgerüstet nicht nur in die Ostsee

Der Wirtschaftsplan sieht für die „Dimension See“ 8,8 Mrd. Euro vor. Weitere Gelder stecken in der „Dimension Führungsfähigkeit/Digitalisierung“, so daß die FAZ insgesamt für die Marine auf eine Summe von 19 Mrd. Euro kommt. Die deutsche Marine wird ab 2025 in Rostock die Führung eines Marineführungskommandos der NATO „für Operationen an der Nordflanke des Bündnisses“¹² übernehmen. Schon heute verfügen die Flotten der NATO-Anrainer der Ostsee über mehr Kriegsschiffe und U-Boote als die russische Baltische Flotte mit ihrem Hauptquartier in Kaliningrad. Das Gesamtverhältnis in der Ostsee ist im Kriegsfall unter Einschluß Norwegens und Finnlands in die NATO 98 zu 42 zum Nachteil Rußlands.¹³

Deutschland hat ohnehin die stärkste NATO- und EU-Marine der Ostsee-Anrainer und rüstet weiter auf gegen Rußland – und zwar gewaltig: 2018 verfügte die deutsche Marine über 14 hochseegängige Überwasserkampfschiffe (9 Fregatten und 5 Korvetten) und über sechs U-Boote. Von Ende März stammt die neueste Planung „Marine 2035 +“¹⁴. Demnach soll die

1 Jürgen Wagner, Zielbild Marine 2035 +: Aufrüstung nach Nato-Vorgaben, 10.3.23, <https://www.telepolis.de/features/Zielbild-Marine-2035-Aufruestung-nach-Nato-Vorgaben-7541519.html?seite=all>

2 Wirtschaftswoche 21.10.22

3 Zudem soll es Nachfolger für die Schützenpanzer Marder und die Transporter Fuchs geben. Bei den Transportpanzern zeichnet sich ab, daß die Bundeswehr (eine noch unbekannt) Anzahl der finnischen Firma Patria (gehört zur britischen BAE Systems) beziehen will. KMW und Rheinmetall sollen an der Produktion in deutschen Standorten beteiligt werden. 17.4.23 <https://augengeradeaus.net/2023/04/verteidigungsministerium-stellt-weichen-fuer-fuchs-nachfolge/>

4 Zu nennen ist hier die „Digitalisierung landbasierter Operationen“, das Battle-Management-System sowie Gefechtsstände und Funkgeräte. Hervorzuheben ist auch die Ausrüstung „Infanterist der Zukunft“ auf den Einsatzstandard der Speerspitze der NATO Response Force.

5 NZZ 8.3.23

6 Informationsstelle Militarisierung 14.4.23, Leopard 2 A8: dreistellig? <https://www.imi-online.de/2023/04/14/leopard-a8-dreistellig/> und <https://esut.de/2023/04/fachbeitraege/41311/neue-kampfpanzer-bundeswehr-soll-leopard-2-a8-erhalten/>

7 Björn Müller, Streitkräfte und Strategien, NDR Info, 2.11.19

8 Björn Müller, Die Hürden für Europas gemeinsamen Kampfpanzer, 31.10.19, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ruesten-fuer-europa-huerden-fuer-den-gemeinsamen-kampfpanzer-16439321-p2.html>

9 Handelsblatt.de, 26.4.18

10 Ebenda

11 Capital.de, 11.4.23, <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/deutsch-franzoesischer-superpanzer-kommt-spaeter-als-geplant-33363634.html>

12 22.1.19, <http://www.bundeswehr-journal.de/2019/feierliche-indienststellung-des-nationalen-stabes-deu-marfor/>

13 International Institute for Strategic Studies (IISS), London The Military Balance 2023, 13 NATO-U-Booten der Ostsee-Anrainer steht dort ein russisches U-Boot gegenüber. Die NATO verfügt über 27 Zerstörer, Fregatten und Korvetten, Rußlands Baltische Flotte hat davon 6. Bei Patrouillenbooten ist das Verhältnis 61 zu 35 zu Gunsten der NATO.

14 FAZ 29.3.2023, „Wir vertrauen drauf, daß die zwei Prozent kommen“, ESuT April 2023, Neues Zielbild für die Zeit ab 2035 gibt Einblick in die zukünftige Flottenstruktur, S. 33 bis 36

Flotte statt 9 Fregatten 15 haben, statt 5 Korvetten 6 bis 9. An Neuerung sollen bis zu 18 Future Combat Surface Systeme¹⁵ kommen, die die Korvetten ergänzen sollen. Also steigt die Zahl der Überwasserkampfschiffe von 14 auf bis zu 42. Das ist das Dreifache!

Die Zahl der U-Boote soll von 6 auf bis zu 9 steigen. Und auch hier sind neuartige Large Unmanned Underwater Vehicles vorgesehen. Als Ergänzung von U-Booten zu Aufklärungszwecken will man davon sechs, so daß sich die U-Boot-Flotte von sechs auf bis zu 15 auf das Zweieinhalbfache erhöht.

Diese Vorhaben übersteigen massiv die Vorgaben aus dem Bühler-Papier. Dort wurde nur ein Anstieg um ein Drittel angestrebt.

Allein die schiere Anzahl läßt auf gigantische Vorhaben schließen. Nicht nur das: Die Kriegsschiffe werden immer größer und damit auch kampfstärker und sie werden immer kostspieliger. Auffallend ist, daß die deutsche Marine zunehmend Kriegsschiffe entwickelt, die von See aus an Land schießen können. Sie sind nicht nur für den Einsatz in Europa konzipiert, sondern auch für den Indischen und den Pazifischen Ozean.¹⁶ Nachdem 2021 die deutsche Fregatte Bayern das Südchinesische Meer durchschipert hatte, was in China als proamerikanisch und als Provokation aufgefasst wurde, ist für 2024 wieder ein Fregattenbesuch im Pazifik vorgesehen.¹⁷ Der NATO hat die Bundeswehr bis Ende 2031 zugesagt, „mindestens 15 Kriegsschiffe, also Fregatten, Korvetten und U-Boote gleichzeitig zum Kampf über und unter Wasser bereitzustellen.“¹⁸

Größter Brocken: für die Luftwaffe

Die Luftwaffe soll den größten Brocken aus dem 100 Mrd. Sonderfonds erhalten: 33,4 Mrd.¹⁹ Die FAZ schreibt der Luftwaffe sogar 41 Mrd. zu. Mindestens 6 Mrd. davon fließen in 40 schwere Transporthubschrauber des Typs Chinook von Boeing. Sie sollen bis 2030 ausgeliefert sein. Für 152 Millionen sollen 140 Raketen gekauft werden, die der Bewaffnung von Kampfdrohnen des

Typs HERON TP aus Israel dienen. Mit ihrem Einsatz muß ab 2024 gerechnet werden.

5 Mrd. sind aus dem Sondervermögen vorgesehen²⁰ für den Aufbau eines Europäischen Luftverteidigungssystems (ESSI), dem sich bisher unter deutscher Führung 18 Staaten Europas angeschlossen haben. Es soll bis 2025 fertig sein. Das System soll aus drei Komponenten bestehen, die kurze, mittlere und lange Reichweiten abdecken sollen. Die Komponente Arrow 3 aus Israel für lange Reichweiten soll allein mit 3 Milliarden zu Buche schlagen.²¹ Acht IRIS T für kürzere Distanzen kosten etwa 1,2 Mrd.

Insgesamt soll im kommenden Jahrzehnt etwa die Hälfte der Luftwaffe erneuert werden. 118 Eurofighter²² und Tornados sollen durch 128 neue Kampfflugzeuge „ersetzt“ werden.²³ Ein Teil davon soll definitiv aus dem Sondervermögen finanziert werden. Das sind zwei neue Flugzeugtypen, die die altersschwachen Tornados der Bundeswehr ersetzen sollen. Die Tornados dienen im Rahmen der „Nuklearen Teilhabe“ der NATO derzeit noch dazu, in Büchel gelagerte US-Atombomben in Richtung Rußland tragen zu können. Als Tornado-Ersatz sollen 35 Tarnkappenbomber F-35 in den USA sowie 15 Eurofighter zur Unterdrückung der russischen Flugabwehr gekauft werden. Ende Dezember gab der Bundestag grünes Licht für die F-35. Sie werden wohl 10 Mrd. Euro kosten, die Eurofighter 4 Mrd.²⁴ Ausgeliefert werden sollen die F-35 von 2027 an, die Eurofighter ab 2029.

Die in Büchel gelagerten 15 Freifallbomben²⁵ der Typen B61-3 und B61-4 sollen ab 2024 durch wesentlich präziser steuerbare Nachfolgermodelle des Typs B61-12 ersetzt werden. Zudem – und das ist von ganz besonderer Bedeutung – können sie, im Gegensatz zu den derzeitigen Modellen, „mehrere Meter in das Erdreich eindringen und somit [...] gezielt gegen tiefliegende Bunker eingesetzt werden.“²⁶

Eurodrohne

Eurodrohnen sind Mehrzweckdrohnen Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Spaniens und ein Projekt der militärischen Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit PESCO der EU unter deutscher Führung. Airbus Defence & Space entwickelt und baut die Eurodrohnen

federführend in Manching bei Ingolstadt zusammen. Die Drohnen dürfen im zivilen Luftraum fliegen, können also überall starten und landen. Das erhöht die militärische Flexibilität in unerhörtem Maß. Die Eurodrohnen werden mit Elektronik vollgestopft. Mit ihrer SIGINT-Technik spioniert die Eurodrohne die militärischen Führungs- und Kommandostrukturen fremder Länder aus. Dafür nimmt sie aus einer Flughöhe von 13 km herunter in einem Radius von bis zu 400 km elektronische Signale auf. Zudem legt sie digitale detaillierte Landkarten an, in die die mittels SIGINT ermittelten strategischen Orte eingetragen und als Angriffsziele zugewiesen werden.

Die Eurodrohnen, mit 11 Tonnen Gewicht, mehr als doppelt so schwer wie die derzeit größten Kampfdrohnen HERON TP und Reaper („Sensenmann“) aus den USA, sollen eine Panzerabwehrkranke („Brimstone“) sowie eine lasergelenkte Bombe von 227 kg-Gewicht (GBU-49) tragen, die auf sechs bis neun Meter genau trifft. Die Eurodrohne wird in Bundeswehrkreisen als „europäische Superdrohne“ und als ein „echter Gamechanger“ für die Luftwaffe gepriesen.²⁷ Von den insgesamt 63 Eurodrohnen, die die vier Staaten abnehmen wollen, will Deutschland 21. Der Vertrag ist rechtskräftig. „Die Kosten des deutschen Anteils dieses Projekts liegen bislang nahe an vier Milliarden Euro.“ (FAZ 15.6.21) Eine Eurodrohne kostet also weit mehr als ein Eurofighter. Ab 2029 sollen die 21 deutschen Eurodrohnen in Jagel (Schleswig-Holstein) stationiert werden.

Kampfflugzeugsystem FCAS

FCAS ist wahrlich ein Jahrhundertprojekt, auf das sich Macron und Merkel 2017 verständigt haben. Spanien kam inzwischen hinzu. Dabei sollen die dann veralteten Kampfflugzeuge Deutschlands (Eurofighter) und Frankreichs (Rafale) nicht schlicht durch ein neues Kampfflugzeug ersetzt werden, sondern durch das Kampfflugzeugsystem der Zukunft „Future Combat Air System“ (FCAS). FCAS soll in den Jahren 2040 bis 2080 eingesetzt werden. Allein seine Entwicklungskosten werden auf über 100 Mrd. Euro geschätzt. Branchenkenner rechnen mit einem Umsatz von 500 Mrd. Euro.²⁸ FCAS ist damit fünfmal größer als das bisher größte europäische Militärprojekt, der Eurofighter.²⁹

15 Hans Uwe Mergener, Neues Zielbild für die Zeit nach 2035 gibt Einblick in die zukünftige Flottenstruktur. ESuT April 2023, S. 33 bis 36. Zu den Future Combat Surface Systemen: „Zu ihrem Fähigkeitsprofil werden zur Zeit keine Aussagen getroffen. Es zeichnen sich Parameter ab wie: schwer entdeckbar, flexibel einsetzbare Plattformen, mit geringem Personaleinsatz und auch unbemannt zu betreiben. Sie sollen zur Überwasserseekriegführung wie auch zur Wirkung an Land zur Verfügung stehen. Ihre technische Ausgestaltung käme vermutlich denen früherer Flugkörperschnellboote nahe.“

16 Einen Überblick über die deutsche Marinerüstung findet sich hier: Lühr Henken, Volle Kraft voraus auf fremde Küsten, September 2021, 5 Seiten, <https://www.imi-online.de/download/LH-Marineruestung.pdf>

17 FAZ 20.3.23 Der Weg ist das Ziel

18 NZZ 16.1.2023, Warum Deutschlands Armee nicht einsatzfähig ist.

19 1.4.2022, <https://www.n-tv.de/politik/Luftwaffe-soll-40-Milliarden-Euro-bekommen-article23241483.html>

20 Sven Arnold/Torben Arnold, Deutschlands schwache Führungsrolle bei der europäischen Luftverteidigung, SWP-Aktuell, Nr. Januar 2024. 8 Seiten, Seite 8

21 IMI 21.10.22, Sondervermögen: Preisschilder, <https://www.imi-online.de/2022/10/21/sondervermoegen-preisschilder/>

22 118 Flugzeuge = 85 Tornados + 33 alte Eurofighter der Tranche 1

23 Die Lebenswegkosten, also die Gesamtkosten für Anschaffung, Betrieb, Ersatzteile, Modernisierung etc., über 40 Jahre werden zusammen geschätzt 100 Mrd. Euro betragen.

24 Griephan-Brief 13/22, in Jürgen Wagner, Kriegskredite und Rüstungslisten 6.6.22,

<https://www.imi-online.de/2022/06/06/kriegskredite-und-ruestungslisten/>

25 <https://fas.org/blogs/security/2021/12/fa-18-removed-from-fact-sheet/> abgelesen 12.8.22

26 ebenda

27 Oberstleutnant Jens Büttner, Angehöriger des Kommando Luftwaffe, ES&T August 2022, S. 57

28 Das Projekt wird „nach Schätzungen aus der Branche,“ so das Handelsblatt, „einen Umsatz von 500 Milliarden Euro bringen“, Thomas Hanke, Martin Murphy, Donata Riedel, So wollen Deutschland und Frankreich ihre Rüstungsindustrie neu aufstellen, 26.11.18, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/gemeinsame-jets-und-panzer-so-wollen-deutschland-und-frankreich-ihre-ruestungsindustrie-neu-aufstellen/23673794.html?ticket=ST-1006788-z1Z9FyM2EFj5ebyOImst-ap2> abgelesen 12.8.22

29 Die 140 Bundeswehr-Eurofighter der Tranchen 1 bis 3A kosteten knapp 25 Mrd. Euro. Für insgesamt 623 bestellte Eurofighter müssen rund 100 Mrd. Euro berappt werden.

Im Zentrum von FCAS steht ein neu zu entwickelndes Kampfflugzeug der nächsten, der 6. Generation³⁰: der Next Generation Fighter (NGF). Jedes NGF soll von bewaffneten Drohnen, wie der Eurodrohne, und Drohnenschwärmen in einem digitalen Netzwerk, der sogenannten Kampf-Cloud, umgeben sein. Beim NGF hat Frankreichs Dassault die Führungsrolle inne. Die Kampf-Cloud gilt als elektronisches Gehirn, als Kommando-Zentrale, in dem die Daten zusammenfließen.

„Auf Airbus und seine Zulieferer entfallen mit den deutschen und spanischen Standorten zwei Drittel der Wertschöpfung und auch zwei Drittel des Budgets.“³¹

Das NGF wiederum ist mit anderen NGFs verbunden, mit Satelliten, mit Aufklärungsdrohnen, mit Aufklärungs- und Tankflugzeugen, mit Kriegsschiffen und Heereseinheiten. Die Verbindung schafft Echtzeit-Bilder und Echtzeit-Analysen. In der „Kampf-Cloud“ spielt Künstliche Intelligenz die alles durchdringende zentrale Rolle. FCAS stellt eine Revolution der Militärtechnik dar. Es wird deshalb als „System of Systems“ bezeichnet.

Das Kampfflugzeug NGF wird als Tarnkappenbomber und als Träger von Atombomben konzipiert und soll auf einem eigens noch herzustellenden französischen oder deutsch-französischen Flugzeugträger starten und landen und möglicherweise auch unbemannt fliegen können.

Das militärische Ziel von FCAS ist es, über eine Kampfüberlegenheit in der Luft auch den Krieg

an Land und auf dem Meer zu gewinnen und ist vor allem gegen Großmächte gerichtet. Die EU strebt damit militärischen Weltmachtstatus an. FCAS ist nur realisierbar, wenn das System (oder wesentliche Teile davon) auch nach außerhalb Europas exportiert werden kann, was wiederum nur möglich ist, wenn auf US-amerikanische Bauelemente verzichtet wird, denn sonst könnte die US-Regierung Einspruchsrechte geltend machen. „Frühestens 2028 soll der erste Prototyp abheben.“³²

Die EU will sich auf diesem Weg eine militärische „Strategische Autonomie“ – also Unabhängigkeit von den USA – verschaffen, die insbesondere Frankreich für sich anstrebt. „Strategische Autonomie“ ist als Ziel der EU seit 2016 zunächst in ihrer Globalstrategie festgelegt und in ihrem im März 2022 verabschiedeten „Strategischen Kompaß“³³ operationalisiert worden. Mittels „Strategischer Autonomie“ solle die EU „ihre geopolitische Stellung ausbauen“. Im „Strategischen Kompaß“ wird konkret die Förderung der Entwicklung von FCAS und MGCS als „strategische Fähigkeit“ angestrebt. Bundeskanzler Scholz, der in seiner „Zeitenwende-Rede“ bereits angekündigt hatte, MGCS und FCAS mit höchster Priorität angehen zu wollen, hat in einem Grundsatzartikel³⁴ unterstrichen, die EU müsse ein geopolitischer Akteur³⁵ werden. Es gelte in der EU die Reihen zu schließen, „beim Aufbau einer europäischen Verteidigung,

bei technologischer Souveränität und demokratischer Resilienz,“ schreibt er. In seiner Rede in der Universität in Prag Ende August letzten Jahres warb er für den „Aufbau einer schnellen EU-Eingreiftruppe, die mittelfristig über ein ‚echtes‘ Hauptquartier verfügen soll. Deutschland wird sich dieser Verantwortung stellen, wenn wir 2025 die schnelle Eingreiftruppe führen“, sagte er.“³⁶ Er setzte sich dort auch wieder dafür ein, in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU „schrittweise zu Mehrheitsentscheidungen überzugehen.“³⁷ Zwar unterstützen bisher erst sechs der 27 EU-Mitglieder dieses Vorhaben, aber mit Frankreich, Italien, die Niederlande, Schweden und Dänemark bilden diese Länder immerhin zwei Drittel des BIP der EU ab.

Abschließend: Da Deutschland als größte Wirtschaftsmacht Europas die höchsten Militärausgaben anstrebt, bei den Mega-Militärprojekten die technologische und finanzielle Führung beansprucht, formuliert die SPDgeführte Bundesregierung nicht weniger als den Anspruch, die EU mit Deutschland an der Spitze zu einer militärischen Weltmacht ausbauen zu wollen.

Dadurch befeuert Deutschland das Wettrüsten gegenüber Rußland, aber auch gegenüber China und auch gegenüber den USA. Wird diesem Rüstungswahn nicht Einhalt geboten, droht der Menschheit und dem Globus eine Megakatastrophe. Die Zukunft kann nur durch gegenseitige Rüstungskontrolle und gleichgewichtige Abrüstung gesichert werden, wobei das strategische Gleichgewicht gewahrt werden muß.

Lühr Henken

30 Die Spitze der Entwicklung momentan bildet mit dem US-amerikanischen F-35 die 5. Generation. Die angesprochenen Rafale und Eurofighter sind Kampfflugzeuge der Generation 4+.

31 FAZ 19.2.22, Interview mit Michael Schöllhorn, Geschäftsführer von Airbus Defence & Space

32 NZZ 24.2.2023

33 Vgl. Jürgen Wagner, Ein Strategischer Kompaß – Für Europas Rückkehr zur Machtpolitik, Brüssel 8.6.2022, 42 Seiten, <https://www.rosalux.eu/de/article/2135.ein-strategischer-kompass.html>

34 FAZ 18.7.2022, Olaf Scholz, Nach der Zeitenwende.

35 FAZ 18.7.2022, Bundeskanzler Scholz fordert eine geopolitische EU

36 FAZ 30.8.2022 Zeitenwende in Europa

37 FAZ 30.8.2022 Zeitenwende in Europa

Machtanspruch und Rezession

Komplexe Krise: Sanktionspolitik und Kriegskurs des Westens läßt Wirtschaft in Deutschland und Euro-Zone schrumpfen

Die Signale im Herbstquartal 2022 und im ersten Vierteljahr 2023 waren dezent, aber unübersehbar: Deutschlands Wirtschaftskapitäne haben unter lauter Begleitmusik der Mainstreammedien Kurs Richtung Abschwung genommen. Entgegen vorherigen Schätzungen der zuständigen Statistiker war die Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt/BIP) der Euro-Zone und der bislang mit Abstand stärksten ökonomischen Macht der EU nicht um ein Zehntel-Prozent „gewachsen“, wie zunächst vermeldet worden war, sondern gesunken. Und da Ende Mai auch feststand, daß im ersten Vierteljahr 2023 ebenfalls kein Wachstum, sondern ein Schrumpfen des BIP vermeldet werden mußte, herrschte zunächst betretenes Schweigen.

Dann besann man sich im ansonsten auf Kra-wall gebürsteten Nachrichtengeschäft der „Leitmedien“ (ÖRR und privatwirtschaftliches Gefolge) darauf, daß alles ja gar nicht so schlimm sei.

Betrachtet man lediglich die nackten Zahlen, dann ist es tatsächlich kein Beinbruch, wenn in Krisenzeiten das BIP stagniert (gesamte EU plus 0,1 Prozent). 0,1 Prozent bedeutet für die BRD grob gerechnet, daß zwischen Januar und März Waren und Leistungen im Wert von einer Milliarde Euro mehr bzw. weniger produziert wurden, als im Vorquartal. Das kann eine Volkswirtschaft wie die deutsche, die im vergangenen Jahr fast vier Billionen (4000 Milliarden) Euro „schwer“ war, durchaus verkraften. Insofern wurde in den meisten Medienberichten umgehend betont, daß man einen solchen Rückgang innerhalb zweier aufeinanderfolgender Quartale als „technische Rezession“ bezeichne.

Keine typische zyklische Krise

Allerdings fiel diese „technische Rezession“ nicht in einen der typischen zyklischen Krisenprozesse. Was auch immer die hochtourig laufende Propagandamaschinerie in Berlin oder Brüssel raushaut – Krisenauslöser war nicht der Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine, sondern die zuvor bereits als Plan in der Schublade von „Sleepy Joe“ Biden liegende Reaktion Washingtons darauf. Moskau versuchte Befreiungsschlag gegen das Näherrücken der NATO und den seit 2014 laufenden Krieg gegen die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine wurde benutzt, um strategische Interessen des US-Imperiums zu bedienen.

Daß die daraufhin inszenierte Sanktionsorgie auch wirtschaftliche Verwerfungen in den beteiligten Staaten haben würde, war möglicherweise bereits „eingepreist“. Es ist nicht auszuschließen, daß der daraufhin

„plötzlich“ auftretender Mangel an Roh- und Brennstoffen von Kreisen in den USA und auch der EU als schöne Vorlage für eine drastisch verschärfte „Klimarettungspolitik“ gesehen wurde. Entsprechend eifrig stürzte sich dann auch der zum Klimaschutz- und Wirtschaftsminister erhobene Grünen-Politiker Robert Habeck in eine Art Gesetzgebungsrausch (kein Öl und Gas mehr aus Rußland, Wärmepumpenpflicht am liebsten vorgestern, exzessiver Ausbau der Solar- und Windenergiegewinnung usw.). Der bediente zwar grüne und SPD-Träume, war aber bereits bei den ersten Kollisionen mit der Realität auf dem Abstellgleis gelandet – was bei der „neuen Art“ von Politik allerdings bedeutet, daß er bald wieder auf die Hauptstrecke bugsiert werden könnte.

Angeschlagener Wirtschaftsraum

Die durch die Sanktionen ausgelöste Kettenreaktion traf zudem auf einen westlichen Wirtschaftsraum, der nicht sehr stabil war. Die seit der Krise 2007/2008 praktizierte exzessive Geldvermehrung der Europäischen Zentralbank – und ihres großen US-Bruders Federal Reserve –, verbunden mit strikter Nullzinspolitik und unverhohlener Staatenfinanzierung, häufte über die Jahre eine Menge Inflationszündstoff an. Doch die „Anleger“ und „Investoren“ hatten keine Alternative, als den Notenbanken zu vertrauen. Sie pumpten Hunderte Milliarden Euro/Dollar in die Immobilienbranche, flüchteten in Gold, bedachten auch zunehmend die staatlich geförderten Klimarettungsunternehmen – in den USA beispielsweise Tesla – mit ihrem auf Rendite angewiesenen Anlegergeldern. Dann kam Corona. Eine weltweite Infektionswelle mit einem bislang unbekanntem Virus versetzte die Medien in Schnappatmung, schürte Ängste der Menschen, traf auf ein völlig unzureichend organisiertes und finanziertes Gesundheitswesen und brachte die bislang zum multilateralen Vorteil von West, Ost und Süden funktionierenden „globalen Lieferketten“ aus dem Takt. Wegen der exekutierten Staatsmaßnahmen (zur Pandemiebekämpfung?) wurde das gesellschaftliche Leben praktisch angehalten – was den meisten Ländern Rezessionen bescherte.

Doch als seit März 2022 klar wurde, daß Sanktionen gegen den wichtigsten Rohstofflieferanten der EU unerwartet stark zurückschlagen, die bislang unterdrückte Inflation plötzlich in Zahlen real wurde und die Energieversorgung Deutschlands – das gleichzeitig auf die Nutzung von Kohle und Atom verzichtete – tatsächlich in Gefahr geriet, war der Schaden bereits angerichtet.

„Zeitenwende“

Eine „Zeitenwende“ nannte das Kanzler Olaf Scholz. Der SPD-Funktionär mit angeschlagenem Image (Cum-Ex, Wirecard), warf dann auch sofort sämtliche Rationalität – die man ihm unterstellen durfte – über Bord und ließ den Grünen ihren Spaß. Die deutsche Kapitallobby, seit der Merkel-Ära handzahn und mit Piep-Stimme, begann plötzlich, die Regierungsaktivitäten vorsichtig zu kritisieren. DIHK, BDI und Handwerksverband gerieten unter den Druck ihrer Träger. Denen machte die Energieverteuerung plötzlich einen dicken Strich durch die gewohnte Profitrechnung. Preiswertes Öl und Gas aus Rußland hatten trotz Merkscher Mißwirtschaft (Bankenrettung, Griechenland-„Rettung“, Euro-„Rettung“, abrupter Atomausstieg) Deutschlands Ökonomie in den Jahren nach der Euro-Krise über Wasser gehalten. Innovationsfreudige Mittelständler nutzen diese günstige Energie und die preiswerten chinesischen Vorleistungen, um bei vielen Industriegütern ihren Platz auf dem Weltmarkt zu sichern. Der Mitte 2022 einsetzenden Realitätsschock ließ die schlimmsten Befürchtungen aufkommen. Doch die deutsche Volkswirtschaft ist nicht so labil, daß sie gleich kollabieren würde. Hunderttausende Facharbeiter, Ingenieure, Techniker und Manager sind krisenerprobt und flexibel, wenn es notwendig wird. Und das gelingt teilweise, trotz mutwillig veränderter Produktionsverhältnisse. Der Staat agiert nicht mehr hauptsächlich als Garant der Profitwirtschaft, sondern greift tief in das Gebilde aus Konkurrenz und Anarchie (auch als kapitalistische Produktionsweise bekannt) ein. Als Problem kann gelten, daß es den Staatsdienern auf Spitzenebene an ausreichender Kompetenz mangelt. Die Regierenden sind zudem mit zunehmend limitierten

Steuermitteln und zum Teil fragwürdiger Ziel-Mittel-Vorgaben kein sehr konstruktives Element im Kapitalverwertungsprozeß.

Keine Leute

Offensichtlich ist auch, daß es nahezu überall in der Wirtschaft an qualifiziertem Nachwuchs mangelt. Die hektisch belebten Maßnahmen zu Verstärkung des Brain-Drain aus Ländern wie Indien oder Brasilien dürften in diesem Zusammenhang allenfalls als Tropfen auf den heißen Stein wirken. Deutschlands Wirtschaft braucht mehr Mechatroniker, IT-Fachkräfte, Altenpfleger, Monteure, Tief- und Hochbauer und möglicherweise weniger Politikwissenschaftler und Juristen. Aber letztere nähren vor allem den ohnehin aufgeblähten Staatsapparat, der sich gerade aufschwingt, eine Art Staatliche Plankommission à la DDR zu kopieren – allerdings unter völlig gegensätzlichen Intentionen. Und künstliche Intelligenz wird auf unabsehbare Zeit sicherlich weder Wärmepumpen montieren noch eine defekte Küchenspüle reparieren können. Diese wenigen Beispiele zeigen, daß eine Verschärfung der Krise in den kommenden Jahren durchaus einkalkuliert werden muß. Der NATO-Ersatzkrieg gegen Rußland, der allenfalls dem US-System des imperialen Teile-und-Herrsche dient, verschlingt allmählich die finanziellen und materiellen Reserven der EU. Immer mitgedacht muß dabei werden, daß die BRD mehr als ein Viertel der Wirtschafts- und Finanzkraft des Staatengebildes repräsentiert. Trotz markiger Parolen dürfte auch die Krim demnächst nicht von deutschen, polnischen und britischen Rußlandhassern erobert worden sein – von „Ukrainern“ ebenso wenig. Kurz vor Redaktionsschluß dieser Ausgabe tauchten in den BRD-Medien Prognosen auf, daß sich die Menschen in Deutschland trotz derzeit etwas rückläufiger Energiekosten warm anziehen sollten: „Auf längere Sicht halten Experten einen Preis von 60 bis 80 Cent je Kilowattstunde für realistisch, sollte der Ausbau der Erneuerbaren Energien mit dem Bedarf nicht Schritt halten“ titelte *Tagesschau* am 7. Juni.

Klaus Fischer

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Juli!

Zum 95. Geburtstag

Johannes Schäfer (Berlin) am 19. Juli

Zum 94. Geburtstag

Wolfgang Giensch (Neubrandenburg) am 18. Juli

Zum 92. Geburtstag

Günter Lidke (Bitterfeld/Wolfen) am 29. Juli

Zum 91. Geburtstag

Franz Kramer (Berlin) am 8. Juli
Gerhard Lehmann (Bad Salzungen) am 11. Juli
Hermann Haake (Wernigerode) am 17. Juli

Zum 90. Geburtstag

Dr. Hans-Joachim Lorenz (Berlin) am 3. Juli
Volker Fongern (Berlin) am 13. Juli
Frieder Rosada (Wismar) am 18. Juli
Karl Jacobs (Teterow) am 25. Juli

Zum 85. Geburtstag

Wilfried Furian (Rostock) am 5. Juli
Horst Mau (Schwerin) am 6. Juli
Manfred Urbanz (Berlin) am 30. Juli

Zum 80. Geburtstag

Peter Heinze (Rehna) am 5. Juli
Geertje Eilenberger (Leipzig) am 6. Juli

Wilfried Hertzsch (Marlow) am 10. Juli

Günter Böhme (Halbe) am 16. Juli
Günther Eichhorn (Steinach) am 19. Juli
Franz Beer (Zella-Mehlis) am 30. Juli

Zum 75. Geburtstag

Bernd Krüger (Gera) am 19. Juli
Carola Mirtschink (Berlin) am 30. Juli

Zum 70. Geburtstag

Eberhard Kretschmer (Gera) am 4. Juli
Beate Wesenberg-Schlosser (Berlin) am 16. Juli
Elvira Görsch (Berlin) am 24. Juli

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

Fehlende Medikamente in Apotheken

Wieder verspricht die deutsche Bundesregierung 2,7 Mrd. Euro an Kriegshilfe für die Ukraine. Es handelt sich um Kriegs- und Rüstungsausgaben, die der einfache Bundesbürger über seine Steuern finanzieren muß. Der deutsche Michel bezahlt den Stellvertreterkrieg der USA in der Ukraine. Gleichzeitig kommen immer mehr ukrainische Bürger nach Deutschland, die „problemlos“ in das Renten- und Krankenversicherungssystem der Bundesrepublik „einwandern“, ohne daß sie je in dieses System einzahlen mußten oder müssen.

Die Gelder, die für den Krieg in der Ukraine, für ukrainische Flüchtlinge und andere Asylbewerber ausgegeben werden, fehlen sowohl dem Sozialsystem als auch für die Erneuerung der Infrastruktur (Bahn, Straßen, Brücken, Internetausbau, Wohnungsbau usw.), im Bildungs-, im Gesundheitswesen u.a.m. Am 10. Mai kam ich mit einer Apothekerin in meinem Heimatort ins Gespräch. Sie erzählte, daß sie am Wochenende Apothekennotdienst hatte. Sie berichtete, daß nicht mehr genug Standardmedikamente in der Apotheke vorhanden seien, um in Notfällen Menschen ausreichend zu versorgen. Verzweifelt führte sie Telefonate mit Ärzten, um darüber zu verhandeln, wie nicht vorhandene Medikamente gegen andere ausgetauscht werden könnten. Hinzu käme, daß zwei Apotheken im Ort dicht gemacht haben. Bereits im Januar berichtete mir ein Bekannter, daß er ein spezielles Insulin zum Spritzen in seinem Wohnort und in Berlin nicht erhalten konnte. Er aktivierte einen Bekannten, der zufällig an der niederländischen Grenze war, und bat ihn, das entsprechende Insulin in den Niederlanden zu kaufen. Dort war das Medikament ohne Probleme erhältlich!

Im April unterhielt ich mich mit einem Freund, der in Hessen an der Grenze zu Thüringen wohnt. Er hatte nach einer Operation eine Entzündung im Kiefer. Er erzählte mir von seinen Bemühungen, um ein verschriebenes Antibiotikum zu bekommen. In einer Apotheke meinte eine Apothekerin, daß in der Region Scharlach ausgebrochen sei. Ihr traten die Tränen in die Augen, weil sie

nicht ausreichend Antibiotika hätten, um erkrankte Kinder zu versorgen. Mir wären sicherlich all diese Informationen entfallen, wenn ich nicht selbst ein Schlüsselerlebnis gehabt hätte. Ich mußte mehr als 14 Tage auf ein einfaches Standardmedikament warten. Die Apothekerin sprach sarkastisch von „Lieferengpässen“ der Pharmaindustrie. Sie meinte, daß angeblich die Zulieferungen aus China und Indien für die Pharmaindustrie fehlen würden. An dieser Aussage sei jedoch zu zweifeln. Im Internet werden Listen der nicht verfügbaren Medikamente veröffentlicht. „Die Arzneimittel-Importeure warnen vor einer Knappheit an Medikamenten etwa gegen Krebs, Hepatitis C oder bei HIV.“ Engpässe gebe es bei ca. 480 Medikamenten. Das meinte das ZDF am 24.4.23.¹ Weil Herstellern und Importeuren ein Preisnachlaß von 20 % aufgezwungen würde, würden die Medikamente in andere Länder geliefert. „Einige Hersteller brächten knapp werdende Medikamente eher in Märkte, in denen sie höhere Erträge erlösten.“

„Die Krankenkassen sind im Rahmen ihrer Rabattverträge nicht bereit, genug dafür zu bezahlen.“ „Die Erhöhung der Rabatte für neue Medikamente erfolgte im Zuge des Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenkassenversicherung. Mit diesem Beschluß der Ampelkoalition sollen Milliarden in die Kassen der gesetzlichen Krankenkassen gespült werden, die zuletzt ein Defizit von 17 Milliarden Euro eingefahren hatten.“ Die Schulden der Krankenkassen sind u.a. auf die Fehlentscheidungen der CDU-/SPD-Vorgängerregierung während der Corona-Pandemie zurückzuführen. Der Gesundheitsminister meinte:

Der Grund für das „historische Defizit“, wie Lauterbach es nennt, über die 17 Milliarden Euro, die Krankenkassen für 2023 erwarten, ist folgender: „Wir haben in der letzten Legislatur die Leistungen für gesetzlich Versicherte erheblich verbessert. Das kostet“, erklärt Lauterbach das Finanzloch, das nun gefüllt werden muß. Zudem werde der Bundeszuschuß um zwei Milliarden Euro erhöht, heißt es weiter. Außerdem soll ein Bundesdarlehen

von einer Milliarde Euro vorgesehen sein. Zuletzt wolle man mehr Geld einsparen, was konkret Ärzte und Ärztinnen, Apotheken und die Pharmaindustrie betreffen wird. Letztere soll einen Solidaritätszuschlag in Höhe von einer Milliarde Euro zahlen, berichtet die Nachrichtenagentur AFP.² Es lassen sich folgende Schlußfolgerungen für die „Lieferengpässe bei Medikamenten“ ziehen:

Die Pharmamonopole wollen maximale Preise/Profite für Medikamente erzielen und steuern die Verknappung der Medikamentenbereitstellung durch ihr Verhalten künstlich. Ausgangspunkt für diese Misere sind die hohen Verluste der Krankenkassen während der Corona-Pandemie, die auf Fehlentscheidungen und dem Ausfall von Krankenkassenbeiträgen basieren. Die Politik der gegenwärtigen Regierung versucht einerseits die Verluste der Krankenkassen durch Preissteuerung/-reduzierung für Medikamente zu erreichen. Andererseits wurden die Krankenkassenbeiträge für 2023 erhöht.

Bereits in der der DDR lernten jeder Schüler und jede Schülerin, daß im Kapitalismus politische Lobbyisten permanent die Preisregularien von Angebot und Nachfrage manipulieren, um maximale Profite zu generieren. Dazu nutzen sie Lügen, Halbwahrheiten, das Weglassen der Wahrheit und die Ausschaltung von Konkurrenten sowie Provokationen zu Krisen und Kriegen. Aus solchen Machenschaften resultieren Verknappungen von Rohstoffen und Waren sowie deren Verteuerungen. Über diesen Weg erzielen die international agierenden Monopole ihre Maximalprofite zum Nachteil der Völker und der Volkswirtschaften. Das aktuelle Beispiel für diese Politik ist der Stellvertreterkrieg in der Ukraine und seine Auswirkungen.

Dr. Ulrich Sommerfeld

1 <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/arzneimittel-medikamente-knapp-mangel-100.html>

2 <https://www.merkur.de/leben/geld/krankenkassenbeitraege-2023-erhoehung-rekord-lauterbach-grund-spahn-reformen-kritik-zr-91862980.html>

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats August!

Zum 96. Geburtstag

Helmut Fleischhauer (Buchholz i. d. N.) am 18. August

Zum 95. Geburtstag

Harry Machals (Schwerin) am 26. August

Zum 94. Geburtstag

Sonja Moldt (Berlin) am 5. August

Zum 92. Geburtstag

Manfred Gimlott (Eichwalde) am 17. August

Zum 91. Geburtstag

Georg Haus (Neubrandenburg) am 20. August

Zum 90. Geburtstag

Hans-Joachim Zober (Cottbus) am 28. August
Irmgard Geiling (Muldestausee) am 31. August

Zum 85. Geburtstag

Ernst-Leo van Elsberg (Strausberg) am 3. August
Dr. Ulryk Gruschka (Luckenwalde) am 13. August

Zum 80. Geburtstag

Dr. Peter Nitze (Luth. Wittenberg) am 19. August
Marianne Fernholz (Koblenz) am 29. August

Zum 75. Geburtstag

Erich Jannausch (Aschersleben) am 6. August
Jürgen Meyer (Chemnitz) am 9. August
Walter Praher (Arnsberg) am 13. August
Manfred Pestel (Gera) am 17. August

Zum 70. Geburtstag

Jürgen Keil (Bitterfeld/Wolfen) am 17. August
Manfred Pietschmann (Bergen) am 30. August

Zum 60. Geburtstag

Frank Ehrhardt (Potsdam) am 20. August

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

„Mit revolutionären Grüßen“

Postkarten der Hamburger Arbeiterbewegung 1900–1945 für eine Welt ohne Ausbeutung, Faschismus und Krieg

Der Titel des Buches wirft bei vielen Leserinnen und Lesern sogleich die Frage auf: Kann man denn die Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung ausschließlich mit Postkarten darstellen? Dieser Frage haben sich die 37 Autoren gestellt, unter ihnen Geschichtswerkstattler, Forscher und bekannte Historiker wie Dr. Rita Bake, Dr. Henning Fischer, Silke Makowski, Michael Joho, Dr. Claus Deimel, der Industriehistoriker Sven Bardua, der bekannte Sporthistoriker Werner Skrentny und der kürzlich verstorbene Literaturhistoriker Wolfgang Beutin. Heraus kam dabei ein Sammelband mit 60 Beiträgen, der zwar keine Chronik der sozialen Bewegungen in der Hansestadt ersetzen kann, aber ein vielseitiges Bild von der konfliktreichen Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung entwirft, wobei die ganz unterschiedlichen Sichtweisen der Autoren im Band keineswegs nivelliert werden. So sind Beiträge von Autoren enthalten, die sich einem sozialistischen, sozialdemokratischen, anarchistischen oder pazifistischen Geschichtsbild verpflichtet fühlen. Sie widmen sich Wehr-, Kultur/Sport- und Musikverbänden, die der SPD oder der KPD nahestanden, beleuchten einzelne Aspekte wie die Arbeiterfotografie, den proletarischen Tanz, die Frauenbewegung, die Opfer der Polizeigewalt, die Kriegsgefahr, den Hoym-Verlag und vieles mehr. Einzelschicksale vertiefen den Blick auf die Hamburger Verhältnisse, etwa über Etkar André, Paul von Schoenaich oder die jüdischen

Schauspieler Dolly Haas und Sigi Arno. Auch die Jahre von 1933 bis 1945 sind durch eindrucksvolle Postkarten aus der Haft, von Beschlagnahmungen und Flüchtlingsgeschichten gut dokumentiert.

Ergänzt werden die Darstellungen durch Exkurse über das Gängeviertel, das Gewerkschaftshaus, über Hamburgs drei Heine-Denkmäler, das heute so umkämpfte Bismarck-Denkmal, die abgerissene Bornplatzsynagoge, über das Stadthaus (einst Gestapozentrale) und – im Anhang – über Hamburger Persönlichkeiten, die wegen ihres Widerstands gegen den Faschismus durch die Herausgabe von Briefmarken gewürdigt worden sind.

Für viele friedensbewegte Leser dürfte von Interesse sein, daß schon damals der Hamburger Hafen Deutschlands größter Umschlagplatz für den internationalen Handel mit Kriegsgütern und Waffen war. Mutige Arbeiterfotografen haben im März 1932 die Verladung von Waffen fotografiert, die mit dem Dampfer „Coblenz“ verschifft wurden und für die japanischen Truppen in China bestimmt waren.

Im Vorwort des liebevoll und übersichtlich gestalteten und auf angenehm lesbarem matten Kunstdruckpapier gedruckten Buchs schreibt Meinhard Meuche-Mäker, die Geschichte der Arbeiterbewegung „ist in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur von Lebendigkeit, Tatkraft und großen Erfolgen gekennzeichnet. Das allgemeine Wahlrecht – auch für Frauen – und der Achtstundentag mögen als Beispiele dienen. Sie ist auch von Repression gegen sie und ihrer Niederlage vor dem Faschismus geprägt.“

Diese Geschichte ist vielfältig, aber auch sehr kontrovers erforscht und beschrieben worden. Um sie nach vielen Jahrzehnten und auch für Jüngere besser nachvollziehbar werden zu lassen, als es manch historischer Fachaufsatz kann, lohnt der Blick auf Details.“ Die Autorinnen und Autoren „greifen anhand zeitgenössischer Postkarten jeweils eine Facette lokaler Hamburger Geschichte heraus. Sie beschreiben sie, erläutern die Entstehungsbedingungen und bereiten sie verständlich auf. Spannend ist die Darstellung insbesondere deshalb, weil sie ein für damalige Verhältnisse modernes Medium vorstellt: die Postkarte und die ihr zugrundeliegende Nutzung der Fotografie. Deren zunehmende Nutzung, verbunden mit der Selbstermächtigung bislang ausgeschlossener sozialer Gruppen sowie einer nicht-bürgerlichen Bildpolitik führte zu ihrer massenhaften Verbreitung. Stellvertretend für das beginnende Medienzeitalter werden in den vorliegenden Beiträgen Formen einer visuellen Massenkommunikation beschrieben, die bislang weitgehend unberücksichtigt geblieben sind. Sie sind aber, wie Walter Benjamin es formulierte, ‚Monumente eines Geschichtsbewußtseins‘ derjenigen, die sie nutzten.“ Viele Beiträge werden abgeschlossen und ergänzt durch Tips „zum Weiterlesen“ – zusammengefaßt ergeben diese Hinweise eine eigene kleine Bibliographie zum Thema des Buches.

René Senenko (Hg.): „Mit revolutionären Grüßen“. Postkarten der Hamburger Arbeiterbewegung 1900–1945 für eine Welt ohne Ausbeutung, Faschismus und Krieg. VSA-Verlag, Hamburg 2023, 280 S., 24,80 €

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Juli

■ Regionalgruppe Halle

Am 4. Juli um 15 Uhr spricht Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel zum Thema: **„Die Umwelt- und Klimapolitik der Bundesregierung“**

Ort: Begegnungszentrum „Zur Fähre“, Böllberger Weg 150, 06128 Halle

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 6. Juli um 16 Uhr spricht die Politikerin Prof. Dr. Christa Luft zum Thema: **Von der Zeitenwende zum Epochenumbruch – Symptome, Kritik und Schlußfolgerungen für linke Politik**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Rostock

Am 8. Juli um 10 Uhr – Mitgliederversammlung

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Dresden

Am 29. Juli um 10 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Die vierte Teilstreitkraft: Bürgerliche Medien im Krieg gegen Rußland und China**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am 12. August um 10 Uhr spricht **Horst Jäkel** zu seinen 15 herausgegebenen DDR-Zeitzeugenbüchern und deren Autoren – (Bücherkauf möglich)

Ort: Gaststätte Lindenhof, Lindenstraße 4, 15741 Bestensee, OT Pätz

■ Regionalgruppe Gera

Am 19. August um 14 Uhr spricht die Autorin **Erika Seidenbecher** zum Leben und Werk von Bertolt Brecht aus Anlaß seines 125. Geburtstages

Ort: Gaststätte „Geraer Höhlenfest“, Steinweg 1, 07545 Gera

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 23. August um 18 Uhr spricht Dipl.-Philosoph Siegfried Kretzschmar zum Thema: **Die Massenpsychologie des Faschismus und die Rolle der AfD**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

Im August

■ Regionalgruppe Dresden

Am 12. August um 10 Uhr spricht Dr. Werner Knoblich zum Thema: **Was bedeutet Sozialismus heute?**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

Presselandschaft in der DDR

Natürlich liegt es auf der Hand, sich über die Manipulations- und Verdummungspraktiken sowie vor allem über die außer Rand und Band geratene Kriegshysterie in den bundesdeutschen Leitmedien zu erregen und zu empören, wie Ulrich Guhl aus Strausberg das im Mai-Heft tat. Und es ist auch geboten, wo und wie wir Alten es vermögen, dem mittlerweile allseits vergifteten Totschlagargument „Wie in der DDR“ öffentlich entgegenzutreten, weil mit ihm jegliche Kritik sowohl an den obwaltenden Zuständen in der Gesellschaft als auch in den sie prägenden Medien unterdrückt und in ihr Gegenteil verkehrt wird. Dabei ist es allerdings unerheblich, ob die Schreiber in der DDR gelebt oder sie erlebt haben oder nicht. Sie wissen vielmehr, was sie in diesen Fällen zu tun haben. Ich fragte mich allerdings beim Lesen dieser erfrischend zornigen Klarstellung, ob dem Autor des Beitrags die qualitative und quantitative Vielgestaltigkeit unserer Presse wirklich noch so präsent ist. Seinen Pauschalurteilen über die „eintönige Medienlandschaft in der DDR“ oder die „recht farblose DDR-Presselandschaft“ möchte ich mein eigenes Erleben entgegenstellen.

Sicher, man muß nicht gleich aus dem Stand erzählen können, daß bereits Ende der 60er Jahre, obwohl Papier immer knapp und die Kontingente stets umkämpft waren, mehr als 500 Zeitungs- und Zeitschriftentitel mit einer Gesamtauflage von über 400 Millionen Exemplaren verlegt wurden (Quelle: Die DDR stellt sich vor, Verlag Zeit im Bild, Seite 227). Jede Partei und Massenorganisation gab ihre eigene Tages-, Wochen- bzw. Monatszeitung heraus. Von Angelsport bis Volkshelfer, nicht zu vergessen die Jüngsten, denen Bummi, ABC-Zeitung, Mosaik und Trommel ans Herz gewachsen waren. Die Medienwissenschaftlerin Mandy Tröger hat vor nicht allzu langer Zeit (pikanterweise in den USA und auf Englisch) eine ganze Doktorarbeit allein über den Raubzug geschrieben, den die Westverlage bereits 1990

starteten, um in den Besitz allein der SED-Bezirkszeitungen und der anderen Regionalblätter zu gelangen, deren Namen z.B. auf „...Neueste Nachrichten“ endeten. Diese hatten damals traumhafte Abonnentenzahlen von gut 200 000 bis 600 000. Soll „Farblosigkeit“ und „Eintönigkeit“ so sehr begehrt gewesen sein?

Und dabei habe ich noch nicht mal die Wochenpost mit dem riesigen Annoncenteil (vor allem Heiraten weiblich/männlich) oder den gleichermaßen launigen wie bildenden Feuilletons von Heinz Knobloch erwähnt, auch nicht das prickelnde, monatlich erscheinende Magazin. Beide gehörten besonders an den Kiosken zur Bückware, ohne die Abonnentenzahlen erhöhen zu dürfen. Nicht zu reden von den anderen Publikums- oder Modezeitschriften wie Für Dich, NBI, Sybille, PRAMO oder gar das Satireblatt Eulenspiegel mit der Funzel, dem Abendblatt für trübe Stunden. Selbstredend weiß ich, in welche Wunde Ulrich Guhl gewissermaßen sein Salz streuen wollte, und es gehört zu den vielen Merkmalen eigenen Versagens, in wesentlichen Fragen der Informationspolitik und Meinungsbildung die jedem Journalistik-Studenten schon im 1. Studienjahr vermittelten ethischen Werte Wissenschaftlichkeit, Wahrhaftigkeit und Parteilichkeit wissentlich unterlaufen oder gar mißbraucht zu haben.

Das gehört zur Wahrheit, klar. Allerdings wäre es unzulässig, deshalb die gesamte Branche pauschal zu verdammen, was Ulrich Guhl auch gar nicht tut. Das wäre sonst eine Beleidigung einer Berufsgruppe, die sich wahrlich nicht schonte, damit die Leserschaft – wie Hermann Kant im „Impressum“ schrieb – ein bißchen klüger aus der Zeitung komme, als sie hineingegangen sei. Kann man das z.B. der im Geist von Siegfried Jacobson, Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky weiter verbreiteten Weltbühne oder dem Sonntag à priori absprechen? Ich meine, erst recht die besonders nachhaltig das geistig-kulturelle Leben abbildende, prägende und in den Kämpfen der

Zeit kritisch begleitende Magazine, wie Sinn und Form, Neue Deutsche Literatur, Theater der Zeit, Musik und Gesellschaft oder Bildende Kunst, haben den Schriftsteller auch in bezug auf die Leserinnen und Leser inspiriert, an die Journalisten des Landes u.a. zu appellieren: „Zeig ihnen das Verborgene im scheinbar Vertrauten. Reiß ihnen die Welt auf ... füg einen Buchstaben mehr in ihr Alphabet, führ sie auf Augenweiden, verklapse sie nie, bescheiße sie nie ... zeig das lustige Leben und sorg für ein lustiges Leben und tu deinen Teil, daß wir alle am Leben bleiben.“ (H. Kant, Das Impressum, Rütten & Loening, Berlin 1972 - 3. Auflage 1973, S. 379 f.) Und wenn ich auch gut 25 Jahre lediglich als Redakteur, Reporter und Moderator im DDR-Rundfunk (Deutschlandsender/Stimme der DDR) gearbeitet habe, war es doch die meiste Zeit – von wegen der „Farblosigkeit“ – auf der „Bunten Welle“, und zwar mit Serien zum Recht im Alltag, Blumen- oder Gartentipps. Und monatlich ging es zwischen Saßnitz und Suhl bei „Wir über 60“ rund in Veteranenklubs der Volkssolidarität. Selbst wenn irgendwo Hühner grüne Eier legten, war das mein Thema ebenso wie, um ein Beispiel zu nennen, die noch in den 70/80er Jahren in England mögliche Prügelstrafe an den Schulen.

Torsten Preußing
Berlin-Marzahn

Wir gratulieren

Olaf Westphal

Vorsitzender der „RotFuchs“-Gruppe Nördliches Vorpommern, herzlich zu seinem 70. Geburtstag am 24. Juli. Für das weitere Zusammenwirken mit allen linken Verbündeten der Region wünschen wir Dir, lieber Olaf, Kraft und Gesundheit.

Vorstand und Redaktion



Eine starke Stimme aus der Opposition!

„Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat“ Rosa Luxemburg

Žaklin Nastić ist unzufrieden mit dem Zustand der Gesellschaft, der Welt und ihrer Partei. Als menschenrechtspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion hat sie ebenfalls tausende Gründe zur Klage. Doch Jammern und Barmen helfen nicht weiter, sagt sie, Tränen trüben nur den Blick. In einer sachlichen Bestandsaufnahme setzt sie sich polemisch mit der Gegenwart auseinander, insbesondere damit, wie hierzulande mit moralischen Kategorien Außenpolitik gemacht wird. Sie spricht über die rot-grüne Regierungspolitik, die opportunistischen

Verrenkungen ihrer Partei, die Heuchelei von Christdemokraten und Liberalen. Sie tut dies kritisch. Aber nicht defätistisch und resignativ, sondern – trotz berechtigter Empörung – immer in der Überzeugung, daß Veränderung möglich ist. Dazu braucht es aber Mehrheiten, für die sie streitet. Auf der Straße wie im Parlament.

Žaklin Nastić, *Aus die Maus. Der Blick von unten auf die da oben*, Verlag Das Neue Berlin, 192 Seiten, 16 €, ISBN 978-3-360-02756-8

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Der 9. November 1918

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

9. November 1978

Neunzehnhundertachtzehn wehte auf dem Berliner Schloß, dem Prunksitz der Hohenzollernmonarchie, die rote Fahne der Arbeiterklasse. Unter dem Jubel einer vieltausendköpfigen Menschenmenge hatte sie Karl Liebknecht anstelle der Kaiserstandarte hissen lassen. Zur gleichen Zeit bereitete sich im belgischen Kurort Spa Wilhelm II., deutscher Kaiser und König von Preußen, zur Flucht nach Holland vor. Das monarchistische Regierungssystem hatte in Deutschland ausgespielt.

Nicht einmal fünf Jahrzehnte vermochte sich das mit Blut und Eisen zusammengeschiedete deutsche Kaiserreich der Hohenzollern zu behaupten. Vergeblich hatte Reichskanzler Bismarck versucht, durch das sogenannte Sozialistengesetz die revolutionäre Arbeiterbewegung zu unterdrücken und ihre Führer August Bebel und Wilhelm Liebknecht, den Vater von Karl Liebknecht, mundtot zu machen.

Nur wenige hatten dieses rasche Ende vorausgesehen und Friedrich Engels Glauben geschenkt, der schon 1887 voraussagte, daß die preußisch-deutsche Hohenzollernmonarchie das Reich in einen Weltkrieg hineinführen und am Ende sich selbst ruinieren werde. Der maßlose Expansionsdrang des deutschen Monopolkapitals, das sich am liebsten alles Land zwischen der französischen Kanalküste und dem Kaukasus unterworfen und ein riesiges Kolonialreich in Zentralafrika errichtet hätte, fand in Wilhelm II. einen eifrigen Verfechter. Er trug wesentlich dazu bei, daß im Sommer 1914 der erste Weltkrieg entfesselt wurde. Als formeller Oberbefehlshaber des deutschen Heeres bevollmächtigte Wilhelm noch im Frühjahr 1918 die Generäle Hindenburg und Ludendorff, in einer schon kritischen Lage alles auf eine Karte zu setzen: Die letzten deutschen Reserven sollten zur Unterwerfung des inzwischen von der Revolution erfaßten Rußlands und zu opferreichen Durchbruchschlachten in Nordwestfrankreich aufgeboden werden. Doch die endgültige Katastrophe ließ nicht lange auf sich warten.

Zwar konnte dem revolutionären Rußland im März 1918 der Raubfrieden von Brest-Litowsk aufgezwungen werden, doch eine Million deutscher und österreichisch-ungarischer Soldaten reichte nicht aus, um den Widerstand in den besetzten Gebieten zu

brechen. Und an der Westfront kostete die sinnlose Verlängerung des Krieges einer halben Million auf deutscher Seite das Leben oder die Gesundheit. Die materielle und personelle Überlegenheit der Westmächte



Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/19. Autorenkollektiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1978, 454 S., 856 Abb.

wurde immer sichtbarer und zwang das deutsche Heer schließlich zum überstürzten Rückzug.

In höchster Not veranlaßten Hindenburg und Ludendorff am 29. September 1918 den Kaiser zu einer politischen Kursänderung. Der als liberal und verständigungsbereit geltende Prinz Max von Baden wurde zum neuen Reichskanzler an Stelle des ganz von den Generälen abhängigen Grafen Hertling berufen und mit der sofortigen Einleitung von Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen beauftragt. Das kam einer Kapitulation gleich. Angesichts der zusammenbrechenden Front und der wachsenden Unruhe in der Heimat hatten namhafte Großindustrielle wie Hugo Stinnes und andere die Forderung erhoben, zu retten, was noch zu retten war

und sich allen „Ballastes“ zu entledigen. Ihnen ging es ausschließlich um die Sicherung ihrer Profitquellen.

Ein anderer Flügel der Reaktion – hohe Militärs – wollte hingegen „bis zur letzten Patrone“ kämpfen. Die maßgebenden Generäle im Großen Hauptquartier zu Spa waren sich der aussichtslosen Lage bewußt. Sie entwickelten den hinterhältigen Plan, die neue Reichsregierung, in der auch führende Sozialdemokraten vertreten waren, mit der Verantwortung für die Niederlage zu belasten, sie – wie General Ludendorff zynisch formulierte – die Suppe auslöffeln zu lassen. Kaum hatte Prinz Max von Baden den amerikanischen Präsidenten um die Vermittlung von Frieden und Waffenstillstand ersucht, da erklärte die hohe Generalität, man könne durchaus noch weiterkämpfen. Damit hatte aber Ludendorff – der führende Mann in der Obersten Heeresleitung – den Bogen überspannt. Er wurde durch General Groener ersetzt.

Die Seekriegsleitung, die sehr wohl wußte, daß England bei einer deutschen Kapitulation auf Auslieferung der Flotte bestehen würde, ließ sich durch Ludendorffs Absetzung nicht beirren. Sie bereitete sich in der zweiten Oktoberhälfte auf eine Verzweiflungsschlacht gegen die übermächtige englische Hochseeflotte vor, um die Friedensverhandlungen zu durchkreuzen. Daß dabei alle deutschen Schiffe mit vielen tausend Matrosen untergehen könnten, wurde bewußt einkalkuliert.

In der deutschen Arbeiterbewegung verfolgte man diese Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit. Durch die Tatsache, daß die rechten sozialdemokratischen Führer seit August 1914 die Kriegskredite bewilligt und die Lüge vom aufgezwungenen Verteidigungskrieg übernommen hatten, war der klassenbewußte Kern des Proletariats in seinem Kampf gegen Imperialismus und Krieg zeitweilig gelähmt worden. Doch schon seit Dezember 1914 fand Karl Liebknecht, der im Reichstag die verbrecherische Kriegspolitik der deutschen Imperialisten und Militaristen entlarvt hatte, wachsende Zustimmung.

Unter dem Eindruck der siegreichen Februarrevolution 1917 in Rußland, die zum Sturz des Zarismus geführt hatte, kam es auch in Deutschland zu einer großen Streikbewegung gegen Hunger und Krieg. Wenig später – im Sommer 1917 – rebellierten erstmalig Matrosen der deutschen Hochseeflotte.

Die Unruhen wurden brutal unterdrückt und mit Todesstrafen gegen die Führer des Matrosenaufstandes, Köbis und Reichpietsch, geahndet. Im Januar 1918 versuchten die deutschen Linken, dem Beispiel der Bolschewiki zu folgen und den Krieg noch vor der großen Katastrophe zu beenden. Ihrem Aufruf, durch Massenstreik allgemeine Friedensverhandlungen nach sowjetischem Vorschlag zu erzwingen, folgten mehr als eine Million Rüstungsarbeiter. Dieser gewaltige Januarstreik konnte jedoch durch reformistische Sozialdemokraten, die in den Streikleitungen waren, abgewürgt und von den Polizei- und Militärorganen unterdrückt werden.

Aus diesen Erfahrungen wurden Schlußfolgerungen gezogen. Auf der Oktoberkonferenz der Spartakusgruppe, die den Führungskern der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung bildete, faßte man den Beschluß, mit allen Mitteln die Beendigung des Krieges zu erzwingen und die Revolution vorzubereiten. Zu den ersten Zielen gehörte die Befreiung aller eingekerkerten Revolutionäre, unter ihnen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Ein wesentlicher Programmpunkt war die Beseitigung des monarchistischen Regierungssystems, um die Bahn für eine wirkliche Demokratisierung des Staatswesens frei zu machen.

Das Oktoberprogramm der Spartakusgruppe fand die Zustimmung immer größerer Teile der Arbeiterklasse. Es vollzog sich eine allgemeine Linksorientierung. Auch die sogenannten Zentristen, die zwischen rechts und links schwankten und im April 1917 eine eigene Partei, die Partei der „Unabhängigen Sozialdemokraten“ (USPD) gebildet hatten, rafften sich zu entschlosseneren Kampfaktionen gegen den Krieg und die Monarchie auf.

Das alles hinterließ besonders in der Flotte starken Eindruck. Die Matrosen stammten größtenteils aus der Arbeiterklasse, viele waren vor dem Krieg als Facharbeiter tätig gewesen. Sie hatten ständig den Klassenunterschied zu den Offizieren vor Augen. Als sie die Vorbereitungen zur Todesfahrt gegen die englischen Flotte sahen, beschlossen die kampftschlossensten unter ihnen zu handeln: Heizer rissen das Feuer aus den Kesseln, ganze Schiffsbesatzungen weigerten sich, den Befehlen der Offiziere weiterhin Folge zu leisten oder kehrten nicht mehr vom Landurlaub zurück. Zwar gelang es dem Flottenkommando an den beiden letzten Oktobertagen, die Ruhe und Ordnung auf den Schiffen einigermaßen wiederherzustellen – zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen –, aber an eine Seeschlacht war nicht mehr zu denken. Die in der Wesermündung versammelten Geschwader mußten in ihre Heimathäfen beordert werden.

Für die Matrosen gab es kein Zurück mehr. Sie hatten das Schicksal ihrer Kameraden vom Sommer 1917 vor Augen und kannten den Vernichtungswillen der Admiralität. Als das dritte Flottengeschwader nach Kiel zurückkehrte, wurde die Verbindung zur dortigen Werftarbeiterschaft hergestellt, die schon am Januarstreik beteiligt gewesen war. Es kam zu gemeinsamen Protestversammlungen gegen den Krieg. Am Nachmittag

des 3. November, einem Sonntag, eröffneten Militärpatrouillen auf Befehl reaktionärer Offiziere das Feuer auf Demonstranten. Es gab viele Tote und Verwundete, unter ihnen Frauen und Kinder. Der Terror der Reaktion war das Signal zum bewaffneten Aufstand. In der Nacht zum 4. November bildeten sich Matrosen- und Arbeiterräte, brachten die Matrosen die Schiffe in ihre Hand und hißten die rote Fahne.

In Kiel hatte die Revolution begonnen; sie breitete sich mit Windeseile über ganz Deutschland aus. Vielerorts waren es heimkehrende Matrosen, die das revolutionäre Feuer durchs Land trugen. Sie fanden einen wohl vorbereiteten Boden. Die Haupttriebkraft der Revolution war die Arbeiterklasse, die zunächst auf lokaler Ebene einheitlich handelte. Ihre Energien, ihre revolutionären Bestrebungen fanden vor allem in der Rätebewegung Ausdruck. Überall im Land wurden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet – Organe der realen Machtausübung. Vielerorts wurden reaktionäre Beamte abgesetzt, konterrevolutionäre Truppen entworfen. In zahlreichen Betrieben übernahmen Arbeiterräte die Produktionskontrolle. Sie bildeten bewaffnete Formationen zur Verteidigung der Revolution.

Binnen weniger Tage stürzten die deutschen Fürstenthronen. Schon am 7. November hatte die Revolution München erfaßt und zur Absetzung des bayrischen Königs geführt. Auch der Herzog von Braunschweig und die Thüringer Fürstlichkeiten mußten ihre Abdankung erklären. Nur der Hohenzollernthron schien noch gut gesichert; denn in Berlin hatten die kaiserlichen Polizei- und Militärbehörden starke Machtmittel konzentriert. Der Kaiser allerdings hatte sich schon im Oktober unter dem Schutz der Obersten Heeresleitung nach dem belgischen Badeort Spa begeben. In der Umgebung des Prinzen Max von Baden und im Parteivorstand der SPD hoffte man, ihn persönlich zur Abdankung bewegen und so wenigstens die Hohenzollernmonarchie retten zu können. Wenn die Revolution vorüber war, sollte ein Enkel Wilhelms II. zum Kaiser gewählt werden.

Die Arbeiter und Matrosen, denen sich immer mehr Soldaten anschlossen, wollten jedoch reinen Tisch machen. Sie waren mißtrauisch gegenüber sozialdemokratischen Beschwichtigungsversuchen geworden; viele sahen im monarchistischen Regierungssystem die Ursache allen Übels. Diese Stimmung im Volk machten sich führende Vertreter der Monopolbourgeoisie zunutze, die bereitwillig den Kaiser als Sündenbock zu opfern gedachten, obwohl er letzten Endes nur ihr Willensvollstrecker gewesen war. Auch General Groener begann sich mit dem Gedanken zu befreunden, daß man unter Umständen Wilhelm II. fallen lassen könnte. Die rechten sozialdemokratischen Führer sahen darin geradezu die einzige Rettungsmöglichkeit für die Monarchie. Aber die unmittelbaren Berater des Kaisers in Spa lehnten eine Abdankung ab. Sie hofften noch immer, Berlin würde der Revolution widerstehen.

Auf Drängen der Spartakusgruppe, insbesondere des aus dem Zuchthaus befreiten Karl Liebknecht, entschlossen sich jedoch am

8. November die Vertrauensleute der Berliner Arbeiterschaft, den offenen Kampf in der Reichshauptstadt trotz der anwesenden starken Militär- und Polizeikräfte aufzunehmen. Der Aufruf zum Generalstreik und zum Marsch ins Regierungsviertel wurde in allen Betrieben befolgt. Als am Vormittag des 9. November die Arbeitermarschkolonnen die Kasernen am Rande der Innenstadt erreichten, gingen die Soldaten zu ihnen über, wurden die Offiziere kurzerhand entwaffnet. Die Polizei war schon vorher von den Straßen verschwunden. Auch in Berlin hatte also die Revolution zunächst gesiegt. Reichskanzler Prinz Max von Baden resignierte und übergab die Regierungsgeschäfte dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Ebert. Zuvor hatte er noch mehr oder minder eigenmächtig die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen bekanntgegeben.

In Spa war man über die Vorgänge in Berlin genau informiert. General Groener hatte 50 Offiziere von den verschiedenen Armeen ins Hauptquartier kommen lassen, damit sich der Kaiser vergewissere, daß ihn auch das Heer nicht mehr retten konnte und wollte. In der Nacht zum 10. November floh Wilhelm II. bei Nacht und Nebel ins neutrale Holland. Mit dem Verlust der Kaiserkrone hatte er sich abgefunden – König von Preußen wollte er bleiben. Auch das war jedoch unmöglich geworden.

Am Nachmittag des 9. November erschien Karl Liebknecht, der sich beständig unter den marschierenden Arbeitern und Soldaten befunden hatte, am Berliner Schloß. Vor dessen Portal, das zu DDR-Zeiten das Staatsratsgebäude zu Ehren dieses Ereignisses schmückte, erklärte er: „Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloß jahrhundertlang gewohnt haben, ist vorüber ... Durch dieses Tor wird die neue sozialistische Freiheit der Arbeiter und Soldaten einziehen. Wir wollen an der Stelle, wo die Kaiserstandarte wehte, die rote Fahne der freien Republik Deutschland hissen!“ In seiner berühmten Rede vom Balkon des Schlosses aus warnte er jedoch auch davor zu glauben, daß die ganze Arbeit bereits getan sei. Man habe nur das Alte niedergedrückt und müsse nunmehr alle Kräfte anspannen, „um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen“.

Die Mahnung Liebknechts war nur zu berechtigt. Sowohl in der Berliner Reichskanzlei als auch im Großen Hauptquartier zu Spa wurden bereits Pläne geschmiedet, wie durch ein enges Zusammenwirken von rechten sozialdemokratischen Führern und kaiserlichen Generälen die Revolution abgewürgt werden konnte. Die entscheidende Auseinandersetzung um die Machtfrage stand noch aus. Wer würde den Klassencharakter der erkämpften Republik prägen: die Arbeiter- und Soldatenräte als Interessenvertreter des Proletariats oder die von allen bürgerlichen Parteien und auch von der SPD-Führung angestrebte Nationalversammlung? Obwohl die Volksrevolution im ersten Ansturm bedeutende Erfolge erringen konnte, war die entscheidende Frage, die Machtfrage, an jenem 9. November noch offen.

Von der Wertform zur Zeitform der Arbeitszeit-Rechnung

In beiden Fällen handelt es sich um eine Arbeitszeit-Rechnung, aber ihre jeweiligen Formen, über die sie vollzogen werden, drücken einen Unterschied in gesellschaftlicher Hinsicht aus. Im Kapitalismus = Wertbestimmung (der Produkte, die dadurch zu Waren werden), im Kommunismus = Zeitbestimmung, aber jetzt der Arbeitszeit im Arbeitsprozeß der Produkte selbst.

Auf jeden Fall war der Übergang von der Wertform zur Zeitform der Arbeitszeit-Rechnung eine Frage des realen Sozialismus von Anfang an. Allerdings kam es nicht zu einer wirklichen Klärung dieser Frage.¹ Wenn wir sie ausgiebig und gewissenhaft diskutieren und wenigstens einer Klärung näherbringen, könnte sie aber noch immer das Interesse verbliebener sozialistischer Länder wecken bzw. der Arbeiterbewegung weltweit überhaupt. In der DKP wird sie diskutiert, wie einem Tagungsplan der Marx-Engels-Stiftung vom Juni 2023 zu entnehmen ist.²

Thema war diese Frage bereits bei Marx und Engels. Marx war geradezu kompromißlos, was das Ende der Wertform betrifft: Er formulierte zwar zwei Perioden des Kommunismus, bestimmte aber für beide Perioden: „...ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit *als Wert* (kursiv von Marx) dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft“. (Gothaer Programmkritik). Engels war der gleichen Meinung und ergänzte: Der Wert (also seine sachliche Darstellung) würde sich „in die Produktion zurückziehen“. Wie ist das zu verstehen? So, daß es jetzt nur noch um eine Zeitrechnung geht, wie sie in der realen Produktion zur Anwendung kommt? Oder ist nur eine Umsetzung *der Wertgrößen* in *Zeitgrößen* gemeint? So daß es im Grunde zweimal um die Wertform der Arbeitszeitrechnung ginge – einmal in Geldmengen, andermal in deren Zeitmengen. Darüber müssen wir uns im Klaren sein, sonst kann eine notwendige Debatte in die Irre laufen.

Richtig ist: Indem wir uns des Unterschieds von Wertform der Arbeitszeit-Rechnung und Zeitform der Arbeitszeit-Rechnung bewußt werden, bestimmen wir einen Unterschied resp. Gegensatz von Warenproduktion/Kapitalismus und Kommunismus. Das hilft auch, die ewigen Debatten um Reformen und Reförmchen in dieser Frage in den sozialistischen Ländern zu klären bzw. würde auch dazu beitragen, Versuchen zu widerstehen, die Zeitform nicht

als eine eigenständige Form der Arbeitszeit-Rechnung zu verstehen, sondern als eine bloße Übertragung der *Wertform in eine Zeitform*. Wie die Wertform der Arbeitszeit-Bestimmung entstanden ist, auch was sie beinhaltet, ist von Marx ausführlich dargelegt worden. Wichtig ist zu wissen, daß die Wertform der Arbeitszeit eine Kategorie des Privateigentums an der Arbeit ist – deshalb auch erfährt die Arbeitszeit in der Wertform eine gegenständliche Form der Darstellung. Und es ist nun zu wissen, daß die Zeitform der Arbeit im Kommunismus keine Kategorie mehr ist, in der Eigentum an der Arbeit Ausdruck findet. Die Zeit wird gebraucht/verbraucht in der Arbeit, aber Eigentum im Kommunismus hat einen anderen Inhalt als geleistete Zeit. (Man eignet Produkte in ihrer Naturalform an, individuell gesehen nur Produkte der Konsumtion, also der Abt. II. Und Produktionsmittel werden nur gesellschaftlich, also allgemein angeeignet; der Mensch eignet Pm an, indem er deren Wirkungen auf die Produktion aneignet). Quantitativ gesehen kommt es in beiden Formen zu einer unterschiedlichen Mengenbestimmung; in der Wertform erfährt die Arbeitszeit – ab der Stunde ihrer geschichtlichen Geburt – eine Durchschnittsbestimmung, und in der Zeitform eben nicht. In ihr ist sie genau, ist sie die wirklich gearbeitete Zeit. Und: Es kommt zu einem anderen Mengenbezug in der Zeitform der Arbeitszeit-Rechnung als in der Wertform der Zeitberechnung.

Man muß hier davon ausgehen, daß individuelle Arbeit (und so fing Arbeit ja an) von unterschiedlicher Produktivkraft ist, die selben Waren besaßen damit unterschiedliche individuelle Wertgrößen. In der Realität hat sich also ein Wert herausgebildet, der eine *Durchschnittsgröße* der individuellen Wertgrößen war. Das hat sich fortgesetzt, als die Warenproduktion zur kapitalistischen Form fortschritt. Zusätzlich kam zum Unterschied an Produktivkraft nun noch der Unterschied an organischer Zusammensetzung hinzu – die Wertform entwickelte zur kapitalisierten Wertform. Ursprünglich nur gebildet durch den jeweils aktuellen Arbeitsprozeß, wandelte der reine Wert zum Produktionswert, oder, wie Marx sagte, zum Produktionspreis. Die Wertgröße wurde erweitert durch die in den lebendigen Arbeitsprozeß eindringende gegenständliche Arbeit; laut Marx setzte sich jetzt die Wertform zusammen aus C = übertragene schon vergegenständlichte Arbeit, plus Wertbildung durch hinzugesetzte lebendige Arbeit. Da der Wert im Kapitalismus einer Warenproduktion nicht vom Arbeiter angeeignet wird, sondern von diesem nur in Teilmengen = V, verbleibt ein Wertteil, den der Kapitalist aneignet = M. Also spaltet die Wertform in einen Gegensatz auf: C+V+M. Damit entsteht ein Problem für die quantitative Bestimmung der Wertform: V- und M-Teile sind noch (oder könnten noch) anhand der geleisteten Arbeitszeit bestimmt werden. Aber wie bestimmt man C der Zeit, hier also der Wertform nach? C-Teile der Waren

gehen doch unterschiedlich der Zeit wie der Waren nach in den aktuellen Arbeitsprozeß ein. Manche C-Teile sofort und absolut (Rohstoffe), andere erst nach 5, 10 (Maschinen) oder gar 30, 40 Jahren (Gebäude zum Beispiel). Der Kapitalismus findet einen Kompromiß. Er bestimmt eine durchschnittliche Abnutzungsdauer der C-Teile, sagen wir = 10 Jahre, und überträgt diese Größe sukzessive in die Wertgrößen je Ware. Die Wertform, obwohl Wiedergabe der Arbeitszeit, widerspiegelt die Zeit ungenau.

Und die Zeitform? Sie mißt nur die reale in jeweiligen Betrieben aufgewendete Zeit und hier immer bezogen auf die Arbeitsgänge für bestimmte Produkte. Am klarsten tritt das hervor bei Arbeit nach Arbeitsnormen – Stück = Zeit-Arbeit. Hier allerdings nicht unter dem Gesichtspunkt der Löhne. Wieviel Lohn auf eine Stunde gezahlt wird, hat mit der Stunde, die gebraucht wird, eine bestimmte Arbeit für ein Produkt auszuführen, nichts zu tun. Der Lohn ist – im Kommunismus – ein Bezug auf die Produktion von Konsumtionsgütern, also ein natürlicher, kein Zeitbezug. (Das wurde im realen Sozialismus übersehen, besonders in den Reformversuchen). Und wie wird/wurde quantitativ gesehen der Einsatz/Verbrauch an gegenständlicher Arbeit im Kommunismus Sozialismus in der Zeitform der Arbeitszeitrechnung bestimmt? Überraschende Antwort: Bei ihrer ureigenen realen Produktion. Zeit ist Zeit in der Produktion, und damit kein Gegenstand von Übertragung (siehe Engels). Die Zeitform muß als Trennung bzw. als das geschichtliche Ende der Kapitalformel C+V+M verstanden werden. C+V+M hätte im Sozialismus/Kommunismus abgeschafft werden müssen!³

Wie lösen die Nichtproduzenten der gegenständlich übertragenen Arbeit die Rationalität im Gebrauch/Verbrauch der gegenständlichen Arbeit? Ganz einfach. Indem sie die C-Teile *gezielt nach dem Gebrauchswert aneignen*, aber eben nicht nach deren Zeit. Auch Gebrauchswerte können als solche rational angeeignet werden. Man muß nicht um ihre Arbeitszeit außerhalb ihrer Arbeit wissen, fortgetragen in den Produkten. Rohstoffe also nach dem Bedarf der aktuellen Produktion, Maschinen ebenso nach diesem Bedarf, und alle sonstigen notwendigen Pm (Gebäude z. B.) für dann einen längeren Zeitraum; deren Gebrauch ist sowie so nicht aktuell per Zeit bestimmbar. Sind die längerfristig eingesetzten Pm abgenutzt, werden sie ersetzt, aber nicht nach oder in einer vorherbestimmten Zeit – wie sie die Wertform praktiziert. Die Zeitform der Arbeitszeitrechnung ist ... ganz sparsam in der Aufnahme und Wiedergabe von Zeitfaktoren. Der Kapitalismus aber überzieht – wie immer.

Hermann Jacobs
Berlin

1 Weil im Sozialismus noch das Geld erhalten blieb und Produkte über Geld erworben wurden. Aber war das Geld im Kommunismus noch von Wertform? Nein, Geldmengen, die nicht mehr variieren nach Wertmengen, sind kein Geld mehr im Sinne einer Wertform der Produkte. Sie sind ... Kaufmittel, Berechtigungsscheine, so wie es Theaterbillets auch sind. Aus dem Erhalt der Geldform den Erhalt noch der Wertform zu folgern, ist unwissenschaftlich. Wertform unterstellt Bewegung nach dem Wert.

2 Deshalb auch dieser Beitrag.

3 Klingt fast wie Rückkehr in die Urzeit der Menschheit, als die Wertform auch nichts als die lebendig geleistete Arbeit widerspiegelte – aber nur fast!

Für das Leben – für den Frieden

Vor 80 Jahren wurde das Nationalkomitee Freies Deutschland gegründet

Im Mai 1989 übergab der Minister für Kultur der DDR, Dr. Hans-Joachim Hoffmann, anlässlich der Tage der Kultur der DDR in der UdSSR eine DEFA-Dokumentation mit dem Titel „Ich, Sohn des deutschen Volkes, schwöre ...“ für das Museum der deutschen Antifaschisten in Krasnogorsk bei Moskau. In den Filminterviews kamen 13 namhafte deutsche Antifaschisten zu Wort, deren Wirken mit der Gründung im Juli 1943 und der Tätigkeit des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) auf das engste verbunden war, unter ihnen die Gründungsmitglieder Heinz Keßler, Heinrich Homann und Heinrich Graf von Einsiedel. Auf einer Veranstaltung in der Moskauer DDR-Botschaft wurde die Filmdokumentation damals der sowjetischen Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Streifen aus dem DEFA-Dokumentarfilmstudio wurde im Auftrag der Ministerien für Kultur der DDR und der UdSSR gedreht. Bisher konnte nach umfangreichen Recherchen nur eine VHS-Kopie gefunden werden, die sich im Krasnogorsker Museum befindet, dessen Gründung 1985 an historischer Stelle erfolgte. Am dritten Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion, am 22. Juni 1943, wurde ein Vorbereitungskomitee gebildet, dessen Vorsitz der Schriftsteller Erich Weinert übernahm, bevor am 12. und 13. Juli im Krasnogorsker Mechanischen Werk die Gründungskonferenz des Nationalkomitees Freies Deutschland stattfand, an der rund 300 deutsche Kriegsgefangene und kommunistische Emigranten teilnahmen. Die Idee zur Gründung einer Sammlungsbeziehung, in der Kommunisten gemeinsam mit gefangenen nationalbewußten Wehrmachts-offizieren und Soldaten gegen den Faschismus agieren sollten, war u. a. in der politischen Abteilung der Roten Armee entstanden, politisch aber durch die Volksfrontpolitik der Komintern in den 30er Jahren vorbereitet worden. Das galt auch für den im September 1943 durch deutsche Generale gegründeten „Bund Deutscher Offiziere“. Weil sich die höheren deutschen Offiziere der Teilnahme am NKFD zunächst verweigerten, wurde Mitte September 1943 in Lunjowo der Bund ins Leben gerufen. Präsident wurde der General der Artillerie Walther von Seydlitz, der sich gemeinsam mit drei weiteren deutschen Generälen nach Stalingrad zum Kampf gegen Hitler entschlossen hatte.

Aus einem Dokument des Washingtoner Nationalarchivs ist heute bekannt, daß auch Stauffenberg wenige Tage vor dem Attentat vom 20. Juli 1944 gegenüber dem engsten Kreis seiner Mitstreiter erklärte, er stehe in Verbindung mit General von Seydlitz und dem Freien Deutschlandkomitee in Moskau. Entscheidend für die Gründung des NKFD war aber die Lage auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges. Die Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad im Februar 1943 hatte die entscheidende Wende gebracht. Mit dem Sieg in der Schlacht am Kursker Bogen im Juli/August 1943 übernahm die Rote Armee zudem die strategische Initiative. Für die sowjetische Führung war nun

der Zusammenschluß aller Hitlergegner von zentraler Bedeutung. Militärisch stand dabei die Eröffnung einer zweiten Front in Westeuropa im Vordergrund. Auf der geheimen Konferenz von Casablanca im Januar 1943 hatten sich aber US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premierminister Winston Churchill darauf geeinigt, sie auf 1944 zu verschieben. Josef Stalin kritisierte das entsprechend scharf, sah aber, daß die Sowjetunion wie schon 1939 vor der Frage stand: Wie kann eine Atempause gewonnen werden? Wie können neue Verbündete unter den gegnerischen Kräften gefunden werden? Nach allem, was heute bekannt ist, ging die Initiative zur Gründung des NKFD von Stalin persönlich aus.

Nach dem Beschluß der Kommunistischen Internationale zur Auflösung am 15. Mai 1943, der zum 10. Juni wirksam wurde, begannen sowjetische Organe damit, binnen weniger Wochen das NKFD ins Leben zu rufen. Das waren insbesondere die 7. Abteilung der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee sowie die Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) der UdSSR. Ab August 1943 war das NKFD dann in einem ehemaligen Erholungsheim der sowjetischen Eisenbahnergewerkschaft im kleinen Sonderlager Lunjowo untergebracht. Parallel wurde in Moskau im sogenannten Institut Nr. 99 ein Nationalkomitee eingerichtet, das unter den deutschen Kriegsgefangenen „Stadtkomitee“ hieß. Die NKFD-Gründung wäre ohne den Sieg in Stalingrad und den Kriegsverlauf nicht möglich gewesen. Stalingrad hatte der antifaschistischen Bewegung in den Kriegsgefangenenlagern und den in der Emigration wirkenden antifaschistischen und kommunistischen Widerstandskräften enormen Auftrieb gegeben. Zum einen stieg die Anzahl der deutschen Kriegsgefangenen sprunghaft an, zudem war den deutschen Soldaten in Stalingrad vor Augen geführt worden, daß sie von der Führung Nazideutschlands keinerlei Unterstützung zu erwarten hatten.

Daran erinnerte auch das DDR-Fernsehen, das am 26. Juli 1989 die Dokumentation „Man nannte sie Verräter“ der Chronos-Film GmbH Berlin (West) ausstrahlte. Der Film untersucht die Motive derer, die 1943 in der Sowjetunion für die Bildung eines breiten Bündnisses gegen Faschismus und Krieg eingetreten waren. Historische Dokumente wechselten dabei mit Interviews. Zeitzeugen, wie die Gründungsmitglieder des NKFD, Bernt von Kügelgen (DDR) und Heinrich Graf von Einsiedel (BRD), erinnerten sich. Auf den Vorwurf reaktionärer Kreise in der BRD, die NKFD-Mitglieder seien Verräter gewesen, antwortete im Film Bernt von Kügelgen: „Sie waren Patrioten, und die Geschichte hat ihnen recht gegeben.“ Das NKFD gab die Wochenzeitung „Freies Deutschland“, die Illustrierte gleichen Namens und zahlreiche zentrale Flugblätter heraus. Es betrieb den Radiosender „Freies Deutschland“ und setzte Lautsprecherwagen an den Fronten

ein. Hier erhoben unter anderen die Funktionäre der KPD Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht und Anton Ackermann, die Schriftsteller Willi Bredel, Johannes R. Becher, Erich Weinert, Friedrich Wolf und Gustav von Wangenheim, die Generale Otto Korfes, Martin Lattmann, Vincenz Müller, Rudolf Bamler, Walther von Seydlitz und Friedrich Paulus ihre Stimme. Zu den Aktiven gehörten die Offiziere Heinrich Homann, Luitpold Steidle, Bernhard Bechler, Herbert Stößlein, Karl Hetz, Graf von Einsiedel und Jesco von Puttkammer, die Soldaten Max Emmendorfer, Hans Goßens und Leonhard Helmschrott und auch die katholischen Geistlichen Kayser, Ludwig und Mohr sowie die evangelischen Pfarrer Schröder, Sönnichsen und Oberkonsistorialrat Dr. Krummacher. Der bei der Gründung des NKFD zum Leitmotiv erhobene Grundsatz „Für das Leben – für den Frieden“ hat bis zum heutigen Tage nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Die DDR integrierte in den 50er Jahren zunehmend das NKFD in die offizielle Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand. Ein Ausdruck dessen war nicht zuletzt die Gründung der heute fast unbekanntenen „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“ (AeO) im Januar 1958, die sich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit vor allem der Kritik an der Militärpolitik der BRD widmen sollte. In einer Beschlußvorlage des Politbüros der SED vom Februar 1957 war zudem als Aufgabe festgelegt worden, „auf die ehemaligen Offiziere in Westdeutschland, insbesondere auf die Offiziere der Bundesarmee einzuwirken“. Dazu gab die AeO ein Mitteilungsblatt heraus, das in beiden deutschen Staaten verbreitet wurde. 1971 wurde es wieder eingestellt.

1984 regte Erich Honecker an, anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus ein Museum deutscher Antifaschisten in Krasnogorsk zu errichten. Das Museum ist heute eine Abteilung des Zentralmuseums des Großen Vaterländischen Krieges in Moskau. Im Frühjahr dieses Jahres wurde eine Ausstellung über die „Zentrale Antifaschistische Schule 1943 bis 1949“ eröffnet, die dem 80. Jahrestag dieser Schule gewidmet ist. Ein rekonstruiertes Klassenzimmer aus der Zeit, Fotografien und seltene Dokumente sind Zeugnisse der Ereignisse, die vor 80 Jahren hier stattfanden. Präsentiert werden auch seltene Fotografien aus der Eröffnung des Gedenkmuseums deutscher Antifaschisten im Jahr 1985.

Ende 1943 veröffentlichte auch das Lateinamerikanische Komitee Freies Deutschland eine Publikation „Deutsche, wohin?“ mit allen Reden und Erklärungen von den Gründungsversammlungen des NKFD und des Bundes Deutscher Offiziere. Einleitend schrieb Paul Merker: Das NKFD werde „von kommenden Generationen als das Morgengrauen der Freiheit verherrlicht werden, das auf die schwärzeste Nacht nazistischer Knechtschaft und Schande folgte, in die Deutschland versunken war“.

Dr. Michael Polster
Berlin

Das NKFD und meine Erinnerungen an Begegnungen mit Frontbeauftragten

Am 22. Juni 1941 überfiel Deutschland mit seinen Verbündeten der „Achse Berlin-Rom-Tokio“ wortbrüchig die Sowjetunion auf einer breiten Front von über 1000 Kilometern Länge. Die deutsche faschistische Militärwalze wurde erst vor Moskau, am Don und im Januar 1943 in Stalingrad gestoppt. Damit wurde die militärische Wende im Großen Vaterländischen Krieg eingeleitet. Sie war der Anfang vom Ende des Hitler-Regimes und zugleich das Jahr des von Goebbels ausgerufenen „totalen Krieges“. Dieser „Nazi-Amok-Lauf“ war der Versuch zu retten, was noch zu retten ist. Um diesem Wahnsinn ein Ende zu setzen, fanden sich in der Sowjetunion lebende deutsche Antifaschisten und in Kriegsgefangenschaft geratene Wehrmachtangehörige zusammen und gründeten am 12./13. Juli 1943 in Krasnogorsk bei Moskau das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD). Unter ihnen waren Arbeiter und Schriftsteller, Soldaten und Offiziere, Gewerkschafter und Politiker, Menschen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen.

Mit eindringlichen Worten wandten sie sich in ihrem „Manifest“ an die noch kämpfenden deutschen Truppen und das deutsche Volk, dem Morden der Nazi-Maschinerie ein Ende zu bereiten.

Die sowjetischen Behörden und die Rote Armee unterstützten die Arbeit des NKFD. Vertreter des Komitees wurden als Bevollmächtigte an die Fronten geschickt, um über die Ziele des NKFD aufzuklären und die deutsche Soldaten zum Anschluß aufzufordern. Auf Wunsch wurden Mitglieder des NKFD hinter der Front der faschistischen Armee abgesetzt, die in der Wehrmacht Widerstandsgruppen aufbauen sollten. In den Kriegsgefangenenlagern leistete das NKFD Aufklärungsarbeit über den Hitler-Faschismus, die nationalen Aufgaben des deutschen Volkes, über die UdSSR, die deutsche und internationale Arbeiterbewegung und den Marxismus. Das NKFD verfügte auch über eine eigene Zeitung und den Sender „Freies Deutschland“, der bis in die USA zu hören war. Sie berichteten über den Kriegsverlauf, verbreiteten die Wahrheit über die faschistischen Greuelthaten und übermittelten Vorschläge und Anweisungen über die illegale Arbeit an den Fronten und im Nazi-Hinterland.

Wenn das NKFD auch nicht vermochte, das Hitler-Regime von innen heraus zu stürzen, so erschütterte doch seine gesamte Arbeit die faschistische Diktatur und bereitete den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte vor.

Im November 1945 löste sich nach der Befreiung am 8. Mai 1945 das Nationalkomitee auf, da seine Arbeit nun in der sich gebildeten antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront in Deutschland fortgesetzt werden sollte und mußte.

Ich selbst hatte das Glück, mit Soldaten, Offizieren, Angehörigen des Medizinischen

Dienstes und Frontbeauftragten des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ der 6. Armee der Ersten Ukrainischen Front der Roten Armee in Kontakt zu kommen. Meine Begegnungen mit ihnen stellten einen Wendepunkt in meinem Leben dar.

Noch im Dezember 1944 – ich war 15 Jahre alt – erhielt ich meine Einberufung zum Kriegsdienst in der zur „Festung Breslau“ erklärten Stadt meiner Kindheit.

Als Hitler-Junge habe ich diesen Kriegseinsatz in voller Überzeugung und befehlsgerecht unter allen Bedingungen des Krieges um die schlesische Metropole ausgeführt. Ich wurde verwundet und in das als Lazarett dienende Franziskaner-Kloster eingeliefert.

Ich war der Jüngste dort. Als Grünschnabel, der ein aus einem Kochgeschirr gefertigtes Kriegsverdienstkreuz 11. Klasse als Ersatz für das EK erhalten hatte, wurde ich von den meisten nur belächelt. Diesen „erfahrenen“ Kriegern begegnete ich zunächst mit Ehrfurcht, waren deren Auszeichnungen doch Ausdruck ihrer Tapferkeit an der Front, so wie es mir in der Schule und im HJ-Dienst vermittelt worden ist. Immer wieder protzten sie mit ihren „Heldentaten“, für die sie mit Orden „belohnt“ wurden. Sie waren stolz auf ihre Teilnahme an Erschießungen von Frauen, Kindern und Greisen als Vergeltung im „Einsatz gegen Partisanen“ oder an „Säuberungsaktionen“ in polnischen Ghettos. Für sie waren es „Polacken“, „asiatische Schlitzaugen“, „bolschewistische Untermenschen“.

In diesen April-Tagen meines Lazarettaufenthaltes waren die südlichen und westlichen Stadtbezirke Breslau bereits zu 90 % durch Straßen- und Häuserkämpfe zerstört. Parlamentäre der Roten Armee, durch Offiziere des NKFD vertreten, versuchten, das deutsche Festungskommando bzw. Einheits-Kommandeure der Wehrmacht zur Beendigung des sinnlos gewordenen Kampfes aufzufordern. Am 6. Mai 1945 erklärte der Stadt- und Festungskommandant, General Nienos, vor dem Kommandeur der 6. Armee der Ersten Ukrainischen Front, Generalleutnant Suosil, die bindungslose Kapitulation der „Festung Breslau“. Die neue Lage warf Fragen auf, die ich mir selbst nicht beantworten konnte, auch nicht wollte. Sie machte mir Angst. In mir brach eine Welt als begeisterter Hitler-Junge zusammen, obwohl ich die Schrecken des Faschismus in den Monaten von Januar bis Mai 1945 hautnah miterleben mußte. Aber ich wußte nicht, wie es weitergehen sollte.

Eines Tages erhielt ich unerwarteten Besuch. Ein mir Unbekannter, der eine sowjetische Uniform ohne Hoheitszeichen und Dienstrangabzeichen, aber mit einer schwarz-weiß-rot gestreiften Binde am linken Oberarm mit der Aufschrift „National-Komitee Freies Deutschland“ trug, kam in Begleitung einer Nonne und einer Krankenschwester in mein Lazarettzimmer. Er stellte sich als Frontbeauftragter des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ vor und bat um ein Gespräch. Von diesem Mann

war ich nicht nur wegen seines Auftretens, seines relativ jungen Alters, seines Umgangs mit mir fasziniert, sondern weil er mir seinen eigenen Werdegang als Gymnasiast bürgerlicher Herkunft, seiner Hitlerjugend-Entwicklung, seinen Weg vom Soldaten zum Wehrmachtsoffizier, seinen Kriegseinsatz von 1939 an bis zu seiner „Fahnenflucht“ in der Schlacht vor Moskau und seinen Einsatz als NKFD-Frontbeauftragter freimütig geschildert hatte. Ich fragte den Besucher, aus welchen Gründen er gerade mich als Gesprächspartner gewählt hatte, zumal doch jetzt, unmittelbar nach Einstellung der Kampfhandlungen, wichtigere Aufgaben für ihn anständen, als mit einem „verbohrten Hitler-Jungen“ zu sprechen. Seine Antwort: Er habe mich nach dem Lesen der Lazarettinsassenübersicht als Jüngsten hier erkannt und man habe ihm berichtet, daß mich die „alten Kriegshau-degen“ psychisch „fertiggemacht“ hätten. Er sei der Meinung, daß ich als junger Mensch für den Aufbau eines neuen Nachkriegsdeutschlands gebraucht würde. Kurze Zeit später wurde ich in ein anderes Lazarett nach Tabor (CSR) verlegt. Das war eine zum Lazarett des sowjetischen Kriegsgefangenenlagers umfunktionierte und erweiterte Krankenstation, die zuvor als SS-Polizei-Kaserne Tabor gedient hatte. Hier hat man mich gut medizinisch behandelt und wie die Rotarmisten verpflegt. Welch eine Sonderstellung, die ich doch gar nicht verdiente, weil ich bis zuletzt für „Großdeutschland“ in der „Kampfgruppe Hitler-Jugend“ als Melder gekämpft habe. Nach zwei Tagen kam wieder ein Angehöriger des NKFD zu mir und erkundigte sich nach meinem Gesundheitszustand und meiner „Seelenlage“. Er stellte sich mir als der „NKFD-Lager-Beauftragte“ vor. Auch er sagte, daß er als Mitglied des NKFD den Auftrag habe, junge Menschen zu gewinnen, die bereit sind, eine neue Gesellschaft aufzubauen, und wenn es noch so schwer sei. Danach konnte ich an verschiedenen Bildungsveranstaltungen teilnehmen, die für mich nicht nur völlig neu waren, sondern mir auch zu einem anderen Weltbild verhalfen. Besonders die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die Entwicklung des Faschismus in Deutschland, die Geschichte der Völker der Sowjetunion und die des Großen Vaterländischen Kriegs haben mich interessiert. Nach mehreren Monaten der körperlichen und geistigen Gesundung wurde ich Ende Dezember 1945 aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft entlassen. Damit begann für mich ein neuer Lebensabschnitt, mein Weg in die antifaschistisch-demokratische Ordnung im Osten Deutschlands, den ich dank der Begegnung mit NKFD-Beauftragten und Angehörigen der Roten Armee in der Überzeugung gehen konnte, nun einer guten Sache dienen zu können.

Armin Lufer
Oranienburg

Erinnerungen an den 17. Juni 1953: „Mann über Bord“

*Nachfolgend veröffentlicht RF einen der über 30 Texte aus **Walther Victors** (1895 bis 1971) „Memoiren II“. Sie waren nach Victors Tod auf seinen Wunsch für 30 Jahre unter Verschluss, erschienen aber bisher nur einmal komplett in der luxemburgischen Zeitschrift „Galerie“ (2005/2006, deutsch). Herausgeber war der Journalist **Werner Voigt** aus Thüringen.*

Die Sache mit der „Einheitspartei“ als historisches Ereignis mit allen ihren Implikationen zu untersuchen, ist es zu früh. Gewiß wird es einmal sehr interessant sein, die Geschichte dieser Parteienverschmelzung von 1946 rückschauend zu betrachten, politisch, psychologisch, ihrer Wirkung nach außen und nach innen, und dabei die äußerst differenzierten persönlichen Erscheinungen an Beispielen aufzuzeigen. Was ich erlebt habe, ist allzu menschlich. Aber man kann vermutlich nicht den kleinsten Kreis der Beteiligten veranlassen, Erlebnisse und Erfahrungen aus diesem Komplex beizusteuern – sie schweigen und zwar meist aus sehr natürlichen Gründen. Es ist ja auch nicht jedermanns Sache, zu Lebzeiten, ja fast Tag um Tag das eigene innere und zuweilen äußere Erleben niederzuschreiben. Der Journalist-Literat, der immerfort von sich selbst, aus sich selbst schreibt und publiziert, ist wohl der einzige, aus dessen Gesamtaussage sich Bilder schaffen lassen, geeignet für das Gesamtbild. Wie es mit ihm war, das wissen wir, weil er die Tinte nicht halten konnte, und selbst zwischen seinen Zeilen lassen sich dort noch allerlei Dinge herauslesen, die klar auszusprechen er nicht für opportun hielt. Es gab ehemalige Sozialdemokraten, denen man mit Recht und solche, denen man mit Unrecht lange Zeit mißtraute, es gab die für immer Undurchschaubaren und es gab die Widerwarte, die, einmal oben angekommen, alle anderen ehemaligen Sozialdemokraten für unsichere Kantonisten erklärten. Warum sollte es hier weniger menschneln als anderswo?

Der Fall, von dem ich hier berichten will, ist auch jetzt nach genau 15 Jahren ein immerwährender Anlaß von Wissenskonflikten geblieben. Habe ich einem Menschen, der sich vorher lange Zeit als mein Freund bewährt hat, Unrecht getan oder nicht? Es wäre alles anders gewesen, wenn nicht die Geschichte gerade am 17. Juni 1953 explodiert wäre. Ich, der noch heute immer wieder einmal das zwingende Gefühl hat, seiner ehemaligen Eigenschaft als Sozialdemokrat halber mißachtet zu werden, ja hier und da das Opfer „rassischer“ Voreingenommenheit zu sein, habe nie aufgehört, mich zu prüfen, ob ich ein Unrecht getan habe. Es ist zu spät. Nun gut, mein Freund H. hatte immer etwas vom kleinbürgerlichen SPD-Mann an sich. Aber er war ein ausgezeichnete Verwaltungsfachmann bereits in Zwickau gewesen, und es wunderte mich gar nicht, daß

er in der Landesregierung saß, als ich aus dem Exil heimkehrte und ihn nach vielen Jahren wiedersah. Er hat sich in der Art, wie er mir auf den ersten Schritten half, als echter Freund erwiesen. Nur eines bleibt wahr: H. konnte dem vertrauten Freunde nichts darüber vormachen, daß er mit der Vereinigung der Parteien nicht über-



Walter Ulbricht in den 60er Jahren

aus glücklich war. Einzelne Bemerkungen, die er nicht unterdrücken konnte, waren für mich nicht mißzuverstehen. Aber das Schlimmste war der gelegentliche Alkohol und seine Folgen. Unter seinem Einfluß verlor H. alle Hemmungen und machte unerträgliche Fehler. Und es ging dabei meist um einen Menschen, vor dem ich damals den größten Respekt hatte und den ich heute über alles Maß verehere. In den 15 Jahren, seit ich den Freund verlor, hat sich meine Bewunderung für die Leistung, die Hochachtung für den vorbildlichen Genossen, der damals wie heute die SED führte, und den H. geradezu mit seinem Haß verfolgte, nur immer weiter gesteigert. Und ich bin kein unkritischer Beachter meiner Umwelt ... Eines Tages im Frühjahr 1953 mußte ich H. aus meiner Berliner Wohnung herauswerfen. Leider hatte ich etwas zu trinken angeboten. H. hatte seinen Fahrer mit im Zimmer, einen Menschen, den ich in keiner Weise näher kannte, und der, naturgemäß völlig nüchtern, allem zuhörte, auch der – man muß schon sagen – widerwärtigen Art, wie H. Walter Ulbrichts Stimme nachahmte und den erklärten Führer unserer Partei verhöhnte. Das schlug dem Faß den Boden aus. Ich konnte nach Wochen und Monaten H. verzeihen, daß er keinen Alkohol vertrug,

aber niemals, daß er vor diesem Fahrer in meiner Wohnung, so als ob ich seine Gehässigkeiten teilte, über W. U. herfiel. Er selbst oder ein für ihn trauriger Zufall, den er aber mir hätte erklären müssen, so daß seine Nachprüfung möglich war, zog am 17. Juni den endgültigen Schlußstrich. Ich war an dem Tage in die Stadt gefahren und wollte zum Schriftstellerverband. Unter den Linden geriet ich in den Demonstrationzug der ganz und gar unübersehbar von Westberliner Radaubrüdern und Halbstarren angeführten Faschisten. Meinen Wagen hatte ich in einer Nebenstraße, nahe der Staatsbibliothek, warten lassen. Ich wurde laut, über die ganze Straße hinweg, als „vollgefressener Jude“ beschimpft. Ich hörte den ekelhaften Sprechchor-Reim vom „Mann mit den Bart“, der fort müsse. Was ich miterlebte, war die Gegenrevolution in Aktion! Ich ging ins Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft und stellte mich dort der Parteigruppe zur Verfügung. Ich fuhr erst nach Hause, als wir feststellten, daß unsere sowjetischen Freunde in der einzig angebrachten Form die Linden und den Westübergang zum Brandenburger Tor gesäubert und der Sache ein Ende gemacht hatten. Und bei mir zu Hause saß der in Dresden wohnhafte H. und wartete auf mich. „Was machst Du an diesen Tag in Berlin?“, war mein einziges Wort zu ihm. Er konnte es nicht beantworten. Und das war das Ende. Ich habe, soweit ich erinnere, nicht einmal mehr „Raus!“ gesagt. Für mich war ein Mann über Bord. Ich habe ihn nie wiedergesehen. (...) (1968)

Redaktionell geringfügig gekürzt

Der „RotFuchs“ sucht einen neuen Layouter/Gestalter

Unser längjähriger Layouter, Rüdiger Serinek, möchte sich neu orientieren – daher suchen wir zum **nächstmöglichen Zeitpunkt** einen engagierten Grafiker, der Erfahrung und Kenntnisse mit dem Programm „Indesign“ hat. (Satzdatei und alle benötigten Stehsatzgrafiken und Schriften werden bereitgestellt). Natürlich steht Rüdiger Serinek in der Übergangszeit mit Rat & Tat zur Seite.

Der Wohnort spielt keine Rolle. Vorlagen, Korrekturen und Druckdatenversand erfolgen rein digital – per E-Mail und telefonisch.

Bitte melde Dich per E-Mail:

rotfuchskessel@t-online.de



Air Defender 2023: Weiße Nächte, schwarze Tage
„Air Defender 2023“, die gefährlichste Luftwaffenübung seit Bestehen der NATO, protzte vor Stärke, noch bevor sie im Juni überhaupt begann. Bereits im Mai ging das größte Kriegsschiff der Welt, die „USS Gerald R. Ford“, im Oslofjord vor Anker. Der Besuch sollte nach Angaben des norwegischen Militärs dazu dienen, die Zusammenarbeit mit den USA auszubauen. Die Planspiele reichten so weit, daß sogar die Weißen Nächte einen Vorteil für die Manöver versprochen.

Norwegen verfügt über eine 200 Kilometer lange gemeinsame Grenze mit der Russischen Föderation. Der 337 Meter lange Flugzeugträger hat 90 Jets an Bord, die F/A-18 Hornets könnten von dieser Position aus mit 2200 km/h die russische Millionenstadt St. Petersburg in nur 30 Minuten erreichen.

Ausgerechnet St. Petersburg! Hat die Menschheit vergessen, was dieser Stadt angetan wurde? Sämtliche Bauwerke, die zur kritischen Infrastruktur zu zählen sind, bombardierten die Deutschen, bis alles in Schutt und Asche lag. Leningrad wurde umzingelt und belagert, ohne daß Nahrungsmittel, Wasser und lebenswichtige Güter bisherige Zufahrtswege passieren konnten. Sämtliche Militärs waren auf die Vernichtung der riesigen Stadt durch den Hungertod eingeschworen. Die Leningrader Blockade dauerte vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944, also etwa 28 Monate. Geschätzt verloren mindestens 1,1 Millionen zivile Bewohner auf Grund der Blockade ihr Leben, rund 90 Prozent der Opfer verhungerten. Leningrad ist ein Menetekel. Was hier geschah, gilt als eines der eklatantesten Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion.

Die deutsche Regierung übt sich im Vergessen. Vergeblich. Denn Dmitri Schostakowitsch, selbst ein Leningrader, setzte der Tapferkeit, dem Überlebenswillen und dem qualvollen Schicksal der mehr als einer Millionen Opfer ein musikalisches Denkmal. Er widmete seine Leningrader Sinfonie dem Widerstand und dem späteren militärischen Sieg über die deutsche Blockade. Schon während ihrer Entstehung wurde die 7. Sinfonie in Windeseile bekannt, kurz darauf in den großen Konzertsälen der Welt gespielt, und bis heute wirkt sie als Legende fort. Ein Requiem als Abgesang auf Gewalt, Bedrohung und Schreckensherrschaft, laut, schrill, dissonant. Gleichzeitig auch eine Ode auf das Leben, still, zart, fragil, nach innen gekehrt.

Thomas Meister, Berlin

Jugend gibt das Blut, Eltern zahlen das Eisen
Kriegshetze und Rüstungswahn, gegen Frieden, Brot und Wohnen. „Der Schoß ist fruchtbar noch ...“, wie recht hatte Brecht. Auch Schiller: „Das ist

der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend immer Böses muß tun.“ (Die Verschwörung des Fiesco zu Genua)

Heute regiert uns eine Regierung, der es egal ist, was ihre Wähler sagen (Annalena Baerbock). Andersdenkende haben es immer schwerer. Entspannungspolitik werden niedergemacht. Einseitige Momentaufnahmen der „Öffentlichen“ über den Ukraine-Krieg widerspiegeln nicht die Realität von Ursache und Wirkung. Was brachten all die Kriege der USA und NATO nach 1945 den Menschen in Vietnam, Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien ...? Freiheit, „westliche Werte“? Was immer Politiker und Profiteure der Kriegsführenden darunter verstehen. Die Ziele der UN-Charta (25.6.1945) werden demontiert und ersetzt durch „Wertegemeinschaft“.

Mein Vater kam mit den letzten Verwundeten-transporten aus dem Stalingrader Kessel, von meinem Schwiegervater sind zwei Brüder (bei Kiew und auf der Krim) beerdigt. Mein Sohn Jörg hatte sich als Zeitsoldat für die Friedenssicherung zur NVA verpflichtet. Im Mai 1990 haben wir im Wehrkreiskommando Perleberg seine Verpflichtung zurückgezogen. Er sollte nicht als NATO-Soldat in den Krieg gegen andere Völker ziehen. Der zuständige Oberstleutnant damals meinte: Die NVA und die Bundeswehr bleiben bestehen und es gibt keine Osterweiterung. Genscher hätte es schließlich zugesichert: „Es gibt keinen Grund dafür.“ Die Realität sah anders aus. Fritz Reuter begrüßte die Reichsgründung 1870/71, schrieb aber auch in einem Brief: „Schade, daß die Jugend das Blut gibt und die Eltern das Eisen bezahlen.“ Was für eine Parallele im Gleichnis! Frage an alle Mütter: Welche Kriegsziele der NATO/EU unterstützen wir durch die Duldung der Preistreiberei und den Einsatz des Lebens unserer Kinder? Frieden wollen auch meine Freundinnen in Riga, Petersburg und Dnepropetrowsk. Werden wir lauter im Kampf gegen die Kriegstreiber!

Rita Schwarzenberg, Ludwigslust

Damals wie heute: Rußland ist der Feind

Seit 1990 ist der Krieg in Europa wieder da. Auch für uns Deutsche kommt er immer näher. Die einseitige tägliche Berichterstattung durch die Medien beschränkt sich auf die Verteufelung Rußlands und den Beitritt neuer Mitglieder zum NATO-Pakt. Das war für mich Anlaß, in der Kriegsgeschichte meiner Familie herumzukramen und zugleich über die deutsch-russischen Beziehungen nachzudenken. Der Großvater meiner Frau (väterlicherseits) fiel 1915. Mein Großvater (mütterlicherseits) fiel 1918 in den Argonnen. Der erste Ehemann meiner Mutter fiel 1940 in Frankreich. Die erste Ehefrau meines Vaters starb 1940 in Gurs, im größten Internierungslager auf französischem Boden. Mein Bruder Werner, Jahrgang 1921 kämpfte 1939 bis 1945 in der Auslandsarmee der CSR gegen Nazideutschland. Der ältere Bruder meines Vaters, Onkel Hans, soll in der Wehrmacht die Dienststellung eines Oberzahlmeisters bekleidet haben. Seltsam? Vielleicht. Und doch irgendwie typisch deutsch!

Das Gejammere von Baerbock, Pistorius und Co. über die ungenügende deutsche Kriegsvorbereitung erreicht mittlerweile die Ausmaße der Jahre vor 1914. Allerdings heißt die zentrale Losung zur Mobilisierung der Massen heute nicht mehr „Der Dreizack gehört in unsere Faust“, sondern etwas schlicht „Zeitenwende“. Eine gigantische Maschinerie zur Verschleuderung des Volksvermögens in der Hochrüstung läuft sich jetzt warm.

Die Kriegshetze und Kriegsgewinnler möchten nicht nur verstärkt schwere Waffen und Munition liefern, sie beabsichtigen, die Waffenfabriken gleich vor Ort in der Ukraine zu bauen. Bei der Firma Rheinmetall freut man sich bereits auf die Extraprofite. Schon wird der Umbau der deutschen Wirtschaft auf Kriegswirtschaft gefordert. Vor mehr als 100 Jahren war mein Vater in derselben Gegend im Einsatz, in der jetzt der Krieg wieder tobt. Damals ging es um den „Siegfrieden“. Gelegenheiten zu „Heldentaten“ und zum Sterben gab es reichlich. Der fähigste russische General Brussilow hatte 1916 mit seiner Gegenoffensive begonnen. Nur wenige Jahre später sollte auch im Kurlandkessel bis zum Endsieg gekämpft werden. Im Frühjahr 1916 wurde die Schwadron von Wilhelm Knapp bei Kowel am Stochod eingesetzt. Auf Befehl Kaiser Wilhelms II. waren die Kavallerieregimenter 1915 an die Ostfront verlegt worden. Die Alldeutschen Verbände von Politik, Industrie und Großgrundbesitz hatten schon die Kriegsziele im Osten formuliert. Entlang noch genauer festzulegender Grenzen beabsichtigte man, den Vielvölkerstaat Rußland wie eine Zwiebel auseinander zu schälen. Vordergründig ging es natürlich, ähnlich wie heute, um „Schutz“ und „Unabhängigkeit“ der am Rande innerhalb und außerhalb des eurasischen Großstaates lebenden Polen, Litauer, Letten, Esten, Georgier, Finnen u.a. Die neu entstehenden Staaten würden dann in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum zu einem politisch-militärischen Block unter Führung des „Reiches“ zusammengeschlossen werden. Natürlich standen auch schon die Vertreter deutscher Fürstentümer zur Übernahme leitender Posten in diesen Staaten bereit. Bei der Aufspaltung Rußlands war der Ukraine eine besondere Rolle zgedacht.

Auch eine Einheit der Oldenburger Dragoner war in dieser Region noch bis Ende Januar 1919 im Einsatz. Die Drahtzieher der OHL haben im Raubfrieden von Brest-Litowsk den Staat Ukraine geschaffen. Riesige Mengen von Getreide und Schweinefleisch aus der Ukraine sollten schließlich helfen, den Krieg im Westen zu gewinnen.

Jan Knapp, Jena

USA und NATO gegen Rußland

Die „westlichen“ Krieger wollen nicht verhandeln, sondern „siegen“. Erst geht es gegen Rußland, dann gegen China.

Es herrscht Goldgräberstimmung in den Kreisen des Großkapitals in Erwartung der Reichtümer Rußlands. Derweil wird den Menschen tagtäglich eingebläut: Dieser Krieg ist richtig und notwendig. Viele, die davon überzeugt sind, daß der „Westen“ von Güte beseelt ist, glauben daran.

Diese Propaganda wird seit 100 Jahren gegen die junge Sowjetmacht, später die UdSSR und jetzt Rußland betrieben und hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Rußland verteidigt sich gegen die Weltherrschaftsansprüche des „Westens“. Es ist wieder einmal entscheidend für die Geschichte, wie dieser Kampf ausgeht.

Werner Engelmann, Lahr

Panzer unter der Fahne von Nazikollaborateuren

Im Bundestag, dem demokratisch-freiheitlichen Parlament, weiß niemand von deutschen Panzern unter faschistischer Symbolik. Nein, es sind nicht die gemeint, die 1941 gen Moskau für den Sieg rollten. Es sind die deutschen „Leopard“, die heute siegen sollen in der Ukraine. Politiker bis zum Verteidigungsminister wissen davon nichts,

wollen davon nichts wissen oder lügen einfach weg, was ihnen in ihre Wahrheit nicht paßt. Es steht im Volksvertreterhaus auch niemand auf und hat den Mut es auszusprechen. Einer der Linken hat zumindest die Frage danach gestellt. Die Antwort enthielt vorgegebene Unwissenheit und dazu noch Spott und Häme. Eben typisch deutsch, wenn es um deutsche Geschichte geht. Wenn es in irgendeiner entferntesten Ecke nur nach etwas Russischem riecht, etwas russisch scheint, dann ergeht ein kollektiver Aufschrei, und alle kennen plötzlich Feind und Geschichte. Ist das nicht merkwürdig? Ist das deutsches Verständnis von Demokratie, Freiheit, Menschenrechten und einem Rechtsstaat? Es ist nie ein anderes gewesen. Das wissen und erfahren wir heute, wo die Masken fallen, die Schweigenden wieder schweigen, die Wissenden gefallsüchtig die Lügen nicht Lügen nennen, jeden Weg in jeden Krieg mitgehen und irgendwann, wenn noch möglich, von alledem nichts gewußt haben wollen, niemand ihnen etwas gesagt habe, sie auch nie etwas hören wollten. Sind das wieder die letzten Anzeichen oder gibt es auch noch das andere Deutsche, das Deutsche des Friedens, des Verstandes, der Vernunft, der Moral und des Wissens um Ursachen und Hintergründe von Krieg und Faschismus?

Roland Winkler, Aue

Zermürbungsschlacht in Bachmut

Die MOZ (23.5.23) veröffentlichte einen Beitrag „Hoffen auf einen Sinn“. In diesem Beitrag wird deutlich, Bachmut ist ein „Lehrstück“ für eine Zermürbungsschlacht. Tot und Wahnsinn sind Alltag. Ein Freiwilliger, 25, aus Deutschland kämpft gemeinsam mit „ukrainischen Verteidigern“. „Viele sind keine Menschen mehr“, sagt ein Kompaniechef der Territorialverteidigung. Der Deutsche jedoch betont, Krieg mache ihm Spaß. „In Bachmut hat er elf Feinde (Moskowiter) getötet“, so der Autor der MOZ und hebt hervor: „Der Deutsche hat das Zeug zu dem, was man einen Helden nennt.“ Ist man da ganz bei Baerbock und Scholz? Scholz will einen „gerechten Frieden“ für ein Ukraine-Gebiet in den Grenzen von 1992. Ein Gebietsanspruch ohne die dazugehörigen Menschen? Das bedeutet die Vertreibung der Menschen im Donbass und auf der Krim. Das wird Kiew, auch mit aller westlichen Hilfe, nicht gelingen. Das hat nichts mit Frieden, schon gar nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Doch Bachmut hat Wunden gerissen, gezeigt, daß dort das Leben der Menschen „nicht mehr wert ist als eine Kalaschnikow-Kugel“.

Ernst Jäger, Panketal

Scholz' Ablenkungsmanöver

Olaf Scholz, seines Zeichens Bundeskanzler, äußerte: „Rußland muß verstehen, daß es nicht darum gehen kann, eine Art kalten Frieden zu schließen – indem etwa der nun bestehende Frontverlauf zur neuen ‚Grenze‘ zwischen Rußland und der Ukraine wird. Das würde Putins Raubzug nur legitimieren.“

Die Art dieses Kommentars gegen einen Frieden entlarvt die imperiale Denkweise des Oberhauptes eines Satellitenstaates, der demütig auf Washingtons Stärke setzt. Natürlich wird der eigene Raubzug gegen Rußland, der seit langem geplant wurde, auf diese Weise gedeckt. Er wird einfach Rußland unterstellt. Historisch Vergeblichen und Unwissenden kann dies kaum auffallen. Aber es war Rußland, das bis 1945 bis

in den Iran hinein Gebiete von den Faschisten befreite, indem es sie besetzte und den Gegner vernichtete. Auch in Asien hat es die Japaner auf fremden Territorien vernichtet, indem sie diese militärisch besetzte. Doch von Raubzug war da nicht die Rede, denn den befreiten Völkern wurden eigene Perspektiven eröffnet. In Übereinstimmung mit den Vereinbarungen der Siegerkoalition war auch der Osten Deutschlands besetzt worden, wo dann die DDR entstand.

Seit der Wahl Putins zum russischen Präsidenten wurden die friedlichen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen Europas, an der Spitze Deutschland, in großen Dimensionen zum gegenseitigen Vorteil entfaltet. Dabei hatte die USA mit ihrem, nicht selten aggressiven, Handelsstil das Nachsehen. Zu keiner Zeit gab es Anzeichen für einen Raubzug durch Rußland.

Die Forcierung der Ausbreitung des NATO-Militärbündnisses entgegen allen Versprechen und Vereinbarungen, der Jugoslawienkrieg, wie auch der Raubzug gegen den Irak, gegen Libyen und Syrien wurden kritiklos nicht nur hingenommen, sondern unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terror von deutscher Seite unterstützt.

Es ist mehr als eine dumme Dreistigkeit, nun die Worte „Putins Raubzug“ zu formulieren. Es ist pure Heuchelei und Demagogie zugleich. Denn die Tatsachen sprechen eine andere Sprache und die Raubzüge der deutschen Geschichte sind hier noch gar nicht erwähnt. Nur werden sie von der Öffentlichkeit versucht fernzuhalten. Doch ein Blick in die vom ukrainischen Regime-Einfluß befreiten Gebiete macht deutlich, daß diese dem Raubzug des Westens entzogen und wieder normalen sozialen und staatlichen Verhältnissen zugeführt werden. Solche hat es mindestens seit neun Jahren nicht mehr dort gegeben.

Wollte die deutsche Bundesregierung wirklich Frieden, hätte sie ihn längst schaffen können. Verteidigungsminister Pistorius hat im Bundestag auf die Frage, warum er durch Beendigung der Waffenlieferungen nicht zum Ende des Krieges beitragen wolle, dem Fragesteller geantwortet: „Das Ende der Waffenlieferungen heute wäre das Ende der Ukraine morgen. Das können Sie wollen, wir nicht.“ Der Trick an dieser im ersten Anflug originellen Antwort ist, daß ein Ende des Krieges mit dem Ende der Ukraine wahrheitswidrig gleichgesetzt wird.

Tatsächlich wäre ein Ende des Krieges heute mit dem Ende oder aber sicherlich mit dem erheblichen Verlust des Einflusses des Westens in der Ukraine verbunden. Denn ein Ende des Krieges wird für Rußland Sicherheitsgarantien beinhalten müssen, die eine sichere, also auch NATO-freie, atomwaffenfreie und nichtfaschistische Ukraine einschließen. Das Ende des Krieges mit dem Ende der Ukraine gleichzusetzen, obwohl Rußland dies zu keinem Zeitpunkt erklärte, ist demagogisch und dient der von den USA angeführten Kriegsmaschinerie.

Rußland hat jedoch klar und unmißverständlich begründet, daß eine Ukraine in heutiger politischer Verfaßtheit, insbesondere mit der antirussischen Hauptzielrichtung, als Grenznachbar nicht hinnehmbar ist.

Renato Lorenz, Berlin

Vertuschungspolitik

Eine der Hauptaufgaben der bürgerlichen Massenmedien besteht heute darin, die tiefe Widerspruchlichkeit des imperialistischen Systems zu vertuschen. Und je länger der Krieg in der Ukraine mit seinen qualvollen Wechselfällen anhält, desto

mehr muß sich diese Meisterschaft perfektionieren. Um die Privilegien der Kapitalisten in einem Prozeß ständiger Verlagerung imperialistischer Schwergewichte der führenden Nationen zu erhalten, sind in Deutschland ihre Schleppenträger Scholz und Pistorius gezwungen, aufs Aggressivste auf dem derzeitigen Kriegstheater – ein Ausdruck von Clausewitz – aufzutreten.

Heinz Ahlreip, Hannover

Baerbocks Werte sind hohle Worte

„Regelbasierte Weltordnung“, Peter Nowaks Artikel im Juni-Heft erinnert mich an eine der Attacken der deutschen Außenministerin. Annalena Baerbock hatte den türkischen Staatschef Erdogan für dessen Pose auf einem Gruppenfoto mit den Präsidenten Rußlands und des Irans kritisiert. Die Türkei als NATO-Staat gebe der Ukraine militärisch „massive Unterstützung“ und sei auch am jüngsten Abkommen zur Sicherung ukrainischer Getreideexporte beteiligt, merkte sie an. „Deswegen ist mir dieses Foto mehr als unverständlich, gerade aus Sicht eines NATO-Mitglieds.“ Die Konstellation auf dem Bild zeige zudem, wie wichtig es sei, „daß wir mit Wertepartnern zusammenstehen“, die „an die internationalen Regeln nicht nur glauben, sondern für sie eintreten“.

Solche Anflüge holt Peter Nowak auf den Boden der Tatsachen zurück: „Durch die Betonung ideeller Werte wollen Staaten ihre ökonomische Schwäche ausgleichen.“ Darüber hinaus bleibt zu fragen: Wertepartner? Welche Werte? Baerbocks Werte sind hohle Worte.

Bruno Neumann, Würzburg

Die Vogue kommt Jahodas Gurkengrün auf die Spur

Lutz Jahodas Gedicht in der Juni-Ausgabe führt mich direkt auf die Laufstege dieser Welt. Dort kokettiert eine Sekundärfarbe – Grün. Mal zeigt sie sich monochrom, dann mit Blättern, schrillen Grafiken, wildem Animal-Print und in der Ukraine vorzugsweise als Tarnanzug. Einige Nuancen kommen einem gleich in den Sinn, wie Hellgrün, Dunkelgrün, Pastellgrün, Blaugrün, Gelbgrün, Mintgrün, Graugrün, Neongrün, Zitronengrün, Apfelgrün, Erbsengrün, Moosgrün, Grasgrün, Tannengrün, Birkengrün, Froschgrün. Früher mochte ich Salbeigrün oder die tiefe, intensive Farbe des sibirischen Chromdiopsids. Das alles ist nun tabu für mich.

Egal, was die sogenannten Grünen anziehen, sie tragen nur noch Braun zur Schau. Vielleicht sind sie ja vergeblich oder farbenblind? Ebenfalls tabu, weil ich den Ochsenfrosch mit seinem olivgrünen T-Shirt, geziert vom Emblem der Streitkräfte, nicht mehr ertrage. Seine haßerfüllten Videobotschaften, seine penetranten Forderungen nach „schweren“ Waffen kann er sonst wem in die Ohren säuseln. Laut Vogue läßt er für sein präsidiales „Kostüm“ drei Teile Ocker und einen Teil Blattgrün mischen. Grün symbolisiert Hoffnung, Geduld, Toleranz und Hilfsbereitschaft. Leider übertrifft die Kehrseite die Vorzüge dieser Farbe: Grün steht für Unreife, Gift und Galle, Neid, Gleichgültigkeit, Müdigkeit, Gier, Materialismus, Verschwendung. Kein Wunder, daß sich Selenskyj von dieser Farbe angezogen fühlt.

Stefanie Hofmann, Rehbrücke

Dank an Lutz Jahoda

Die regelmäßige Begegnung im „RotFuchs“ mit Lutz Jahoda, dem Ihr in der vergangenen Ausgabe zum 96. Geburtstag gratuliert habt, erfreut

mich sehr. Beruflich habe ich mich mit den ganz großen Geistern beschäftigen dürfen, doch es war Lutz Jahoda, der mich wie kein anderer Künstler mein ganzes Leben begleitete. Den legendären „Chattanooga-Choo“ von Glenn Miller habe ich zuerst in der Version von Lutz Jahoda: „Verzeih'n Sie, mein Herr, fährt dieser Zug nach Kötzschenbroda?“ kennengelernt. Lutz Jahoda ist zwar ein ungeheurer Sympathieträger der Unterhaltungsbranche, doch war dies bei ihm nie seichtes Geplätscher. Ähnlich wie die Prinzen mit Titeln wie „Du mußt ein Schwein sein in dieser Welt“ oder „Alles nur geklaut“ die Ostdeutschen auf die Folgen der vorletzten Zeitenwende einstimmten, so habe ich aus meiner Kindheit immer noch den Schlager „Die Fahrerin der Straßenbahn der Nummer 104 hat es mir angetan ...“ in Erinnerung. Das (oder so ähnlich) sang Lutz Jahoda zu einer Zeit, als in Berlin die Schupos die Straßenbahnfahrerinnen an der Sektorengrenze von ihren Sitzen zerrten, weil Frauen im Westen einzig auf Grund ihres Geschlechts keine Busse und Bahnen führen durften. Als daraufhin das BVG-Netz getrennt wurde, erfolgte als nächster Schritt kultureller Überlegenheit, daß die Straßenbahnen wegen Behinderung des Autoverkehrs im Westen ganz aus dem Verkehr verbannt wurden. Jetzt lese ich im „RotFuchs“ solche brennenden Verse wie: „Die Uniform aus, und die Kampfmontur an! Und munter hinein ins Kriegsgemüll!“ Dafür gebührt Lutz Jahoda mein höchster Respekt, und ich wünsche ihm, wenn auch sehr verspätet, noch lange Zeit Schaffenskraft. Seine Poesie wird so dringend gebraucht wie nie zuvor.

Frank Wecker, E-Mail

Schirdewan und sein Bekenntnis

Den Aussagen von Renato Lorenz im Mai-RF kann ich nur zustimmen. Wer ist Die Linke überhaupt noch? Wo bleibt der Aufschrei? Viele, die 1989 auf die Straße gingen, meinten, „für eine andere Freiheit“ zu demonstrieren. Wie sieht diese andere Freiheit nun aus? Ich war von 1982 bis 1989 Mitarbeiter des MfS an der GÜSt Drewitz in der Paßkontrolle tätig.

Ich durfte also erfahren und sehen, wer tagtäglich diesen Grenzübergang in Richtung Westberlin bzw. BRD durchreiste. Von Managern bis zu Drogen-süchtigen war alles dabei – ein soziales Gefälle, das es so in der DDR nicht gab. Heute wächst die Kluft zwischen Arm und Reich ins Unermeßliche. Und über allem steht ein Bundeskanzler, der lügt und vergißt. Der Rest seiner Riege ist von Dummheit, Arroganz und Ignoranz geschlagen. Ungebildet. Und die Linke ...?

Frank Sterzinger, Königs Wusterhausen

Petition geht auf Millionen-Grenze zu

Bis zur Bundestagswahl 2021 habe ich Die Linke gewählt. Niemals hätte ich für eine Partei gestimmt, die Kriege, Aufrüstung sowie Waffenlieferungen bejaht und unterstützt. Deshalb stand ich an der Seite der PDL, als sie sich gegen den Jugoslawien- und den Irak-Krieg aussprach. Das hat sich inzwischen geändert. Sie haben sich bis zur Unkenntlichkeit gewandelt. Hans Modrow hatte in seinem letzten Brief vom Januar 2022 recht. Seine Warnungen blieben ungehört.

2021 bin ich nicht zur Wahl gegangen, weil mein Mißtrauen gegen die Parteien zu tief saß. Zur Wahlwiederholung in Berlin wollte ich trotz großer Vorbehalte gehen und für Klaus Lederer stimmen. Aber als ich hörte, wie emsig er für die Lieferung von Leopard-Kampfpanzern votierte,

blieb ich dieser Wahl erneut fern. Die PDL-Spitze distanziert sich von Sarah Wagenknecht. Warum? Im Gegensatz zur Führung der Partei beweist sie ein historisches Gedächtnis und unterlegt ihre Argumente mit Fakten. Deshalb begrüße ich die Initiative von Wagenknecht und Schwarzer.

Ich bin Ende der 50er Jahre geboren, habe also keinen Krieg erleben müssen, dennoch hat mich das Anti-Kriegs-Gen geprägt. Mein Vater hatte einen Kopfschuß bei Charkow erlitten, mein Cousin verlor einen Arm, unser Nachbar bewegte sich auf einem Ersatzbein aus Holz. Frieden war für uns das höchste Gut. Wenn mein Vater heute hören würde, wie deutsche Politiker und Medien versuchen, Rußland und seine Bevölkerung zu entmenslichen, würde er sich im Grabe umdrehen. Ihm ließen die Kriegsbilder keine Ruhe. Scholz, Habeck, Baerbock & Co. versuchen, die Geschichte zu ignorieren oder umzuschreiben. Ohne Künstliche Intelligenz läuft bei denen gar nichts. Und Die Linke macht mit – zumindest was ihren Vorstand und Bodo Ramelow betrifft. Sobald die nächste Demonstration naht, begeben sich mich erneut zum Brandenburger Tor. Inzwischen haben fast 820 000 Menschen das „Manifest für Frieden“ unterzeichnet. Die Millionen-Grenze ist bald erreicht!

Anna Berg, Berlin

Stolz auf das Geleistete

Der Vorstandschef des Axel-Springer Konzerns, Herr Döpfner, hielt es kürzlich für angebracht, die Landesbürger im Osten Deutschlands auf arrogante Weise zu beleidigen. Ihm ist offenbar unbekannt, unter welchen Voraussetzungen eine neue, fortschrittliche Republik nach dem Ende des 2. Weltkrieges im Osten entstand.

Die Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone und später der DDR lebten in dem Teil Deutschlands, der am wenigsten industrialisiert war. Sie haben die immensen materiellen Reparationen an die Sowjetunion für ganz Deutschland geleistet. Und sie hatten mit der Sowjetunion einen Staat an der Seite, der die größten menschlichen und materiellen Verluste durch den Krieg zu verzeichnen hatte, also selbst wenig geben konnte. Sie mußten zwangsläufig, ohne Marshallplan, bei Null anfangen, um ihre Lebensgrundlagen zu schaffen. Dabei wurde in den 40 Jahren, in denen die DDR existierte, viel erreicht. Es wurde eine Schwer- und Chemieindustrie aufgebaut. Da es keinen größeren Hafen im Land gab, mußte auch der geschaffen werden. Werften und eine eigene Seerederei mit Schiffen, die hier im Land gebaut wurden, sind entstanden. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. In allen volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen sind beachtliche Leistungen vollbracht worden.

Nach 1989/90 hat man die meisten Betriebe plattgemacht. Das, was an Fördermitteln in einige Unternehmen im Osten geflossen ist, erwies sich oft als Nullnummer. Das Geld ging in die Mutterkonzerne im Westen oder versickerte, wie das Beispiel der Werftindustrie in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, in dunklen Kanälen des Kapitals. Berücksichtigt man die massiven nachteiligen Startbedingungen im Osten und die Belastungen durch die Systemauseinandersetzung, kann man im Nachhinein nur den Hut vor den Leistungen der Werk tätigen in der DDR ziehen.

Heute, wo der Markt alles regeln soll, häuft sich ein Skandal nach dem anderen. Es gibt kaum ein Bauvorhaben, das zum geplanten Termin, geschweige denn zu den geplanten Kosten,

fertiggestellt wird. Das trifft nicht nur für die großen Vorhaben, wie Stuttgart 21, BER, A 14 oder Elbphilharmonie Hamburg, sondern selbst für so verhältnismäßig kleine wie Schulneubauten oder Straßenerneuerung, zu. Besonders bedenklich finde ich, daß die noch vorhandene Industrie in Mecklenburg-Vorpommern zunehmend im Rüstungsbereich verortet wird. Die Werften werden zukünftig Kriegsschiffe bauen bzw. reparieren. Der Wirtschaftsminister verkündet stolz, „wir werden zukünftig Wertschöpfung in der Wehrtechnik in Neubrandenburg forcieren“. Wir brauchen also keinen Frieden, denn Waffen wollen verbraucht werden, um neue zu produzieren. Somit weiß jeder, warum der Krieg in der Ukraine immer weitergeht.

Ralf Kaestner, Bützow

Namenswechsel an Schulen in Leipzig

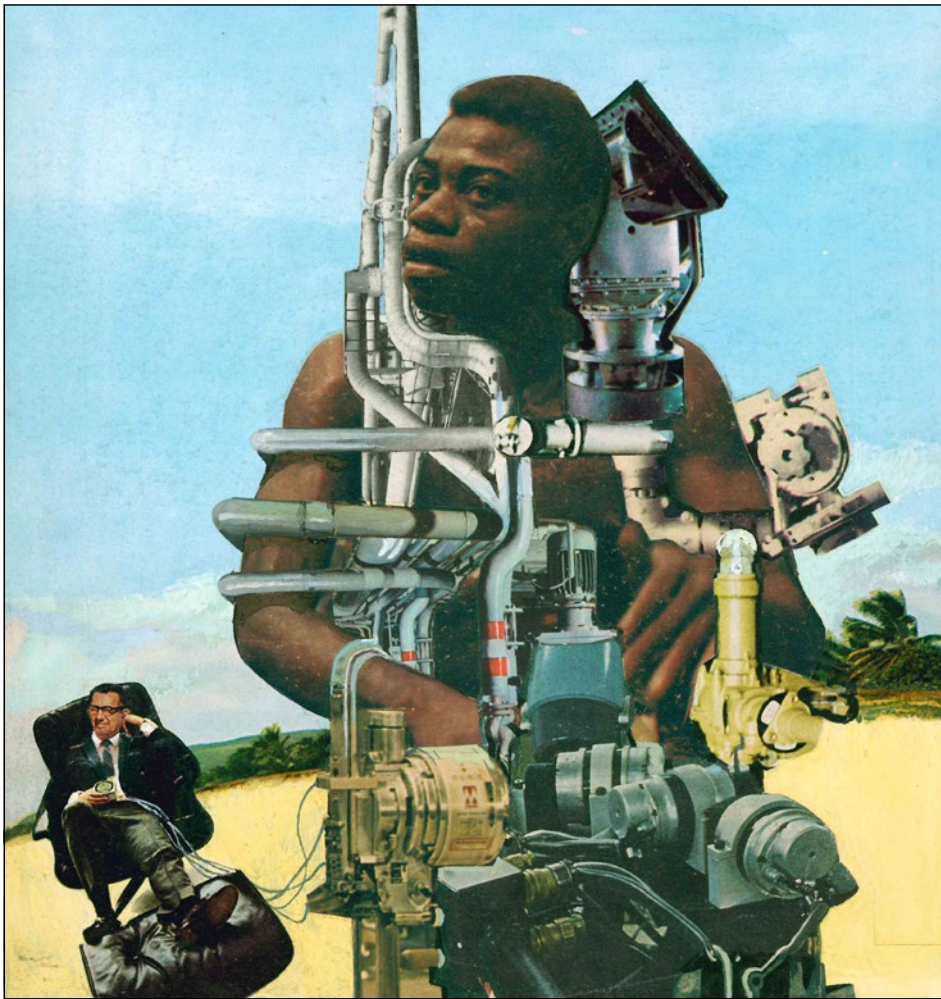
Seit Monaten streitet sich Leipzig um Namen. Es geht es um vier Schulen, die neu oder umbenannt werden sollen. Die eine soll nach einem Guts-park heißen, eine andere nach dem Erfinder der Digidags. Die nach Bernhard Göring benannte Schule soll künftig Ida Blum heißen. Als Tochter von Robert Blum schrieb sie unter Pseudonym Novellen, Gedichte und Aufsätze. Jetzt soll sie Göring „ablösen“, einen international anerkannten Widerstandskämpfer, der von den Nazis inhaftiert wurde und 1949 an einem Herzinfarkt starb. Die Georg-Schumann-Schule zieht um, sie will künftig Caroline-Neuber-Schule heißen. Schumann wurde im Januar 1945 von den Nazis hingerichtet. Horst Schumann, der Enkel von Georg Schumann, beschwor die Konsequenz einer solchen Tat: „Das käme einer zweiten Hinrichtung dieser Menschen gleich.“

Die jüngste Attacke der seit über 30 Jahre betriebenen Denkmalsstürmerei ist bezeichnend für die politisch gewollte Geschichtsvergessenheit. Ziel ist es, alle Erinnerung an den opferreichen Widerstand „unterer Schichten“ gegen totalitäre, brutale Gesellschaftsformen auszulöschen. Das folgsame Volk soll sich an anderen Idolen bzw. Vorbildern orientieren und nicht auf den Gedanken kommen, das heutige System als Ganzes zu hinterfragen. „Berufsaufklärer“ wie Hollitzer und Kowalczyk werden die DDR bis an ihr Ende als Schreckgespenst am Leben erhalten, fürstlich entlohnt mit Steuergeldern. Neben einem dunklen „Unrechtsstaat“ schimmert die eigene Weste, glaubt man wohl mehrheitlich im Politikbetrieb, sehr viel heller und dem Wähler bleiben kaum Alternativen. Zu fragen ist auch nach politischer Bildung heutzutage, deren Inhalte die Lehrpläne der Alt-BRD vorgeben, was das agierende Regierungspersonal in völliger politischer Schamfreiheit tagtäglich demonstriert. **Richard Jawurek, Markkleeberg**

RF ist mein Kontakt zur Außenwelt

Beim Lesen des „RotFuchs“ habe ich erfahren, daß dieses wichtige und interessante Heft bereits seit 25 Jahren existiert. Aus diesem Grunde erlaube ich mir, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diese Tätigkeit zu danken. Die ersten Ausgaben, die ich erhielt, stammen aus den Jahren 2006/2007. Da ich 2022 aus Altersgründen in ein Seniorenheim wechselte, bestellte ich den RF ab. Schnell habe ich gemerkt, daß das ein Fehler war, denn ich hatte keinen richtigen Kontakt zur Außenwelt mehr. Jetzt habe ich die Zeitschrift wieder abonniert und freue mich jeden Monat auf die neue Ausgabe.

Josef Schurich, Berlin



„RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF als Printausgabe genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30

Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung
per E-Mail:

vertrieb@rotfuchs.net

Fotomontage: Klaus Georg

„Eulenspiegel“, 30/1972

„Ja, der Westen fühlt sich verpflichtet,
den Entwicklungsländern technische
Hilfe zu geben, damit sie sich frei entwickeln können!“

■ Regionalgruppe **Falkensee**

Am 29. August spricht Arnold Schölzel, Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Ukraine – Krieg und Frieden heute**

Ort: Begegnungsstätte der Linken, Bahnhofstraße 74, 14612 Falkensee

■ Regionalgruppe **Harz**

Am 30. August um 16 Uhr spricht der letzte Betriebsdirektor des VEB Elektromotorenwerk Wernigerode Dr. W. Beck zu seinem Buch: **„Alles hat ein Ende, auch die Marktwirtschaft“**

Ort: Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

Veranstaltungen Anfang September

■ „RotFuchs“-Gruppe **Plauen**

Am 6. September um 16 Uhr spricht Sabine Zimmermann, ehemalige Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke, zum Thema: **Die linke Idee lebt.**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Karlstraße 14, 08523 Plauen

■ Regionalgruppe **Schwerin**

Am 7. September um 16 Uhr spricht Gerhard Mertschenk (Cuba Si) zum Thema: **Die Veränderung der Kräfteverhältnisse in Lateinamerika im Kampf um eine multipolare Welt**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 -238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Klaus-Dieter Fischer
Peter Franz
Dr. sc. Gerhard Giese
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann

Lutz Jahoda

Rico Jalowitzki

Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph

Dr. Kurt Laser

Prof. Dr. Anton Latzo

Dr. Holger Michael

Jobst-Heinrich Müller

Horst Neumann

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)

Hans Schoenefeldt

Johann Weber

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Aribert Schilling u.v.a.m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Wolfgang Dockhorn
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: WDockhorn@t-online.de

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.